

# Preussische Allgemeine



Nr. 52 · 30. Dezember 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



## Aufbruch ins Ungewisse

Gedanken zur Jahreswende in Zeiten einer vielfachen Krise von Staat und Gesellschaft **Seiten 3, 7 und 24**



**Lob der Realpolitik**  
Die Lehren alter Meister der Staatskunst **Seite 3**



**Stimme der Freiheit**  
Ungarns Nationaldichter Sándor Petőfi **Seite 9**

VON RENÉ NEHRING

SILVESTER 2022

## Der deutsche Reformstau erreicht bedrohliche Ausmaße

Während die Liste der öffentlichen Mängel immer länger wird, entwickelt die Politik Routinen im Verdrängen der Probleme. Eine Besserung ist nicht in Sicht

Die Tage „zwischen den Jahren“ sind seit alters her eine Zeit der Besinnung und des Nachdenkens über den Lauf der Dinge. Je nach politischer und ökonomischer Großwetterlage blicken die Menschen mal mit Vorfreude und mal mit Sorge auf die vor ihnen liegenden Monate. Zur Jahreswende 2022/23 dürften bei den Deutschen die Sorgen überwiegen. Und dies weniger wegen des Krieges in der Ukraine, sondern vielmehr wegen des Zustands ihres eigenen Landes.

Warnten aufmerksame Zeitgenossen wie Kurt Biedenkopf oder Joachim Gauck schon vor Jahren vor einer Überlastung unseres Gemeinwesens, so wird in jüngster Zeit immer deutlicher, dass die Grenzen dessen, was dieser Staat und seine Bürger tragen und ertragen können, zunehmend erreicht sind, wenn sie nicht schon längst überschritten sind.

### Die Mängelliste wird lang und länger

Wer ohne Scheuklappen durch die Republik streift, hat inzwischen Mühe, noch Bereiche zu finden, in denen es keine Probleme gibt. Das Schulwesen ist geprägt von einem Mangel an qualifizierten Lehrern und gebildeten Schülern sowie von Gebäuden, für die das Wort „marode“ längst zu klein ist. Auch das Gesundheitswesen leidet seit Jahren an einem Mangel an medizinischem Fachpersonal. Ärzte und Sanitäter, Krankenschwestern und Pfleger stöhnen regelmäßig unter unzumutbaren Bedingungen. Neu ist hier der Mangel an grundlegenden Medikamenten wie Schmerzmittel, für dessen Behebung „Gesundheitspolitikern“ nichts Besseres einfällt als ein Flohmarkt.

Desolat auch die Lage des Rechtswesens. Schon vor Jahren beklagte der damalige Vorsitzende des Deutschen Richterbunds, Jens Gnisa, in einer Streitschrift die Überlastung der Staatsanwaltschaften und Gerichte und warnte vor einem Ende

des Rechtsstaats. Geändert hat sich nichts, zumindest nicht zum Besseren. Ein Trauerspiel ist auch die öffentliche Infrastruktur. Während noch immer ganze Landstriche in einem Funkloch hängen, gelten im Straßenverkehr inzwischen bundesweit 4000 Brücken als sanierungsbedürftig. Der Zustand der Bahn ruft nur noch Resignation hervor, gerade bei denen, die regelmäßig mit dem Zug durch deutsche Lande fahren.

Der Ukrainekrieg rückte endlich auch das Elend der Bundeswehr in den Fokus der Öffentlichkeit, das zwar unter Soldaten und wenigen interessierten Fachpolitikern längst bekannt war, aber kaum jemanden in den Medien und unter den Entscheidern des politischen Geschäfts interessierte. Nach dem Erschrecken darüber, dass Staaten auch im 21. Jahrhundert auf umfassende Verteidigungsfähigkeiten angewiesen sind, ließen jedoch die Bemühungen zur Behebung der erkannten Mängel auch schnell wieder nach.

Wohlgemerkt: Diese und viele weitere Befunde entstammen nicht den Klagen von Lobbyverbänden, die routinemäßig mehr Geld verlangen, sondern den nüchternen Lagebeschreibungen von Leuten, die es gut meinen mit diesem Land, seinen Leuten und auch seinem politischen System. Und die Notrufe stammen auch nicht von der Opposition, die von Haus aus zum Kritisieren da ist, sondern durchaus aus dem Umfeld der politisch Verant-

wortlichen. So veröffentlichte die „Deutsche Welle“, die als Auslandsrundfunk der Bundesrepublik gewiss nicht im Verdacht übermäßiger Regimekritik steht, dieser Tage unter der Überschrift „Ein Land funkt SOS – Deutschland an der Belastungsgrenze“ eine geradezu vernichtende Schilderung der deutschen Zustände.

Angesichts der Länge der Mängelliste ist kaum vorstellbar, dass sich in absehbarer Zeit die Dinge zum Besseren wenden werden. Die Politik hat in den vergangenen Jahrzehnten erstaunliche Routinen darin entwickelt, Probleme entweder auszublenden oder – falls sie doch einmal auf die Tagesordnung geraten sollten – durch geschicktes „Framing“ schnell wieder wegzumodieren. Ein bisschen Aufregung ist in Ordnung, zu viel davon schadet jedoch der guten Stimmung und droht, entweder „die Gesellschaft zu spalten“ oder „die Falschen“ profitieren zu lassen.

### Die Bürger wollen es bequem

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass die Wähler gern über die Zustände klagen, im Grunde jedoch keine Veränderungen wollen; vor allem dann nicht, wenn diese Beschränkungen ihrer Gewohnheiten oder Lebensverhältnisse erfordern. Als die CDU in der Opposition unter Angela Merkel zu Beginn des Jahrhunderts den Bürgern Zumutungen im Gesundheitswesen und in der Steuerpolitik ankündigte, kostete die Union dieser Mut den Wahlsieg. Als Merkel

später als Kanzlerin das Prinzip der ruhigen Hand perfektionierte, wurde sie zum Liebling vieler Landsleute. Auch ihren Vorgänger Gerhard Schröder, der mit geringfügigen Korrekturen des Sozialstaatsmodells die Wirtschaft wieder flott machte, kostete sein Mut erst den Rückhalt in der Partei und dann die Kanzlerschaft.

Dennoch führt kein Weg an einer Sanierung des Staates vorbei. Die Geschichte lehrt, dass je länger notwendige Korrekturen vermieden werden, umso größer und teurer die Schäden werden.

Doch wie könnte eine Lösung aussehen, die möglichst niemandem wehtut? Ein erster Ansatz wäre eine Reduzierung der Belastungen des Staates und eine Rückführung auf seine ureigensten Aufgaben. Diese sind vor allem die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit sowie einer funktionierenden Infrastruktur. Auch die Ermöglichung einer Chancengleichheit für alle Bürger in Form eines leistungsfähigen Bildungssystems sollte dazu gehören.

Nicht dazu gehören die Anhäufung weiterer Aufgaben, vor allem im Sozialsektor. Allein im vergangenen Jahrzehnt sind die Sozialausgaben des Bundes von 146 Milliarden auf 198 Milliarden Euro geklettert und machen im kommenden Jahr 53 Prozent aller Ausgaben des Bundes aus. Dass trotz dieser Aufblähung die öffentliche Mängelliste immer länger wird, sollte den Entscheidern zu denken geben.

### IN DIESER AUSGABE

**Politik**  
Ein Bundestagsgutachten bemängelt die Pressepolitik der Ära Merkel **Seite 4**

**Geschichte**  
Vor 100 Jahren wurde die Sowjetunion als Staat gegründet **Seite 10**

**Das Ostpreußenblatt**  
Im Königsberger Gebiet fällt der Jahreswechsel diesmal bescheidener aus **Seite 13**

**Heimat**  
Eine Ausstellung in Ellingen widmet sich den Bismarcktürmen in Ostpreußen **Seite 23**



**Lesen Sie die PAZ**  
auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 303404 52  
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Spektakuläre Enthüllungen** Mit der Offenlegung zahlreicher interner Unterlagen des Kurznachrichtendienstes Twitter hat dessen neuer Besitzer Elon Musk in den USA ein politisches Erdbeben ausgelöst

# „Wussten nicht, dass es so schlimm ist“

Die Manager haben ihre Internet-Plattform auf unsauberste Weise in den Dienst des linken Lagers gestellt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Freiheit der Rede, wie sie im Ersten Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten garantiert wird, ist den meisten US-Amerikanern heilig. Insofern schlägt die am 2. Dezember angelaufene Veröffentlichung der sogenannten Twitter-Akten (englisch: Twitter Files) hohe Wellen. Die Offenlegung erfolgt auf Initiative des neuen Eigentümers des Kurznachrichtendienstes Elon Musk, der den Journalisten und Autoren Matt Taibbi, Bari Weiss, Lee Fang und Michael Shellenberger Auszüge aus der internen Korrespondenz des früheren Twitter-Managements zuspielte.

Die Akten decken auf, wie das Unternehmen bestimmte Nutzer und Themen zensuriert hat, wobei es seiner eigenen, linken Weltanschauung folgte und gleichzeitig auch im Sinne der Demokratischen Partei sowie der Regierung Joe Biden agierte. Anders gesagt: Eine der weltweit größten sozialen Plattformen manipulierte die öffentliche Meinung zulasten konservativer Kräfte sowie des damaligen US-Präsidenten Donald Trump. Damit verstieß sie sogar gegen ihre eigenen Richtlinien, welche besagen, dass es unzulässig sei, gegen Äußerungen von gewählten Amtsträgern vorzugehen, „sofern sie direkt zum Verständnis oder zur Diskussion von Angelegenheiten von allgemeinem Interesse beitragen“.

## Wahlkampf gegen Trump

Im einzelnen berühren die Twitter-Akten vier große Themenkomplexe: Zum Ersten geht es darum, wie der Kurznachrichtendienst im Vorfeld der US-Präsidentenwahlen von 2020 aufgrund mehrerer Interventionen führender Demokraten und verschiedener US-Geheimdienste einen Artikel der „New York Post“ unterdrückte, der vom hochbrisanten Inhalt des Laptops von Joe Bidens Sohn Hunter handelte. Twitter ergriff Maßnahmen, um das Teilen des Textes zu blockieren und sperrte schließlich sogar das Konto der Zeitung. So konnten sich die Informationen über die dubiosen Ukraine-Geschäfte beziehungsweise Drogen- und Sex-Eskapaden von Biden junior nur sehr zögerlich verbreiten, womit Twitter massiv in den US-Wahlkampf eingriff.

Zum Zweiten wird offengelegt, wie oft Yoel Roth, seines Zeichens Chef der Abteilung für Vertrauen und Sicherheit des Unternehmens, Regierungsmitarbeiter traf, um weitere Zensurmaßnahmen und Manipulationsmöglichkeiten zu besprechen. Mit dabei waren unter anderem Vertreter der Bundespolizei FBI, des Ministeriums für Innere Sicherheit der Vereinigten Staaten (DHS) sowie des Büros des Direktors der Nationalen Nachrichtendienste (ODNI). Dabei zahlte das FBI Twitter für seine Kooperationsleistungen 3,4 Millionen Dollar.

Zum Dritten zeigen die Akten, dass der Kurznachrichtendienst „Sichtbarkeitsfilter“ eingesetzt hat, um die Reichweite bestimmter Nutzer ohne deren Kenntnis und auf ebenso konspirative wie wirksame Weise einzuschränken – eine Zensurpraxis, welche der Konzern in der Vergangenheit stets vehement abgestritten hatte (siehe hierzu rechts und unten).

Und zum Vierten enthüllen die Unterlagen auch die Hintergründe der Sper-

rung des Twitter-Kontos des seinerzeit noch im Amt befindlichen US-Präsidenten Trump. Diese erfolgte nicht wie steif und fest behauptet wegen der akuten „Gefahr weiterer Anstiftung zur Gewalt“ seitens des Republikaners, sondern aufgrund vollkommen willkürlicher Entscheidungen von Angehörigen der Konzernführung wie Roth und der Chefin der Abteilung für Recht, Politik und Vertrauen, Vijaya Gadde – wobei es im Vorfeld freilich auch erheblichen Druck von außen gegeben hatte.

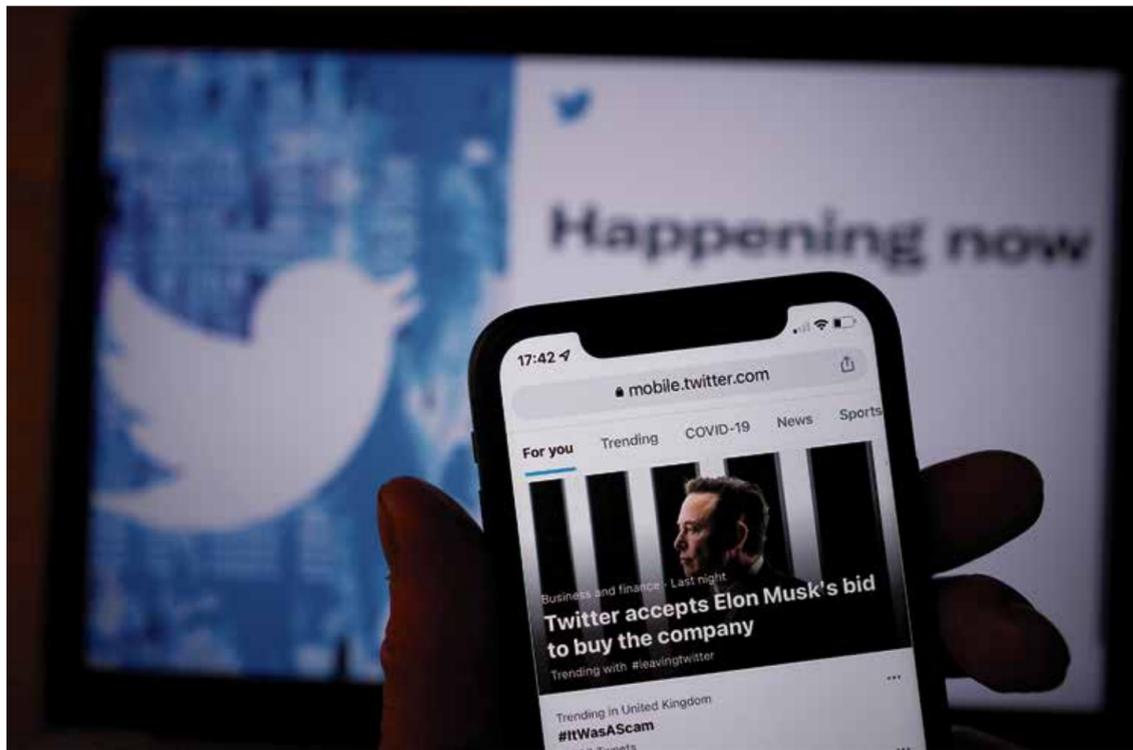
## „Eine korrupte Jauchegrube“

So forderte die frühere First Lady, Michelle Obama, lautstark und öffentlich die Mundtotmachung Trumps durch Twitter. Andererseits belegen die internen Nachrichten aber ebenso, dass nicht wenige Beschäftigte des Unternehmens in den fraglichen Kurznachrichten des Präsidenten keinerlei Regelverstoß zu erkennen vermochten. Tatsächlich hatte Trump anlässlich der Unruhen im Kapitol

ganz eindeutig appelliert: „Ich fordere alle im US-Kapitol auf, friedlich zu bleiben. Keine Gewalt!“

Mit diesem von Musk offengelegten Treiben stand Twitter allerdings nicht allein auf weiter Flur, denn auch andere US-Technologieriesen wie Facebook und Google zensurierten oder unterdrückten unerwünschte Meinungen und konspirierten dabei mit staatlichen Behörden. Das resultierte zum einen aus der politischen Einstellung wichtiger Führungspersonen und zum anderen aus nüchternem Kalkül: Wenn die Unternehmen gegen die Interessen der Regierung handeln, droht ihnen die Zerschlagung oder zumindest eine härtere Regulierung.

Auf jeden Fall trifft die republikanische Kongressabgeordnete Lauren Boebert aus Colorado nun den Nerv vieler Menschen, wenn sie mit Blick auf die von Musk initiierten Enthüllungen feststellt: „Wir dachten, Twitter sei eine korrupte Jauchegrube. Wir wussten nicht, dass es so schlimm ist.“



Zensur beim Kurznachrichtendienst Twitter: Nachdem Elon Musk das Unternehmen gekauft hatte, veröffentlichte er Akten, aus denen hervorgeht, wie drastisch seine Vorgänger die Meinungsfreiheit unterdrückten  
Foto: pa

## „SCHATTENVERBOTE“

# Praktisch blockiert, ohne es zu merken

Die Akten decken die abgefeimten Methoden auf, mit denen abweichende Meinungen unsichtbar gemacht wurden

Mit der zweiten Veröffentlichung von internen Twitter-Dokumenten aus der Hand von Elon Musk enthüllte die Journalistin Bari Weiss am 8. Dezember, dass der Kurznachrichtendienst seit 2018 eine systematische „Sichtbarkeitsfilterung“ betrieb. Der Zweck bestand darin, die Reichweite missliebiger Nutzer durch spezielle Algorithmen einzuschränken und dadurch die Diskussion über unerwünschte Themen abzuwürgen.

Verantwortlich für diese „Schattenverbote“ waren Mitglieder der Chefetage von Twitter, darunter Musks Vorgänger an der Spitze des Vorstandes, Jack Dorsey und Parag Agrawal, sowie der oberste Verantwortliche für Vertrauen und Si-

cherheit, Yoel Roth, und die Chefin der Abteilung Recht, Politik und Vertrauen, Vijaya Gadde. Diese bildeten ein absolut selbstherrlich agierendes Triumvirat namens Site Integrity Policy, Policy Escalation Support (SIP-PES), dem die Mitarbeiter des Strategic Response Team – Global Escalation Team (SRT-GET) zuarbeiteten.

Die letztere Zensurtruppe bekam täglich bis zu 200 Fälle auf den Tisch, von denen diejenigen, welche Maßnahmen zu erfordern schienen, dann dem SIP-PES übergeben wurden. Danach ging Twitter folgendermaßen vor: Statt das Konto des Nutzers zu deaktivieren und diesen offiziell darüber zu informieren, was natür-

lich eine nachvollziehbare Begründung erfordert hätte, erfolgte eine faktische Sperre, welche dem Betroffenen in der Regel nicht auffiel. Denn er konnte weiter Nachrichten schreiben und vermeintlich auch verschicken. Allerdings waren die Texte nur für den jeweiligen Kontoinhaber selbst und direkt mit diesem vernetzte andere Nutzer sichtbar.

Außerdem verhinderte Twitter, dass missliebige Nachrichten, wenn sie trotzdem irgendwie breitere Empfängerkreise erreichten, in Trendlisten auftauchten und so allgemeines Interesse wecken konnten – dafür gab es eine lange Schwarze Liste von Themen. Weiss zitiert hierzu aus den Aussagen einiger anonymer Mit-

„Wir kontrollieren die Sichtbarkeit in hohem Maße. Und wir kontrollieren die Verbreitung der Inhalte“

Mitarbeiter von Twitter zu ihrem Treiben hinter dem Rücken der Nutzer

arbeiter des Kurznachrichtendienstes, welche beispielsweise triumphierten: „Wir kontrollieren die Sichtbarkeit in hohem Maße. Und wir kontrollieren die Verbreitung der Inhalte ... Normale Menschen wissen nicht, wie viel wir tun.“

Von diesen Machenschaften betroffen waren unter anderem prominente Gegner der Corona-Politik der US-Regierung (siehe oben rechts) sowie weitere, als rechtskonservativ geltende Personen. Dazu zählten der US-amerikanische Radio- und Fernsehmoderator sowie Trump-Unterstützer Daniel Bongino und überdies das Mitglied der republikanischen Dachorganisation Council for National Policy, Charles Kirk. W.K.

CORONA

## Kritiker der Maßnahmen kaltgestellt

Die Twitter-Zensur in der Zeit vor der Übernahme des Kurznachrichtendienstes durch Elon Musk am 28. Oktober 2022 richtete sich auch ganz maßgeblich gegen Kritiker der staatlichen Corona-Politik und Wissenschaftler, die nicht auf Regierungslinien lagen. Etwa, wenn sie beispielsweise den Nutzen und die Sicherheit der Impfstoffe gegen SARS-CoV-2 bezweifelten. Hierzu teilte Twitter am 21. Juli 2021 mit: „Während die Impfkampagnen gegen COVID-19 rund um die Welt mit unterschiedlichem Tempo voranschreiten, nutzen Menschen Twitter, um das Geschehen zu diskutieren und um die neuesten glaubwürdigen Informationen zur öffentlichen Gesundheitssituation zu finden. Wir behandeln die Entfernung oder Kennzeichnung potentiell schädlicher und irreführender Informationen daher weiterhin als eine Priorität.“

Am selben Tag schrieb das Unternehmen in seinem Transparenzbericht: „Seit wir letztes Jahr unseren COVID-19-Leitfaden eingeführt haben, haben wir weltweit 11,7 Millionen Accounts überprüft, 4110 Accounts gesperrt und mehr als 72.062 Inhalte entfernt.“

Dazu kamen die heimlich verhängten „Schattenverbote“, in deren Rahmen Twitter-Nutzer neutralisiert wurden, damit sie möglichst wenige Menschen erreichen (siehe unten). Einer der hiervon Betroffenen war der renommierte Mediziner und Wirtschaftswissenschaftler Jayanta Bhattacharya von der Stanford University, der den Nutzen von Lockdowns und Masken angezweifelt hatte.

Nach der Übernahme von Twitter durch Musk wurden die unternehmenseigenen Richtlinien zum Thema Corona am 23. November abgeschafft. Das war nur konsequent, da der neue Twitter-Eigner die offizielle Corona-Politik mittlerweile als „Faschismus“ wertet. Außerdem fordert er jetzt, den obersten Corona-Berater der US-Regierung, Anthony Fauci, dem vorgeworfen wird, die chinesischen Experimente mit SARS-Viren mitfinanziert zu haben, vor Gericht zu stellen. W.K.

# Lob der Realpolitik

Während viele Problemfelder unserer Zeit von moralischen Aspekten dominiert werden, warnten die alten Meister europäischer Staatskunst stets vor einer ideologischen Aufladung politischen Handelns. Ein Denkanstoß für die Gegenwart

VON EBERHARD STRAUB

**L**udwig August von Rochau veröffentlichte 1853 seine „Grundsätze der Realpolitik“ und führte damit einen neuen Begriff ein, der alsbald unentbehrlich und in vielen Sprachen aufgenommen wurde. Selbstverständlich hat es schon immer Realpolitik gegeben, ohne dass sie so genannt wurde. Das Wort war damals deshalb sofort erfolgreich, weil französische Aufklärer und während der Revolution von ihnen geprägte Demokraten die Politik der Kabinette und Könige, der Staatsräson verpflichtet, als künstlich und unnatürlich, und damit als unmoralisch und unmenschlich verwarfen. Sie wollten diese Politik abschaffen. Unter aufrichtigen, der Stimme ihres Herzens folgenden, unverfälschten Menschen würde sie nämlich überflüssig. Autoritäre Regierungen hätten dem Menschen sein Menschenrecht vorenthalten, sich in aller Freiheit entfalten zu können. Im Freistaat der Zukunft, in dem große Gefühle und edle Leidenschaften die vielen Vereinzelt zu einer Willens- und Verantwortungsgemeinschaft vereinigen, erübrigen sich Intrigen, Schlaueit und Lügen, die verächtlichen politischen Mittel, um den eigenen Vorteil im Nachteil der anderen zu finden.

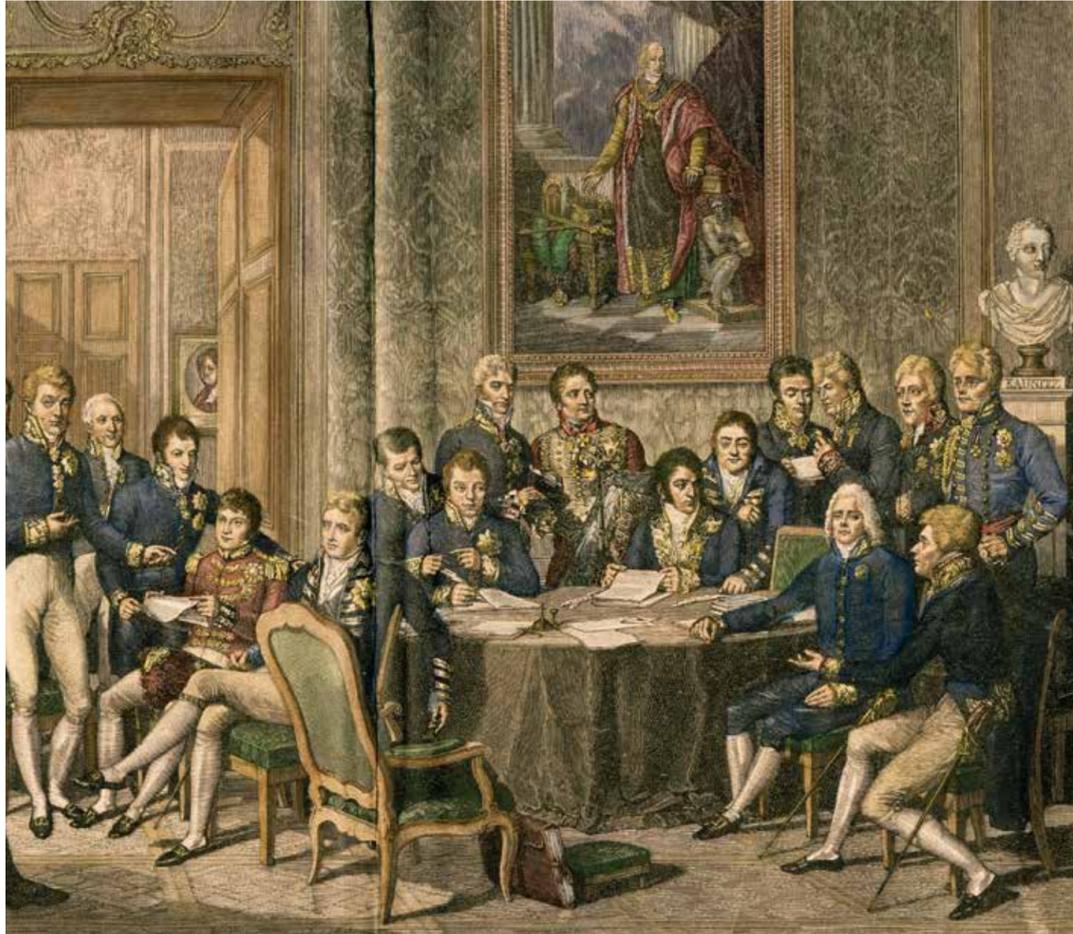
Im kommenden Reich der Freiheit, in dem Völker zu Brüdern werden, würde hingegen Sympathie herrschen, denn die Herzen schlugen vereint, und aller Zwist und Hader, unvermeidlich in den von egoistischen Interessen bestimmten Zeiten, würde im Glück übereinstimmender Gemüter verschwinden. Interessen, Egoismus, Parteilichkeit und alle möglichen Besonderheiten hingen mit Politik zusammen. Diese spalte und trenne und stehe der Union der Herzen, der nach Gerechtigkeit und Frieden Dürstenden, im Wege. Diese wahren, von allen Lastern befreiten, Menschen bedürften nicht mehr des Staates, sondern würden sich in einem Völkerbund zusammenschließen, in dem Menschen einander als Menschen begegnen. Der Mensch sei dann nicht mehr ein Wolf des Menschen, sondern ein Mitmensch, der den Nächsten und Fernsten so liebt, wie sich selbst.

Solche „Gemütsergötzlichkeiten“ erwiesen sich 1793/94 während der Schreckensherrschaft der Jakobiner, konsequenter und streitbarer Menschenfreude und Demokraten, als trügerische Verheißungen, die zu Mord und Totschlag führten und darüber unterrichteten, wie Humanität und Menschenrechte zur Waffe im Vernichtungskampf gegen vermeintliche Verschwörer und Demagogen werden konnten.

## Pragmatismus statt Tugendterror

Nach dem Scheitern des französischen Menschheitsbeglückungsexperimentes und nach zwei Jahrzehnten diverser Kriege mit Frankreich ordneten die Verfechter der herkömmlichen Staatsräson und des auf ihr beruhenden Pragmatismus in den zwischenstaatlichen Beziehungen 1814/15 auf dem Wiener Kongress Europa neu. Dabei verdammt sie keine Schurken, Mörder oder Verbrecher in ihrem ehemaligen politischen Gegner und verzichteten auf Vergangenheitsbewältigung und Geschichtspolitik, weil eine künftige europäische Ordnung auf die Zusammenarbeit mit Frankreich angewiesen war. Dieses leidenschaftslose und vernünftige Abkommen ermöglichte bis 1914 eine in der europäischen Geschichte einzigartige Epoche des Friedens, nur kurzfristig unterbrochen durch Störungen, die rasch auf Kongressen behoben werden konnten wegen der Bereitschaft der führenden Staatsmänner, einander zu verstehen, die Voraussetzung, sich unaufgeregt zu verständigen.

Mit rein politischen Mitteln, um Missverständnisse und Spannungen nicht zu ver-



Als politische Ordnungen noch unter Einbindung eines geschlagenen Kontrahenten beschlossen wurden: Der Wiener Kongress von 1814 bis 1815 (hier in einem Auszug eines Gemäldes von Jean-Baptiste Isabey) Foto: AKG images

schärfen, sondern sie abzuschwächen oder zu beheben, ließ sich Stabilität bewahren, die es den Bürgern in den jeweiligen Staaten erlaubte, ihre Freiheiten in Künsten und Wissenschaften, in Industrie und Handel zu gebrauchen. Die Parolen der Revolution blieben unvergessen und wurden von allen möglichen Denkern und von deren Lehren begeisterten Studenten, Fanatikern oder Radikalen im revolutionären Kostüm mit mannigfachen Variationen weiterpropagiert.

## Die Weisheiten Bismarcks und Metternichs

Otto von Bismarck nannte deren weltfremde, theoretische Entwürfe „Professorenideen“. Als Praktiker, von Sachfragen herausgefordert, die gelöst werden mussten, um konkreten Bedürfnissen zu genügen, misstraute er allen Abstraktionen, Theorien oder Systemen. Darin war er sich mit Napoleon einig, der in den Ideologen Maulwürfe verachtete, die mit ihren Wühlarbeiten die Fundamente jeder sozialen und politischen Ordnung unsicher machten.

Bismarcks Gegner Fürst Clemens von Metternich, der spätere österreichische Staatskanzler, der Napoleon verstehen und immer besser verstehen wollte, um deutsche und europäische Interessen verteidigen und durchsetzen zu können, war sich stets mit dem französischen Soldatenkaiser in dieser Ablehnung ideologischer Übertreibungen und Beschränktheit einig. Das verbindet ihn auch wieder mit Bismarck. Alle drei verband die Abneigung gegen die populären und unpraktischen Phrasen, die liberale, humanitäre oder ökonomische Projekteschmiede unverdrossen in Umlauf brachten.

Der greise Metternich, den Bismarck gern besuchte und dem er aufmerksam zuhörte, resümierte 1856 diesen politischen Realismus auf klassische Weise: „Ich hasse von Natur aus die breiten Worte; die mehr als gebührend dehnbaren Begriffe, als da sind die Civilisation, die Fortschritte, das Gleichgewicht, das europäische Interesse; ich hasse den Missbrauch solcher Worte, weil ich die Sachen selbst verehere und liebe und die Letzte-

ren durch die Ersteren gefährdet fühle.“ Bismarck sagte in diesem Sinne: Wer von Europa redet, der will betrügen. Das gilt auch für alle übrigen Schlagworte, die den Blick auf die Wirklichkeit trüben können.

Insofern erschien es Metternich und Bismarck, diesen großen Realisten im 19. Jahrhundert, verantwortungslos, Interessen hinter erhabenen Attitüden zu verbergen. Dabei war es ihnen selbstverständlich, dass die Pflege des Ich im Staatsleben wie im Privaten Grenzen kennen muss. Leben als Zusammenleben ist immer dramatisch, weshalb es besonderer Sorgfalt bedarf, damit sich nicht aus überschaubaren Schwierigkeiten aufgrund ungeschickter oder eigenwilliger Aktionen umfassende Krisen und Verwicklungen ergeben.

Das war vor allem Aufgabe der Diplomaten. Diese sollten sich möglichst an bewährte Ratschläge halten: strengste Wahrhaftigkeit in den Berichten, nur melden, was sicher ist, nichts aufbauen, schroffe Urteile vermeiden und nie den Propheten und Wahrsager spielen. Entrüstung und Ranküne sind keine diplomatischen Begriffe. Der Diplomat kompromittiere keinen und erliege nicht der Versuchung, als Bußprediger, Strafrichter oder Moralphilosoph aufzutreten. Besonnenheit und Selbstbeherrschung, Geduld und Aufmerksamkeit nach allen Seiten erlauben es, der Hauptaufgabe gerecht zu werden, die Fremden und Anderen zu verstehen und angemessen zu behandeln. Vor allem aber muss sich der Diplomat stets an die goldene Regel halten: *pas trop de zèle*, nur keinen übertriebenen Eifer zeigen und nichts überstürzen.

## Pragmatismus statt Tugendterror

Antipathien und Sympathien, ob für Personen oder Staaten, sind aus Pflichtgefühl nicht zu rechtfertigen. Gewinnen sie ein Übergewicht, dann hört man auf, Politik zu treiben und handelt aus persönlicher Willkür, wie Bismarck mahnte. Der Krieg ist ein erlaubtes Mittel der Politik, wenn alle anderen versagten. Aber der Staatsmann sollte sich hüten, populären Stimmungen nachzugeben und dem Emotionsbedürfnis der Presse und der Parlamente oder gar Leidenschaften zu schüren, indem er,

„Ich hasse von Natur aus die breiten Worte; die mehr als gebührend dehnbaren Begriffe, als da sind die Civilisation, die Fortschritte, das Gleichgewicht, das europäische Interesse; ich hasse den Missbrauch solcher Worte, weil ich die Sachen selbst verehere und liebe und die Letzteren durch die Ersteren gefährdet fühle“

Fürst Clemens von Metternich

gewärmt vom Kaminfeuer, donnernde Reden hält, während der Musketier im Schnee verblutet und damit für Erfolg oder Scheitern einer leichtfertig betriebenen Politik fällt. Gerade bei Kriegen muss streng und gründlich bedacht werden, ob sie die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert sind. Das heißt, es müssen Kriegsziele genannt werden, die auch nach dem Krieg noch überzeugen und einen ersprießlichen Frieden ermöglichen. Kriege, in denen sich einer oder einige für einen anderen aus Liebe opfern, hielt Bismarck für unwahrscheinlich, aber nicht minder verwerflich als die aus mächtigen Gefühlsaufwallungen vom Zaun gebrochenen.

Krieg und Frieden galt Metternich und Bismarck als eine viel zu ernste Angelegenheit, um sie mit Leidenschaften zu verquicken. Es ging ihnen dabei um die Gesundheit im Staatsleben. Befindet sich diese im Gleichgewicht, dann herrscht die Ruhe und das Vertrauen in deren Dauer. Wankt dies Vertrauen, geht das Gleichgewicht verloren, und es tritt Krankheit ein. Deshalb schien es beiden geboten, die allgemeine Ruhe möglichst nicht zu gefährden.

## Pragmatismus statt Tugendterror

Jeder Staat hat seine eigene Entwicklung genommen und folgt seinen Bedürfnissen in der immer beweglichen Zeit. Darauf müssen seine Nachbarn Rücksicht nehmen. Die großen, breiten Worte wie Freiheit, Zivilisation, Parlamentarismus können dazu verleiten, sich in die inneren Angelegenheiten eines Staates zu mischen, um diesen zu modernisieren, zu reformieren und auf die Höhe der Zeit zu bringen, so wie sie sich eine in der Geschichte besonders bevorzugte Großmacht vorstellt, die sich als Modell empfiehlt oder gar anderen aufdrängt. Metternich und Bismarck beunruhigte zu ihrer Zeit immer wieder die Absicht der Engländer als Repräsentanten des Westens, zu dem sie sich erklärten, in Staaten wie Spanien oder Portugal erzieherisch einzugreifen, um diese nachdrücklich auf liberale Pfade zu verweisen, obschon gerade Spanier sich als erste „liberal“ nannten und nach ihrem Vorbild sich liberale Parteien und Richtungen in Europa bildeten.

Doch den Briten ging es vorzugsweise darum, Portugiesen und Spanier daran zu hindern, wieder eine führende Rolle in Südamerika übernehmen zu können, dauernd mit sich selbst beschäftigt und geschwächt durch innere Unruhen. Schon damals also wurden feierliche Werte, wie man heute sagt, gebraucht, um den Einsatz für eigene Interessen als Kampf im Dienst der öffentlichen Moral und höchster Grundsätze ausgeben zu können.

Die Moralisierung der Politik und des Egoismus hielten Metternich und Bismarck für revolutionär in Erinnerung an die Jakobiner und die von ihnen bewirkten Kriege und Gewalttätigkeiten, um der Freiheit und den Menschenrechten zum allgemeinen Durchbruch zu verhelfen. Die vieldeutige politische Moral fürchteten sie als Kraft, die unberechenbar in ihren Wirkungen jede stabile Ordnung zersetzt, weil sie Wünsche und Begehlichkeiten weckt, die es Völkern und Staaten nicht erleichtert, sich in der Wirklichkeit zurechtzufinden. Eine moralisch aufgerüstete Wertegemeinschaft begriffen sie daher als dauernden Unruheherd.

Realpolitik, wie Rochau sie nannte, sollte vor dieser Gefahr schützen. Doch die großen Worte und Leidenschaften erwiesen sich im Laufe der Geschichte immer wieder als verlockender – und somit stärker.

● Dr. Eberhard Straub ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehören „Kaiser Wilhelm II. Die Erfindung des Reiches aus dem Geist der Moderne“ (Landt Verlag 2012) sowie „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (Klett-Cotta 2014). [www.eberhard-straub.de](http://www.eberhard-straub.de)

## ● MELDUNGEN

## Breite Ablehnung

**Berlin** – Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur (dpa) zufolge sind 47 Prozent der Bundesbürger eindeutig unzufrieden damit, wie die Immigration derzeit gehandhabt wird. Diese hat ihres Erachtens „einen negativen Einfluss“ auf die Gesellschaft. Nur 29 Prozent der Befragten können der Einwanderung mehr positive als negative Aspekte abgewinnen. Noch deutlicher fiel das Ergebnis einer Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstitutes INSA-CONSULERE für die „Bild“-Zeitung aus: Hier äußerten sich über zwei Drittel der Probanden besorgt über die steigenden Asylbewerberzahlen. Und nur jeder Sechste meint, dass Deutschland von der Einwanderung in der gegenwärtigen Form profitiere und Flüchtlinge aus dem islamischen Kulturkreis eine Bereicherung darstellten. W.K.

## Gegen neue Eigenheime

**Berlin** – Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) will den Bau von Einfamilienhäusern einschränken und letztlich sogar abschaffen: „Kommende Generationen werden kein Eigenheim mehr bauen können.“ Sie begründet ihre Auffassung mit dem Flächenverbrauch. Es sei „ökonomisch und ökologisch unsinnig“, wenn jede Generation neue Einfamilienhäuser errichte. Ähnliche Ansichten hatte bereits früher der Grünen-Bundestagsabgeordnete Anton Hofreiter vertreten. Auch über die verwendeten Baustoffe macht sich die Ministerin Gedanken: „Das wäre mein Wunsch. Für die Verbesserung der CO<sub>2</sub>-Bilanz des Gebäudesektors ist Holz eine super Möglichkeit, man kann auch mehrgeschossig damit bauen.“ Derweil stockt der Wohnungsbau in Deutschland ohnehin. Im vergangenen Jahr sind in Deutschland rund 293.000 Wohnungen fertiggestellt worden. Das waren 4,2 Prozent weniger als ein Jahr zuvor, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. F.B.

## In Berlin wächst die Not

**Berlin** – Einrichtungen, die sich in der Hauptstadt um bedürftige Menschen kümmern, melden einen steigenden Bedarf an Hilfe. Nach Angaben von Barbara Breuer, der Sprecherin der Stadtmission Berlin, kommen zur Kleiderkammer der Stadtmission mittlerweile bis zu 170 Bedürftige am Tag. Üblicherweise fragten in der Vergangenheit etwa 100 Menschen bei der Stadtmission nach Kleidung nach. Beim Seniorenfrühstück sei die Lage mittlerweile so, dass die Stadtmission wegen des starken Andrangs Rentner wegschicken müsse. Auch bei den Beratungsstellen der Diakonie für Energiepauschale, Härtefallfonds, Bürgergeld und Wohngeld übersteigt die Nachfrage durch Bürger inzwischen die Kapazitäten. Bei den Berliner Tafeln, die Nahrungsmittel an Bedürftige abgeben, war die Zahl der Besucher von rund 40.000 zu Anfang dieses Jahres bis zur Jahresmitte auf 72.000 gestiegen. H.M.



Die Kanzlerin und ihr Pressesprecher: Angela Merkel und Steffen Seibert

Foto: action press

## CORONA-MASSNAHMEN

## „Rechtlich fragwürdig“

Bundestagsgutachten zur Pressepolitik von Merkel und Seibert vorgelegt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Bereits im Juli vergangenen Jahres enthüllte der Berliner „Tagesspiegel“, dass die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihr Regierungssprecher Steffen Seibert jeweils am Vorabend der Bund-Länder-Konferenzen zur Vereinbarung von Corona-Maßnahmen mit einer Gruppe handverlesener Journalisten zusammentrafen, um diese auf den rigiden Kurs der Regierung einzuschwören. Daraufhin brachten die involvierten Fernsehsender und Zeitungsverlage am Morgen

des Folgetages Beiträge, durch welche die Bürger verängstigt und die Ministerpräsidenten unter Druck gesetzt werden sollten, der Merkelschen Lockdown-Politik zu folgen.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) sieht darin eine unzulässige staatliche Beeinflussung der Medien. Es bleibe völlig unklar, „welche Kriterien die Bundesregierung bei der Auswahl ihrer Gesprächspartner angelegt hat“. Deswegen forderte er bei den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages (WD) ein Gutachten „Zur Informations- und Pressetätigkeit öffentlicher

Stellen“ an, das nun am 20. Dezember öffentlich vorgestellt worden ist.

**Eine Initiative Wolfgang Kubickis**

Nach Ansicht der Verfasser des Papiers steht es der Bundesregierung und anderen Behörden grundsätzlich frei, im Rahmen der ihnen „zugewiesenen Aufgaben und Kompetenzen sowie unter Berücksichtigung des von der Rechtsprechung entwickelten Neutralitätsgebots bzw. Gebots der Sachlichkeit ... Presse- und Informationsarbeit (zu) betreiben“. Das könne durchaus „auch in individuelleren Formaten wie Hintergrundgesprächen“ erfol-

gen. Ebenso sei es zulässig, „freiwillige Informationen ... aus eigener Initiative und unter eigener Themenauswahl an Journalisten (zu) übermitteln“.

Laut den WD sind aber zwei entscheidende Einschränkungen zu beachten, wie sie beispielsweise auch schon vom Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil vom 18. September 2019 formuliert worden sind: „Die Informationsweitergabe ... darf nicht auf eine Reglementierung oder Steuerung der Medien oder eines Teils von ihnen hinauslaufen. Außerdem gilt im Rahmen staatlicher Informations- und Pressetätigkeit der Anspruch der Presse auf Gleichbehandlung im publizistischen Wettbewerb.“ Sollte es dennoch eine Auswahl unter den zu informierenden Journalisten geben, so „muss diese sich an sachgerechten Erwägungen und meinungsneutralen Kriterien messen lassen“.

**„Mauer des Schweigens“**

Für Kubicki und etliche weitere Kritiker der Merkelschen Corona-Politik besagt das Gutachten ganz eindeutig, dass das Gebaren der früheren Bundeskanzlerin und ihres Sprechers „rechtlich fragwürdig“ gewesen sei. Darüber hinaus kritisiert der FDP-Politiker die beteiligten Medien mit scharfen Worten. Anstatt ihrer Rolle als Wächter, Korrektiv und „Vierter Gewalt“ gerecht zu werden, wären sie im Zuge der Corona-Pandemie zu willfährigen „Verkündern des Regierungsnarrativs“ geworden. Das zeuge von einem „beispiellosen Versagen“.

Allerdings stehen nicht nur Pressevertreter und Fernsehjournalisten im Verdacht, sich zu Handlangern des Staates gemacht zu haben, sondern auch die angeblich unabhängige Justiz. Als der „Tagesspiegel“ offizielle Anfragen zu den genauen Inhalten und Teilnehmern der Hintergrundgespräche an das Bundeskanzleramt richtete, verweigerte Letzteres jegliche Auskunft. Daraufhin reichte das Blatt unter Verweis auf entsprechende Urteile des Bundesverwaltungsgerichtes Klage ein. Doch das Oberverwaltungsgericht Berlin entschied dazu diesen Juni, dass keine presserechtlichen Ansprüche gegen Merkel und Seibert mehr geltend gemacht werden könnten, weil beide aus ihren Ämtern ausgeschieden seien, was die vom „Tagesspiegel“ angeforderten Informationen „unerreichbar“ mache. Und dies, obwohl das Büro der Altbundeskanzlerin nach der Rechtsprechung desselben Gerichts eine Bundesbehörde darstellt und Seibert als nunmehriger deutscher Botschafter in Israel dem Auswärtigen Amt untersteht. Insofern hat Kubicki zweifellos Recht, wenn er mit Blick auf die Aufarbeitung des Regierungshandelns während der Pandemie von einer „Mauer des Schweigens“ spricht.

## INNERE SICHERHEIT

## Grüne wollen Clan-Kriminalität wegretuschieren

In NRW soll der Begriff aus den Polizeiberichten verschwinden – CDU-Minister Reul strikt dagegen

Im Mai eskalierte in NRW ein Streit mit dem kurdisch-libanesischen Saado-Clan. Fast 100 Männer traten damals in Duisburg gegeneinander an, es fielen Schüsse, drei Verletzte blieben liegen. Im Juni lieferten sich 400 Mitglieder zweier anderer Clans erbitterte Straßenkämpfe in Essen. Dort kursierten Videos, auf denen zu sehen war, wie Opfer am Boden liegend zusammengetreten wurden. Ein Beteiligter wurde schwer am Hals verletzt, zwei weitere Männer mussten ebenfalls behandelt werden.

Trotzdem fordern nun die Grünen, dass „Clan-Kriminalität als Konzept des Racial Profiling“ ersatzlos gestrichen werden soll. Die alleinige Fokussierung auf sogenannte Clan-Kriminalität sei kritisch, der Anteil dieses Phänomens an der gesamten Kriminalität sei in Deutschland

gering, heißt es im Migrationspapier der Grünen in NRW. Man dürfe nicht pauschal ganze Familien oder Bevölkerungsgruppen als Angehörige von sogenannten kriminellen Clans stigmatisieren.

Der Regierungspartner der Grünen auf Landesebene, die CDU, hier vor allem Innenminister Herbert Reul, landesweit bekannt als der härteste Clanbekämpfer, ist strikt dagegen. Es droht der erste Koalitionsstreit in der noch jungen Regierung.

Was passiert, wenn man zu lange dem Treiben der Clans zusieht, kann man in Berlin erkennen. Dort haben sich Clan-Strukturen verfestigt und spezialisiert mit immer größerer krimineller Energie, wie bei dem Einbruch ins Grüne Gewölbe in Dresden vor zwei Jahren zu erkennen war. Hierfür werden Angehörige des in Berlin ansässigen Remmo-Clans verantwortlich

gemacht. Der Kampf gegen diese Strukturen wird mit der Zeit immer aufwendiger und schwieriger. Vor allem im migrantisches (Schein-)Gewerbe haben sich die Clans immer mehr verbreitet, weil während der Corona-Zeit und der Energiekrise durch fingierte Scheinfirmen viel Geld und Zuschüsse abzuschöpfen waren und sind.

**„Aussprechen von dem, was ist“**

Darauf spezialisiert hatte sich vor allem der libanesischen Al-Zein-Clan, gegen den in der letzten Woche ein Großeinsatz der Polizei in NRW erfolgt ist. Der Masseneinsatz mit Dutzenden Firmenkontrollen und auch Verhaftungen war Reuls Antwort auf den Vorschlag der Grünen, den Begriff Clan-Kriminalität abzuschaffen.

Ein solcher Vorschlag war bereits Teil des Koalitionspapiers zwischen CDU

und Grünen im Sommer. Deshalb ist damit zu rechnen, dass zumindest der Begriff Clan in Zukunft in NRW aus dem Sprachgebrauch der Polizei verschwindet. Aber den Grünen dürfte eine sprachliche Bereinigung nicht genug sein.

Auch die statistische Erfassung der Clan-Kriminalität in der jetzigen Form dürfte aufgehoben werden, weil es die Grünen verlangen. Mit statistischen Tricks wurden bereits andere unliebsame Phänomene aus der Kriminalitätsstatistik verbannt, zulasten einer effizienten Polizeiarbeit.

Wohl deshalb sieht Berlins Bürgermeisterin Franziska Giffey das Thema derzeit offensichtlich anders. So sagte sie auf dem SPD-Landesparteitag im November: „Gute Politik beginnt mit dem Aussprechen von dem, was ist.“ Bodo Bost

## SANKTIONSFOLGEN

## In der selbstgestellten Falle

Die Raffinerie Schwedt kann nur noch mit Polens Hilfe versorgt werden – Warschau wittert Chancen

VON HERMANN MÜLLER

Der Protokollnotiz haben die Bundesregierung und die Regierung Polens im vergangenen Mai erklärt, ab Anfang 2023 auf russisches Rohöl verzichten zu wollen, das bislang über die Druschba-Pipeline geliefert wird. Mittlerweile zeichnet sich ab: Mit der Entscheidung gegen das russische Öl macht sich Deutschland stark von Polen abhängig.

Bis zum Ukrainekrieg deckte Deutschland gut ein Drittel seines Ölbedarfs über russische Lieferungen ab. Zwei Drittel davon flossen über die Druschba-Leitung in die PCK-Raffinerie in Schwedt und nach Leuna in Mitteldeutschland. Mit Blick auf Leuna erklärte Sven Schulze (CDU), Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, der Raffinerie-Standort sei gut auf ein Embargo gegen russisches Erdöl vorbereitet. Nach Angaben des Ministers hat der Leuna-Betreiber Total in den vergangenen Monaten erfolgreich daran gearbeitet, das Unternehmen unabhängiger aufzustellen. Demnach soll Öl aus anderen Ländern künftig vom Danziger Hafen aus nach Sachsen-Anhalt weitergeleitet werden.

Zum Knackpunkt droht die künftige Versorgung der PCK-Raffinerie in Schwedt zu werden. Der Erdölverarbeiter sichert die Versorgung von Berlin, Brandenburg und weitere Regionen mit Benzin, Diesel, Kerosin und Heizöl. Wie Leuna wurden die riesigen Raffinerieanlagen in der Uckermark seit Jahrzehnten per Druschba-Leitung mit russischem Öl versorgt. Mitte Dezember erklärte Michael Kellner, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, PCK sei weitgehend ausgelastet und die Versorgung sei gesichert. Die Aussage von Robert Habecks Parteifreund sollte allerdings besser nur als Momentaufnahme aufgefasst werden.

**Künftig nur noch 70 Prozent**

Wie der Grünen-Politiker nämlich weiter erklärte, wird die Auslastung im Januar auf etwa 70 Prozent sinken. Und selbst dieser niedrige Auslastungsgrad hängt entscheidend von der Mitwirkung Polens ab. Die Kapazität einer kleineren, bereits bestehenden Ölleitung vom Rostocker Hafen kann die Versorgung von Schwedt nur gut zur Hälfte decken. Bis diese Pipe-



Unentbehrlich für die Versorgung der neuen Bundesländer: PCK-Raffinerie in Schwedt

Foto: pa

line ausgebaut ist, werden Jahre vergehen. Eine Aushilfe erhofft sich die Bundesregierung in dieser selbstgewählten Zwangslage daher von Polen mit dem Danziger Hafen. Nachdem die Verhandlungen mit Warschau lange gestockt haben, scheint Polen nun dazu bereit zu sein, bei der Versorgung von Schwedt mitzuwirken.

Wie Kellner Mitte Dezember im Bundestag erklärte, sei er zu Gesprächen in Warschau gewesen: „Im Ergebnis haben wir jetzt die Zusage der polnischen Seite, ab Januar ausreichende Ölmengen zu liefern, die dem PCK eine komfortable Auslastung von rund 70 Prozent ermöglichen.“ Als Ziel gab der Staatssekretär aus, durch weitere Bezugsquellen die Auslastung der Raffinerie im Laufe des Jahres 2023 weiter zu steigern.

Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) zeigte sich überzeugt, die Versorgungslücke der Raffinerie mit Hilfe von Öllieferungen aus Kasachs-

tan schließen zu können. Sollte tatsächlich Öl aus Kasachstan nach Schwedt fließen, würde es einen altbekannten Weg nehmen: über die Druschba-Pipeline. Bislang völlig unklar ist indes, ob angesichts der westlichen Sanktionspolitik der Kreml diese kasachischen Lieferungen über sein Gebiet tatsächlich akzeptieren würde.

**Greift polnische Orlen nach PCK?**

Die Pläne der Bundesregierung stehen nicht nur wegen der vagen Hoffnung auf Öl aus Kasachstan auf einer wackligen Basis. Ein beachtlicher Teil der deutschen Treibstoffversorgung wird ab Januar auch vom guten Willen der polnischen Regierung abhängen. Diese hatte erst im Oktober in der Form einer diplomatischen Note ganz offiziell Reparationsforderungen an Deutschland angemeldet. Mit der Versorgung von Schwedt über ihr Staatsgebiet bekommt Polens Führung nun auch

noch eine starke Trumpfkarte gegenüber Berlin in die Hand.

Schon jetzt mehren sich die Zeichen, dass der polnische Energiekonzern PKN Orlen als großer Gewinner aus der Entwicklung rund um die Schwedter Raffinerie hervorgehen könnte. Bereits im Mai hatte Polens Energieministerin Anna Moskwa (PiS) als Grundbedingung für eine polnische Kooperation benannt, dass sich die Raffinerie nicht mehr in russischem Eigentum befinden dürfe. Mittlerweile befindet sich der Betrieb in Treuhänderschaft des Bundes, faktisch ist der bisherige russische Eigentümer Rosneft damit zwar enteignet, doch noch nicht formell. Der polnische Rundfunk berichtete diesen Monat über eine gemeinsame Absichtserklärung der Bundesregierung und Polens Regierung, dem polnischen Energiekonzern PKN Orlen einen Einstieg in die Eigentümerstruktur der Raffinerie Schwedt zu ermöglichen.

## VERKEHRSPOLITIK

## Noch mehr Schikanen gegen Autofahrer

Berlin: SPD und Grüne einigen sich auf weitere einschneidende Maßnahmen

Wenn in etwa sechs Wochen die Stimmen für die Wiederholungswahlen des Berliner Abgeordnetenhauses ausgezählt sind, werden auf die Besitzer von Kraftfahrzeugen in Berlin ganz neue Verhältnisse zukommen. Im Rahmen der Fortentwicklung des sogenannten Mobilitätsgesetzes einigen sich Grüne und SPD in diesen Tagen auf einige radikale Maßnahmen. So ist die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung – die nichts anderes ist als ein Abkassieren der Autofahrer – beschlossene Sache.

Aber nicht nur dass das Parken kostenpflichtig oder noch teurer wird, es sollen auch vorhandene Parkplätze abgebaut werden. In dem gemeinsamen Papier heißt es, man ergreife mögliche Maßnahmen, damit die vorhandenen Straßen zum Fahren wie zum Parken effektiver genutzt werden könnten. Ganz

deutlich heißt es weiter: „Weniger Parkraum für Kraftfahrzeuge“, und dazu seien auch „Rückbaupotenziale zu identifizieren“. Die Parkraumbewirtschaftung im Land Berlin soll grundsätzlich „auf Gebiete mit Parkdruck“ ausgeweitet werden. Wenn zuvor Parkplätze abgebaut werden, besteht letztlich im ganzen Stadtgebiet Parkplatnot. Auf ganzen Straßenzügen sollen Parkstreifen künftig häufiger als Radwege oder Busspuren ausgewiesen werden.

Aber nicht nur gegen den „ruhenden Verkehr“ werden Maßnahmen ergriffen. In den Papier heißt es weiter, dass auch „weniger Flächen für den fließenden Verkehr“ zur Verfügung stehen sollen. Grüne und SPD bekennen sich zu weiteren Einschränkungen für den Autoverkehr in Berlin. So soll die Menge an Kraftfahrzeuge beispielsweise durch eine „Zufussdo-

sierung“ gesteuert werden. Um Durchgangsverkehr in Wohnquartieren zu vermeiden, nennt der Text überdies bauliche Maßnahmen, etwa Betonpoller.

**Der Linkspartei geht es zu langsam**

Die mitregierende Linkspartei stimmt der Marschrichtung an sich zu, und moniert sogar, dass nicht alles schon viel früher umgesetzt worden sei. Ihr Vertreter im Mobilitätsausschuss, Kristian Ronneburg, sagte: „Die Novellierung des Mobilitätsgesetzes ist längst überfällig und eine Bringschuld von Rot-Grün-Rot aus der letzten Wahlperiode, doch wieder mal mussten SPD und Grüne monatelang streiten.“

Die verkehrspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Antje Kapek, ist dagegen zufrieden: „Das ist ein riesiger Schritt. Der ruhende und fließende Verkehr kann

nun so umsortiert werden, dass der Wirtschaftsverkehr fließen kann.“ Die SPD feiert das Papier als Verhinderung einer sogenannten City-Maut, in den anderen Punkten haben sich die Grünen durchgesetzt. Widerstand gegen die Senatspläne ist auch nach der Wiederholungswahl am 12. Februar kaum zu erwarten, da CDU-Spitzenkandidat Kai Wegner nach seinen eigenen Bekundungen eine Koalition mit den Grünen anstrebt.

Dabei treffen die Maßnahmen eine stetig wachsende Bevölkerungsgruppe. So ist die Anzahl der registrierten Pkw im Bundesland Berlin im Verlauf der vergangenen zehn Jahre kontinuierlich angestiegen. Die Marke von 1,2 Millionen angemeldeten Personenkraftwagen wurde dabei im Jahr 2018 erreicht. Zurzeit sind 1,24 Millionen Kraftfahrer auf Berlins Straßen unterwegs. Frank Bückler

## KOLUMNE

## Grotesk

VON THEO MAASS

Tatort Berlin-Zehlendorf, Teltower Damm, um 7.05 Uhr vor der Bäckerei Thoben. Ein eiliger Autofahrer hält kurz an, um Brötchen zu holen und einen Kontoauszug bei der Bank neben dem Bäcker ausdrucken zu lassen. Da schlägt die Ordnungsmacht unerbitlich zu. Blitzschnell, hinter einem Baum versteckt, schreibt ein Polizist einen Strafzettel. Das Parken ist dort nämlich ab Punkt 7 Uhr verboten, obwohl dort sonst niemand unterwegs ist. Monate zuvor hat die Berliner Polizei Corona-Demonstranten teilweise so brutal zusammengeschlagen lassen, dass sich sogar der Folter-Beauftragte der Vereinten Nationen für den Vorfall interessierte.

Andererseits tanzen die Freitagskinder und ihr Ableger von der „Letzten Generation“ durch Straßenblockaden der werktätigen Bevölkerung auf der Nase herum unter teilweise aufreizender Untätigkeit der Polizei, die häufig erst nach längerem Zuwarten einschreitet.

Nun also der vorläufig letzte Anschlag der „Letzten Generation“. In aller Gemütsruhe haben sie ein Hebebühnenfahrzeug auf dem Pariser Platz in Stellung gebracht, dann mittels Plattform zwei der ihren auf den 15 Meter hohen Weihnachtsbaum gehoben und dessen Spitze abgesägt. Der Gipfel der Groteske: Die Polizei stand daneben und schaute zu. Von der Dienststelle heißt es: „Es gibt viele Weihnachtsbäume in Berlin, solche Kontrollen sind da keine Seltenheit.“ Ja, da denke ich doch schon fast an den sprichwörtlichen Weihnachtsmann. Aber das ist nur das letzte Glied in einer endlosen Kette. Am 16. November „besuchte“ die „Letzte Generation“ die FDP Bundesgeschäftsstelle und beschmierte sie. Ein Video zeigt, wie ein vor dem Gebäude geparkter Streifenwagen einfach davonfährt, während die Aktion läuft.

Der Verdacht drängt sich auf, dass der Rechtsstaat nur noch dort durchgesetzt wird, wo es was zu kassieren gibt oder dort, wo Protestierer staatliche Maßnahmen hinterfragen.

## MELDUNG

## Ethno-Krieg in Frankfurt/Oder

Frankfurt/Oder – Nach gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen Immigranten hat die Polizei in Frankfurt/Oder am 20. Dezember vier Wohnungen in der Oderstadt und eine weitere in Cottbus durchsucht. Nach Polizeiangaben ging es bei dem Einsatz um drei gewaltbereite Männer, die wiederholt an Auseinandersetzungen in Frankfurt beteiligt gewesen sein sollen. Vollstreckt werden sollte zudem ein Haftbefehl gegen einen 24-Jährigen, der verdächtigt wird, in mindestens zwei Fällen Personen mit einem Messer attackiert zu haben. In den vergangenen Wochen war es in einem Wohnviertel von Frankfurt/Oder wiederholt zu schwerer Gewalt zwischen Afghanen, Syrern und Irakern gekommen. Eine speziell gebildete Ermittlungsgruppe der Polizei bearbeitet mittlerweile 20 Strafverfahren. Dabei geht es unter anderem um Delikte wie gefährliche Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Bedrohung und schweren Landfriedensbruch. H.M.

## ● MELDUNGEN

## Journalisten leben riskant

Paris – Nach Angaben der international tätigen Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen (RSF) befanden sich zum 1. Dezember 2022 weltweit 533 Medienschaffende in Haft – ein Anstieg gegenüber 2021 um 13 Prozent. Die Hälfte sitzt in den Gefängnissen oder Straflagern von fünf Staaten, nämlich China, Myanmar, dem Iran, Vietnam und Belarus, wobei das Reich der Mitte die Rangliste hinsichtlich der Menge der Eingesperrten anführt. Darüber hinaus wurden im bisherigen Verlauf des Jahres 57 Journalisten getötet, während man 2021 noch 48 Opfer zählte. Acht Reporter starben allein in der Ukraine, die damit zum zweitgefährlichsten Land für diesen Berufsgruppe avancierte. Noch riskanter war die Pressearbeit lediglich in Mexiko, wo elf Journalisten durch Mörderhand fielen. Auf dem amerikanischen Doppelkontinent kamen prozentual mehr Reporter bei Gewaltakten ums Leben als in allen anderen Regionen der Welt. W.K.

## CIA lockt Russen

Washington – Der US-Auslandsgeheimdienst CIA bemüht sich verstärkt darum, Russen zu rekrutieren, die unzufrieden mit der Politik Putins sind. Dies sagte der stellvertretende CIA-Direktor für verdeckte Operationen, David Marlowe, während eines Treffens mit ausgewählten Dozenten und Mitarbeitern des Hayden Centers der George Mason University in Fairfax im US-Bundesstaat Virginia, an dem auch die Vize-CIA-Direktorin für Analyse, Linda Weissgold, teilnahm. Marlowe meinte, es gebe auf der ganzen Welt Russen, die dem Krieg in der Ukraine ablehnend gegenüberstünden, und die CIA würde diese sehr gerne anwerben: „Wir sind offen für Geschäfte.“ Besonders hofft er dabei auf die Kooperationsbereitschaft frustrierter Militärs und verärgelter Oligarchen, welche erleben müssen, wie die Sanktionen gegen Russland ihre Interessen beeinträchtigen. W.K.

## Gefechte an der Grenze

Neu-Delhi – An der umstrittenen Grenze zwischen Indien und der Volksrepublik China, welche durch das Himalaya-Gebirge verläuft, kam es erneut zu Zusammenstößen zwischen Truppen beider Länder, nachdem sich bereits 2020 Scharmützel im Galwan-Tal in der Region Ladakh mit 24 Toten ereignet hatten. Diesmal fand die Konfrontation weiter östlich im Tawang-Distrikt statt, der an der Nahtstelle zwischen dem indischen Bundesstaat Arunachal Pradesh und dem von China annektierten Tibet liegt. Die Vorfälle erfolgten unmittelbar im Anschluss an gemeinsame Manöver indischer und US-amerikanischer Militäreinheiten in Uttarakhand im Dreiländereck Indien-Nepal-Tibet. Sowohl die indische als auch die chinesische Regierung werfen nun der jeweils anderen Seite vor, die provisorische Waffenstillstandslinie von 1962 überschritten zu haben, um ihren Einfluss in der Region auszuweiten. Dieses Mal kam es allerdings nicht zu Todesopfern. W.K.

## UKRAINE

## Im „schwarzen Loch“ verschwunden

Westliche Waffen und Hilfgelder drohen im Ukrainekrieg durch Korruption in falsche Hände zu gelangen

VON HERMANN MÜLLER

Noch im September 2021 attestierte der EU-Rechnungshof in einem Sonderbericht der Ukraine massive Probleme durch Großkorruption und der Beraubung des Staates. Nach den Erkenntnissen der Rechnungsprüfer ist der osteuropäische Staat über Jahre durch Oligarchen, hohe Beamte und durch korrupte Politiker, Staatsanwälte und Richter regelrecht ausgeplündert worden.

Hintergrund der damaligen Prüfung war die Frage, wie die Ukraine mit Mitteln der EU umgeht, die unter anderem für den Kampf gegen die Korruption fließen. Seit dem Angriff russischer Truppen im Februar 2022 überweisen die EU und die USA Beträge nach Kiew, die sich in ganz anderen Dimensionen bewegen als die vorherigen Finanzhilfen. Allein der US-Kongress hat seit Kriegsbeginn 65 Milliarden US-Dollar an Hilfen für die Ukraine genehmigt. In Washington diskutieren die Gesetzgeber derzeit über weitere 45 Mil-

liarden Dollar. Für die EU bezifferte der stellvertretende Kommissionschef Valdis Dombrovskis im November 2022 die Hilfszahlungen seit Kriegsbeginn mit 19,7 Milliarden Euro. Dabei war militärische Hilfe nicht einmal eingerechnet. 2023 soll das Land von der EU nochmals 18 Milliarden Euro erhalten.

Doch seit dem russischen Angriff auf die Ukraine wird westliche Kritik an der Korruption in der Ukraine meist nur noch sehr zurückhaltend formuliert. Angesichts der hohen Milliardenbeträge und der Waffenlieferungen, die aus Richtung der EU und den USA in die Ukraine fließen, droht diese Zurückhaltung aber Folgen zu haben. Schon in den vergangenen Monaten sind vereinzelt Vermutungen laut geworden, Waffen, die in die Ukraine geliefert werden, könnten irgendwann ihren Weg auf den internationalen Schwarzmarkt finden.

Diese Befürchtung scheinen schnell Realität geworden zu sein: Waffen, die ursprünglich für die Ukraine bestimmt waren, sind offenbar auf einem Konflikttherd

auf dem afrikanischen Kontinent aufgetaucht. Anfang Dezember sprach Nigerias Präsident Muhammadu Buhari auf dem Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter der Tschadseebecken-Kommission die Warnung aus, dass wegen des Krieges in der Ukraine Waffen und auch Kämpfer in die Region strömen. Profiteur dieser Entwicklung ist laut Buhari unter anderem die islamische Terrorgruppierung Boko Haram.

## Geldwäsche über Kryptobörse?

Bereits im April hatte der Nachrichtenkanal CNN eine anonyme Quelle innerhalb der CIA zitiert, der zufolge vom Westen gelieferte Waffen „in einem großen schwarzen Loch“ zu verschwinden drohen, sobald sie die polnisch-ukrainische Grenze passiert haben. Die USA scheinen diesen weitgehenden Kontrollverlust inzwischen nicht mehr tatenlos akzeptieren zu wollen.

Im November bestätigte das Pentagon erstmals ganz offiziell die Anwesenheit von US-Militärangehörigen in der Ukrai-

ne. Angeführt vom Brigadegeneral Gerrick Harmon, dem Militärattaché in Kiew, sollen die US-Militärberater die Aufgabe haben, Waffenlieferungen aus NATO-Ländern an das Land zu überwachen, so das Pentagon.

Mittlerweile steht allerdings nicht nur der Verdacht im Raum, dass Waffenhilfe für die Ukraine auf verschlungenen Wegen wieder aus dem Land herausgeschleust wird. Ein US-Journalist hat den Vorwurf erhoben, auch Spendengelder für die Ukraine seien bereits abgezweigt und veruntreut worden. Vorgebracht hat diesen schwerwiegenden Vorwurf der Radiomoderator Hal Turner. Dieser warf Sam Bankman-Fried, dem Chef der im November in die Insolvenz geschlitterten Kryptobörse FTX, vor, Teil eines Geldwäschereins gewesen zu sein.

Nach Darstellung von Turner sollen über die Spendenaktion „Aid for Ukraine“ in den USA zunächst Hilfgelder für die Ukraine eingesammelt worden sein. Die Ukraine hätte diese Gelder dann in Kryptowährung bei dem Unternehmen FTX angelegt. Letztendlich soll ein Teil dieser Spendengelder aber bei Kreisen innerhalb der US-Demokraten gelandet und von diesen für den Midterms-Wahlkampf verwendet worden sein. Verdeckt wurde dieser Geldfluss laut Turner von der überraschenden Pleite der Kryptobörse im vergangenen Herbst.

Der ukrainische Minister für digitale Transformation, Alex Boryakov, hat die Vorwürfe dementiert. Der Minister erklärte über Twitter, FTX sei nur für die Umwandlung von Spenden verwendet worden, die in Kryptogeld eingegangen seien. Laut dem Minister soll FTX solche Spenden lediglich in herkömmliche Währungen umgewandelt haben, Geld soll demnach jedoch nicht bei FTX angelegt worden sein.

Antikorruptionsaktivisten denken unterdessen bereits darüber nach, welche große Versuchung es darstellen wird, wenn in einigen Jahren Hunderte Milliarden von Euro und Dollar zum Wiederaufbau in die Ukraine fließen werden. Tetiana Shevchuk von der ukrainischen Nichtregierungsorganisation Antac forderte gegenüber dem ZDF, es müsse bei Wiederaufbau-Hilfen immer eine unabhängige Aufsicht bestehen, damit keine Mittel verschwinden können.



Panzerabwehrwaffen für islamische Terroristen? Der Westen plant weitere Waffenlieferungen für die Ukraine, von wo aus auch deutsches Kriegsmaterial wie diese Panzerfäuste durch Korruption den Weg nach Afrika finden könnte

Foto: pa

## VEREINIGTES KÖNIGREICH

## Auf dem Weg zu einem Klein-England

Zurück in die EU – Schotten, Nordiren und inzwischen sogar die Waliser wollen sich von London loslösen

Das kommende Jahr sollte für Schottland das Jahr der Unabhängigkeit werden. Erst 2014 hatte sich eine Mehrheit der Schotten gegen eine Loslösung von Großbritannien entschieden. Doch die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon glaubt, dass sie mittlerweile die Zahlen auf ihrer Seite hat. „Alle Umfragen sprechen dafür“, sagte sie mit Blick auf ein neues Referendum.

Doch der Oberste Gerichtshof des Vereinigten Königreichs, der Supreme Court, ging dazwischen. Ohne Zustimmung aus London bleibe Schottland ein Teil des Vereinigten Königreichs, lautete der Gerichtsentscheid vom November. Sturgeon setzt nun auf die Macht des Faktischen. Sie will die nächste britische Parlamentswahl im Jahr 2024 zu einem Quasi-Referendum machen. „Wenn dann eine Mehrheit der Schotten bei Pro-Unabhängig-

keitsparteien ihr Kreuz macht, ist dies ein klares Mandat. London muss diesem demokratischen Willen entsprechen“, argumentiert sie.

Unabhängigkeitsbestrebungen vom Vereinigten Königreich haben eine lange Tradition. Sturgeon glaubt, dass die Menschen 2014 anders entschieden hätten, wenn sie gewusst hätten, dass sich eine Mehrheit der Briten für den Brexit entscheiden würde. Ihr Ziel ist es, Schottland wieder zurück in die EU zu führen.

## Ein neues Pulverfass

Doch nicht nur in Schottland haben die „Regionalisten“ wieder Zulauf. Und dies hat ebenfalls mit dem Brexit zu tun. Bei dem Referendum 2016 entschied sich zwar die Mehrheit der Engländer für einen EU-Austritt, und die Masse an Wählerstimmen gab dann den Ausschlag.

Doch in Schottland und in Nordirland sprach sich eine Mehrheit für einen Verbleib in der EU aus.

Nach diesem Ergebnis forderte der damalige irische Premierminister Enda Kenny ein Referendum über eine Vereinigung Nordirlands mit der Republik Irland. Dort würden derzeit mehr als zwei Drittel der Bürger für ein einiges Irland stimmen. Im Norden ist die Lage heikel. Ursprünglich lebten dort mehr Protestanten als Katholiken, und diese waren stets für einen Verbleib bei Großbritannien.

Doch mittlerweile stellen die Katholiken die Mehrheit der Bevölkerung. Und von dieser würde bloß ein Fünftel gegen einen Austritt aus Großbritannien stimmen. Hintergrund ist die Angst vor neuen Unruhen. So verübte die republikanisch-katholische Terrorgruppe Neue IRA wieder Anschläge.

Selbst auf der Seite der London-treuen nordirischen „Loyalisten“ gibt es Untergrundaktivitäten. Sie stören sich am sogenannten Nordirland-Protokoll in den Brexit-Vereinbarungen zwischen der EU und Großbritannien. Durch dieses ist auf der Irischen See eine Zollgrenze entstanden. Seit dem Karfreitagsabkommen 1998, das den Bürgerkrieg inklusive Terroranschlägen beendete, waren alle relevanten Kräfte an der Regierung in Belfast beteiligt. Nun stellen sich die protestantischen Unionisten quer. Experten sprechen von einem Pulverfass.

Selbst in Wales, wo seit 100 Jahren die Labour-Partei regiert, gibt es erstmals seit Jahrzehnten Diskussionen über eine Loslösung von London. Wenn die Tendenz andauere, könnte aus Großbritannien in einigen Jahren ein Klein-England werden, sagen Zyniker. Peter Entinger

VON PETER ENTINGER

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat seine Prognose für die Weltwirtschaft deutlich gesenkt und sieht dabei vor allem Deutschland im Zentrum einer globalen Krise. Das Land habe „zweifelsohne große, aktuelle Probleme“, sagte Alfred Kammer, Direktor der Europaabteilung des IWF, dem „Spiegel“, und forderte die Bundesregierung auf, den Standort Deutschland mit staatlichen Investitionen zu stärken.

Als größte Baustelle macht der IWF Energie, Infrastruktur, Fachkräfte und Digitalisierung aus. „Überall ist die Bundesrepublik zurückgefallen. Das kostet Produktivität und Wachstum. Obendrein ist Deutschland besonders von der sich ändernden Globalisierung betroffen. Was es jetzt braucht, ist ein großes staatliches Investitionsprogramm“, sagte Kammer. Als Beispiele nannte er Breitbandausbau, eine digitale Verwaltung und Energiesouveränität.

#### Energiekosten verschärfen Krisen

Vor allem die Energiekrise wird Deutschland nach Einschätzung des IWF noch lange zu schaffen machen. „Dieser Winter wird schwierig, aber der Winter 2023 könnte noch schlimmer werden“, sagte IWF-Vizedirektorin Gita Gopinath und fügte hinzu: „Die Energiepreise werden noch für längere Zeit hoch bleiben. Darauf muss Deutschland reagieren. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss deutlich beschleunigt werden.“ Deutschland habe einen größeren Industriestruktur als andere Länder.

IWF-Direktor Kammer fordert, dass Deutschland noch „grüner“ werden müsse. „Die momentane Krise muss der Weckruf für eine neue, grüne Wirtschaft in Deutschland sein. Dafür muss die Bundesregierung alle Anstrengungen unternehmen“, so Kammer, der allerdings einen Vorteil in Deutschland sieht: „Die öffentlichen Haushalte sind finanziell immer noch weit besser in Schuss als vielerorts sonst.“

Dass es in Deutschland einen erheblichen Reformstau gibt, kritisiert nicht nur der IWF, sondern auch deutsche Ökonomen. Oliver Holtemöller, Direktor am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH), sieht die Bundesrepublik im Hinblick auf Digitalisierung international im Mittelfeld. „Ich bekomme von den Bundesministern immer noch Faxen. Das ist ein absoluter Anachronismus“, sagte er. Sein Institut sieht die deutsche Wirtschaft zum Jahreswechsel vor schwierigen Zeiten. „Der Energiepreisanstieg erhöht die Lebens-



Laut Ökonomen geht es hierzulande viel zu langsam voran: Investitionen in die Infrastruktur wie Glasfaserausbau in Brandenburg

#### STAU BEI WIRTSCHAFTSREFORMEN

## IWF sieht Deutschland in mehrere Krisen schlittern

Schnellerer Ausbau Erneuerbarer Energien und Digitalisierung: In einer „grünen Wirtschaft“ soll die Lösung der Probleme liegen

haltungskosten und durch die vorsichtigeren Kreditvergabe haben sich die Finanzierungsbedingungen verschlechtert“, so Holtemöller, fügte aber hinzu: „Die deutsche Konjunktur ist durchaus robust.“

Vor allem der Export habe sich von der Corona-Pandemie recht schnell und gut erholt. Allerdings bestünden aufgrund der aktuellen Lage zahlreiche Unwägbarkeiten. „Die Gas- und Strompreispbremse dürfte den Konjunkturerbruch im Winter zwar abfedern, sie erhöht aber auch das Risiko, dass die Inflationsrate von den hohen schuldenfinanzierten staatlichen Transfers weiter angeheizt wird“, erklärte der Ökonom.

Vor einer weiter steigenden Inflation warnt auch Marcel Fratzscher, Präsi-

dent des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Das Armutsrisiko in Deutschland werde zunehmen, „weil eben gerade Menschen am unteren Ende jetzt auch nicht die großen Lohnsteigerungen bekommen. Für Menschen mit mittleren und geringen Einkommen wird das nächste Jahr eine Katastrophe.“

#### Wachstum ist möglich

Der IWF hatte seine globale Wachstumsvorhersage für das kommende Jahr kürzlich von 2,9 auf 2,7 Prozent gesenkt. Im Euroraum werde das Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch um 0,5 Prozent wachsen. Deutschland aber drohe eine Rezession um 0,3 Prozent, schreibt der Währungsfonds in seinem „World Economic

Outlook“. Nur ein Land schneide 2023 noch schlechter ab – und das ist Russland.

Eine Lösungsmöglichkeit sieht DIW-Chef Fratzscher wie der IWF in einem Ausbau der Erneuerbaren Energien: „Jetzt geht es darum, die Energiewende, den Umbau der Wirtschaft auf „erneuerbare Energien, auf nachhaltige Technologien, massiv zu beschleunigen. Dann kann Deutschland sogar gestärkt aus der Krise hervorgehen. 2023 – so sagen es die Experten einhellig – dürfte ein ungemütliches Jahr werden. Für 2024 bleibt die Hoffnung, dass die Inflation so weit heruntergeht, dass die Löhne und staatlichen Leistungen wieder stärker steigen“, sagt Fratzscher. Doch bis dahin liege noch ein weiter Weg vor der Bundesrepublik.

#### TWITTER

## Rätselraten über Musk-Nachfolge

Zweifelhafte Mehrheit hat den Konzernchef zum Rücktritt aufgefordert – Wer folgt auf den 51-Jährigen?

Der Milliardär war sauer. „Ich werde als CEO zurücktreten, sobald ich jemanden finde, der dumm genug ist, den Job zu übernehmen! Danach werde ich nur noch die Software- und Server-Teams leiten“, schrieb Elon Musk auf seiner Internetplattform Twitter, nachdem er zuvor die Nutzer hatte abstimmen lassen, ob er zurücktreten solle. Immerhin 17,5 Millionen Nutzer haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und satte 57,5 Prozent haben sich für einen Abschied des US-Milliardärs ausgesprochen.

Musk stellte zwar umgehend die Rechtmäßigkeit des Votums in Frage und unterstellte seinen Gegnern, sogenannte „Bots“ zur Stimmen-Vermehrung eingesetzt zu haben, aber die Wahl ignorieren konnte er dennoch nicht, er hatte sein Wort gegeben. Musk hatte den Posten des Vorstandsvorsitzenden im Zuge seines

rund 44 Milliarden US-Dollar schweren Kaufs der Internetplattform im vergangenen Oktober übernommen, allerdings von Beginn an betont, dass dies keine Dauerlösung sei. „Ich plane die Arbeitsbelastung in der kommenden Zeit zu reduzieren und die Führung mit der Zeit abzugeben“, sagte er schon im November.

Außer Zweifel steht, dass Musk auch nach einem möglichen Rücktritt als Twitter-Boss der wichtigste Mann hinter der Plattform bleiben wird. Sie gehört ihm schließlich. Doch noch gibt er sich nicht geschlagen. Das Umfrage-Institut HarrisX hatte in der vergangenen Woche erklärt, dass in einer von ihr durchgeführten, unabhängigen Abstimmung eine Mehrheit von 61 Prozent der Teilnehmer für Musks Verbleib an der Spitze des Unternehmens gestimmt habe. „Interessant. Das weist daraufhin, dass wir immer noch ein klitz-

kleines Bot-Problem auf Twitter haben“, kommentierte der Unternehmer bissig.

US-amerikanische Medien spekulieren, Musk könne den Vorstandsposten bei Twitter in absehbarer Zeit an einen Vertrauten abgeben. Immer wieder fallen die Namen Jason Calacanis und David Sacks. Sacks und Musk kennen sich schon seit gemeinsamen Zeiten beim Bezahlndienst Paypal. Investor Calacanis ist Seriengründer und unterhält mehrere Podcasts. Er hat Musk bereits bei den Verhandlungen zum Twitter-Kauf beraten.

#### Vorwurf: Er vernachlässigt Tesla

Der 51-jährige Musk hatte bei der Übernahme des Nachrichtendienstes angekündigt, für mehr Meinungsfreiheit einzutreten. Unter anderem ließ er darüber abstimmen, ob das gesperrte Konto des ehemaligen US-Präsidenten Donald

Trump wieder freigeschaltet wird. Aus dem linken Spektrum hagelte es Kritik. Zahlreiche mehr oder wenige Prominente, unter anderem aus Deutschland, haben ihr Konto mittlerweile gelöscht und sind auf alternative Plattformen abgewandert. Kritiker – auch aus seinem eigenen Umfeld – monierten, Musk benutze Twitter als Spielfeld für seine Eitelkeiten und vernachlässige seine Kern-Unternehmen.

Den Kauf von Twitter hatte der Multimilliardär unter anderem mit dem Verkauf von Tesla-Aktien finanziert. Der Elektroautokonzern, bei dem Musk ebenfalls an der Spitze steht, hatte an der Börse zuletzt hohe Einbußen hinnehmen müssen. Tesla-Investoren hatten Musk kürzlich aufgefordert, sich wieder verstärkt Tesla zu widmen und den Autobauer auf Kurs zu halten. P.E.

#### MELDUNGEN

## Ladensterben schreitet voran

Berlin – Wie der Präsident des Handelsverbandes Deutschland (HDE), Alexander von Preen, gegenüber den Zeitungen der Funke Mediengruppe mitteilte, führte die Corona-Politik mit ihren wiederholten Lockdowns hierzulande zur Schließung von rund 41.000 Einzelhandelsgeschäften. Manche Filialketten mussten fast ein Drittel ihrer Läden abstoßen. In der Vor-Corona-Zeit belief sich die Zahl der Geschäftsaufgaben auf rund 5000 pro Jahr. Diejenigen Händler, die das Corona-De-saster überlebten, haben oftmals ihre Rücklagen aufgebraucht, weswegen sie nun durch die explodierenden Energiepreise und die galoppierende Inflation in existentielle Nöte geraten. Die Geldentwertung drückt auf die Kaufkraft der Kunden und führte zu einem Umsatzrückgang von zuletzt 2,8 Prozent. Gleichzeitig schmälern die hohen Energiekosten den verbleibenden Gewinn derart, dass er nun vielfach gegen Null tendiert. Damit dürfte das Ladensterben weitergehen. W.K.

## Futuristische Pläne

Peking/Riad – Während die Vereinigten Staaten von Amerika und Saudi-Arabien zunehmend auf Distanz zueinander gehen, bemühen sich die Volksrepublik China und das Golf-Königreich um engere Beziehungen. Anlässlich eines dreitägigen Staatsbesuches von Präsident Xi Jinping wurden bilaterale Vereinbarungen über Geschäfte im Umfang von fast 30 Milliarden US-Dollar unterzeichnet. Die treibende Kraft auf saudischer Seite war dabei Kronprinz Mohammed bin Salman, welcher die finanziellen und wirtschaftlichen Kapazitäten Pekings nutzen will, um seine futuristischen Pläne für die weitere Entwicklung der Golf-Monarchie voranzutreiben. Dahingegen strebt das Reich der Mitte danach, die Arabische Halbinsel in die eigene Neue Seidenstraße einzubinden. Hierbei handelt es sich um ein großangelegtes Projekt zur Schaffung von Land- und Seeverbindungen zwischen Asien, Afrika und Europa sowie zur Intensivierung des Handels unter chinesischer Führung. W.K.

## Immobilien: Preis sackt ab

Berlin – Preisrückgänge und eine gesunkene Zahl von Immobiliengeschäften sind Anlass für die Vermutung, dass auf dem Berliner Immobilienmarkt eine Abkühlung einsetzt. Wie die Hypovereinsbank berichtet, wurden auf dem Immobilienmarkt der Hauptstadt teilweise Preisrückgänge von bis zu 20 Prozent beobachtet. Nach vorläufigen Daten des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Berlin ist es im dritten Quartal 2022 sowohl bei den Transaktionen als auch beim Umsatzvolumen zu einem deutlichen Rückgang auf dem Immobilienmarkt der Hauptstadt gekommen. Im Sommer hatte der Gutachterausschuss in einem Marktausblick eine Normalisierung vorausgesagt und von einer stark nachlassenden Nachfrage nach Kaufimmobilien berichtet. Wie der „Tagesspiegel“ berichtet, kann Berlin mit dieser Entwicklung auf dem Immobilienmarkt nun wieder verstärkt in den Fokus internationaler Großanleger rücken. H.M.

## ANALYSE

## Erdogans harter Rivale

BODO BOST

Der Bürgermeister von Istanbul, Ekrem İmamoğlu, der den heutigen türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan 2019 bereits einmal in seiner einstigen Hochburg besiegt hat, gilt als stärkster Rivale für Erdoğan bei den Präsidentschaftswahlen im neuen Jahr. Im Dezember hatte ein türkisches Gericht den beliebten Bürgermeister zu mehr als zwei Jahren Haft und einem Politikverbot verurteilt wegen Äußerungen, die er nach den Bürgermeisterwahlen 2019 gemacht hatte.

İmamoğlu war aus der Wahl als Sieger hervorgegangen, nachdem Erdogans Partei AKP wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten bei der Stimmabgabe eine Wiederholung der Wahl erzwungen hatte. Kurz nach dem Wahlergebnis bezeichnete İmamoğlu Mitglieder der Wahlkommission, die Erdoğan geholfen hatten, die Wahl zu annullieren, vor Reportern als „Idioten“.

Das Urteil gegen ihn hat der türkischen Opposition indes neuen Auftrieb gegeben, weil es ihr die Möglichkeit verschafft, ihre Basis jenseits ihrer traditionellen Wählerschaft zu mobilisieren. Die Gefängnisstrafe erscheint ungerecht, da nach Ansicht dreier renommierter türkischer Rechtsprofessoren die Beleidigung von Wahlbeamten durch die Bezeichnung als „Idioten“ keine Straftat darstellt. İmamoğlu reagierte damals auf Erdogans Innenminister Süleyman Soylu, der ihn bei einem Besuch im EU-Parlament im Jahr 2019, bei dem İmamoğlu die Praktiken der türkischen Regierung bei Kommunalwahlen kritisiert hatte, in gleicher Weise als Idiot beschimpft hatte. Jetzt soll İmamoğlu ins Gefängnis, Soylu bleibt jedoch weiter Innenminister.

Dieser Schritt könnte unerwartete Auswirkungen auf die Opposition und die Präsidentschaftswahlen 2023 haben. Ironischerweise hatte ein türkisches Gericht 1998 ein ähnliches Urteil gegen den Wahlkämpfer Erdoğan erlassen, damals Bürgermeister von Istanbul, weil er die Öffentlichkeit mit einem Gedicht aufgehetzt hatte. Erst diese Inhaftierung machte ihn zum Märtyrer, es war der Beginn seiner Karriere, die er im kommenden Jahr letztmals krönen will. Erdoğan gelang es 1998, sich als Star gegen die staatliche Hierarchie und den damaligen korrupten Status quo zu po-

sitionieren. Das Urteil des Gerichts zementiert nun die Wahrnehmung İmamoğlus als Opfer staatlicher Ungerechtigkeit. Die türkische Öffentlichkeit bewundert den Außenseiter.

İmamoğlus Ruf ist jedoch bereits seit 2019 durch eine Reihe von Missgeschicken beschädigt worden. So konnte er städtische Dienstleistungen nicht verbessern, weil die Zentralregierung ihm die Aufnahme von Krediten untersagt hat. Die oppositionsinternen Verhandlungen zur Auswahl eines Präsidentschaftskandidaten, der Erdoğan bei den nächsten Wahlen herausfordern soll – wobei İmamoğlu, wenn er rechtskräftig verurteilt würde, wahrscheinlich unmöglich wäre – sind nun ins Wanken geraten. Oppositionsführer Kemal Kilicdaroglu, Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei (CHP), will selbst als Kandidat antreten. Nur Meral Aksener, die Chefin der nationalistischen İyi Partei (gute Partei), lehnt Kilicdaroglu weiterhin ab. Aksener scheint nicht zu glauben, dass er gegen Erdoğan gewinnen könnte.

İmamoğlu steht in den Umfragen weitaus besser da als Kilicdaroglu. Auch der ehemalige Ministerpräsident Ahmet Davutoglu, jetzt Vorsitzender der Zukunftspartei (Gelecek) und einstiger Weggefährte Erdogans, hat angedeutet, İmamoğlu als Präsidentschaftskandidaten zu unterstützen. Dieser muss jetzt gegen das Urteil Berufung bei den regionalen Berufungsgerichten einlegen, und wenn das Urteil nicht zu seinen Gunsten ausfällt, wird er es vor dem Kassationsgerichtshof weiterverfolgen.

Unter normalen Umständen würde dies mindestens ein bis zwei Jahre dauern. Aber die politischen Seilschaften in Ankara könnten das Verfahren beschleunigen, und ein endgültiges Urteil könnte noch vor den Wahlen im Juni gefällt werden. Dann könnte İmamoğlu als Kandidat registriert werden, aber kurz vor den Wahlen durch ein Gerichtsurteil wieder ausgeschlossen werden. Damit hätte die Opposition keinen Kandidaten mehr, da er sofort aus der Politik ausgeschlossen würde. Wenn İmamoğlu für die nächsten zwei Jahre aus der Politik ausgeschlossen wird, könnte er weder bei den Präsidentschaftswahlen noch bei den für März 2024 geplanten Kommunalwahlen antreten. Das wäre ein absoluter Sieg für Erdoğan, wenn auch durch einen Justizputsch.



Gefährliches Rechtsverständnis: Ministerin Nancy Faeser und Altkanzlerin Angela Merkel (v.l.) Foto: imago/Political Moments

## KOLUMNE

## Umkehr der Beweislast

FLORIAN STUMFALL

Über dem ebenso peinlichen wie ungezogenen Auftritt der deutschen Innenministerin Nancy Faeser mit Armbinde in Katar droht ein ganz anderes Bubenstück der SPD-Politikerin in den Hintergrund zu treten, das dringend ins Licht der Öffentlichkeit gezogen gehört. Denn es handelt sich um einen Anschlag auf das Recht, verübt von der Ressortministerin, deren dringlichste Aufgabe es ist, eben dieses Recht vor allen Anfechtungen zu schützen. Faeser regte an, von Staatsbediensteten, die im Verdacht stehen, rechtes Gedankengut zu hegen, zu verlangen, dass sie diesen Verdacht ausräumen, indem sie beweisen, dass der Vorwurf falsch ist.

Die Initiative galt zunächst den Staatsbediensteten. Auf solche Weise müsse der Staat nicht in jedem Einzelfall kompliziert nachweisen, so die Begründung, dass der Verdächtige tatsächlich verbotene Ansichten vertrete oder gar derartige Pläne verfolge. Wie freilich jemand beweisen soll, dass er eine gewisse Meinung nicht hat und Gedanken der inkriminierten Art nicht wälzt, das konnte die Ministerin nicht sagen.

Und eben weil das nicht möglich ist, gehört es zu den Grundbestandteilen der abendländischen Rechtsgeschichte, dass im Bereich des Strafrechts die Schuld bewiesen werden muss und nicht die Unschuld. Und die Meinungskontrolle hat fraglos strafrechtlichen Charakter. Die Umkehrung der Beweislast, also die Pflicht des einzelnen, seine Unschuld glaubhaft zu machen, ist ein schwerwiegender Bruch mit der Rechtstradition, in der auch Deutschland steht. Im Zivilrecht mag es Ausnahmen in Sachen Beweislast geben, im Strafrecht nie.

## Verdacht gegen eigene Beamte

Was Faesers Aktion in gesteigertem Maße unerträglich macht, ist der Umstand, dass sie sich gegen die Staatsbediensteten richtet, als deren oberste Dienstherrin die Ministerin eine besondere Verantwortung trägt. Sie verkennet, dass die Loyalität eine Beziehung auf Gegenseitigkeit ist und die Staatsdiener Anspruch auf den Schutz durch die Ordnung haben, der sie verpflichtet sind.

Die Sache erinnert an den Radikalerlass des Jahres 1972, jedoch mit zwei Unterschieden. Damals ging es nicht um

die Überwachung von Beamten, sondern die Prüfung der Verfassungstreue bei Neueinstellungen. Und zum zweiten war damals eine Umkehrung der Beweislast nicht vorgesehen. Trotzdem gab es seinerzeit einen Sturm auf den gesammelten Linken gegen den Erlass, den man mit dem böswillig falschen Begriff des Berufsverbots belegte. Nach einigen Jahren wurde der Radikalerlass kassiert, ebenso wie auch Ministerin Faeser jetzt ihren Plan zurückzog.

Vorläufig zurückzog, möchte man sagen, denn, angenommen man wollte mit

„Was anderes sind also Staaten, wenn ihnen das Recht fehlt, als große Räuberbanden?“

Rücksicht auf diesen Vorgang ebenfalls die Beweislast umkehren, so läge es an Faeser zu beweisen, dass sie endgültig das Vorhaben begraben, und nicht zunächst einen Versuchsballon gestartet habe, um den Plan später wieder aufzunehmen, wenn sich die erste Empörung gelegt hätte und die Bedingungen günstiger wären. Eines aber bleibt auf jeden Fall bestehen: Die verstörende Erkenntnis, dass ein Regierungsmitglied und hier gar die für die Verfassung verantwortliche Ministerin jemals einen derartigen Plan überhaupt hat fassen können.

Denn auch das vorläufige Einlenken Faesers nimmt ihrem Versuch keineswegs den Charakter eines den Rechtsstaat bedrohenden Vorgangs. Dass aber dieser keineswegs einen Einzelfall darstellt, macht die Sache noch schlimmer. Denn die Missachtung des Rechts musste man bereits bei der damaligen Kanzlerin Angela Merkel beklagen, und das sogar mit einer gewissen Stetigkeit, die darauf schließen lässt, dass der Regierungschefin über vier Legislaturperioden die Beziehung zum Recht überhaupt fehlte.

Das zeigte sich, um nur drei Beispiele herauszugreifen, in der Art und Weise, in der sie die Kernkraft abschaffte, im Rahmen einer Bundestagsrede, ohne irgendwelche Beschlüsse, geschweige denn die Rücksicht auf bestehende Verträge und

Gesetze; es zeigte sich in der Art, wie sie während eines Interviews im Nebensatz den Grundgesetzartikel 6 hinfällig machte, der bis dahin Ehe und Familie einen besonderen Schutz gewährt hatte; und es war zu erleben, als sie verfügte – und dies ungeniert vor der Weltöffentlichkeit – dass eine demokratisch korrekte Wahl in Thüringen für nichtig erklärt werden und mit politisch korrektem Ausgang wiederholt werden musste.

## Die Aufgabe des Rechts

In diesem Zusammenhang kann man feststellen, dass es zwischen der Ära Merkel und der gegenwärtigen Ampel-Regierung zu keinerlei Neuorientierung gekommen ist. Rot-Gelb-Grün hat keine neue politische Richtung eingeschlagen, sondern führt mehr oder minder unverändert den vorherigen Kurs fort, nur eben etwas entschiedener und radikaler. Erst aus dieser Perspektive gewinnt die Ära Merkel neue Konturen. Doch weil der Niedergang auf so gut wie allen Gebieten in Deutschland derart mit Händen zu greifen ist, tritt der Verlust der Achtung des Rechts im politischen Alltag kaum ins Bewusstsein.

Hier handelt es sich um eine abstrakte Größe, die allzu vielen Menschen für ihr Leben selten – bei einem Strafzettel auf dem Auto – oder aber gar nicht von Belang zu sein scheint. Doch das ist ein großer Irrtum. Der bedeutende Rechtsphilosoph Rene Marcic sagt: „Das Recht ordnet das Leben der Menschen menschenwürdig. Seine Funktion ist, Normen zu geben, die es vollbringen, dass die Handlungen der Menschen, wenn sie normgemäß handeln, miteinander nicht kollidieren.“

Wo das Recht missachtet wird, entsteht also die Gefahr zunächst der Unordnung und in der Folge des Triumphs des Stärkeren über den Schwächeren. Das Recht ist nicht nur eine juristische, sondern ebenso eine staatsbildende und kulturelle Größenordnung. Daher geschieht der schlimmste Verstoß gegen das Recht, wenn es der Staat selbst ist, der, vertreten durch die Mächtigen, diesen Verstoß veranlasst. Und dann wird wahr, wovon der Kirchenlehrer Augustinus von Hippo bereits um die Wende des 4. zum 5. Jahrhunderts gewarnt hat: „Was anderes sind also Staaten“, so fragte er, „wenn ihnen das Recht fehlt, als große Räuberbanden?“

● Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Edyta Gladkowska (Allenstein).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehlmarmstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

VON TAMÁS FONAY

Vor genau 200 Jahren, am 1. Januar 1823, wurde der wohl berühmteste ungarische Dichter geboren. Wie kein anderer prägt Sándor Petőfi die ungarische Poesie bis zum heutigen Tag so maßgebend, dass sein Name mit der Dichtkunst annähernd eins wurde: Wenn man in Ungarn nach Gedichten gefragt wird oder an Lyrik, Poesie, ja, sogar Literatur im Allgemeinen denkt, kommt den meisten sofort der Name Petőfi in den Sinn. Jedoch war er nicht nur ein Dichter. Petőfi war vielmehr ein Freiheitskämpfer, ein Träumer und hat sich in seinen bloß 26 Lebensjahren als Volksheld verewigt.

Trotz seiner über (Dichter-)Generationen andauernden Berühmtheit wurde und wird über ihn und sein Lebenswerk viel diskutiert. Petőfi ist eine solch kontroverse Persönlichkeit der ungarischen Kulturgeschichte geworden, über die man alles Mögliche sagen kann, und gleichzeitig auch alles Gegenteilige. In den Augen einiger war er egoistisch, aufgeblasen und schrieb volkstümliche Gedichte, in den Augen anderer gab er sich bescheiden, zurückhaltend, schweigsam und vertrat republikanische Ansichten.

Daher stellt sich angesichts seines Geburtstags die Frage, wer dieser Mann war, nach dem in Ungarn in nahezu allen Gemeinden ein Platz oder eine Straße benannt wird, was er tat und warum er in Ungarn, im „Land der zehn Millionen Freiheitskämpfer“ so bedeutend wurde, dass sein Name sogar über die Landesgrenzen hinaus bekannt ist.

## Petőfis Werdegang und Poesie

Sándor Petőfi (geboren als Sándor Petrovics) entstammte einer in Ungarn lebenden slowakischen Familie, betrachtete und bezeichnete sich jedoch immer als Ungar. Nachdem er die Schule im Alter von 18 Jahren abgebrochen hatte, arbeitete er am Ungarischen Nationaltheater als Hilfskraft und wirkte teilweise in Statistenrollen mit. Später schloss er sich einer wandernden Theatergruppe an und spielte in verschiedenen Rollen.

In den Jahren von 1839 bis 1841 war er Soldat und anschließend wieder als wandernder Schauspieler tätig. In dieser Zeit (um 1842) erschien sein erstes Gedicht und wurde vom damals bedeutenden Redakteur und Dichter József Bajza, dem Herausgeber der Literaturzeitschrift „Athenaeum“, veröffentlicht. Aufgrund seiner andauernden prekären finanziellen Lage, hielt er sich bis 1844 mit Übersetzungen über Wasser.

Im Februar 1844 fasste er seine Gedichte in einer Sammlung zusammen und bat den damals bedeutendsten Dichter Ungarns, Mihály Vörösmarty, der Petőfis Talent erkannte, um Hilfe. Vörösmarty setzte sich für ihn bei der Vereinigung „Nationaler Kreis“ (ungarisch Nemzeti Kör) – bestehend aus Intellektuellen und wohlhabenden Pester Bürgern – ein, die letztendlich die erste Ausgabe von Petőfis Gedichtsammlung finanzierte, die zu einem riesigen Erfolg bei der Leserschaft wurde. Dank dieser Ausgabe und verschiedener Veröffentlichungen in Zeitungen stieg er in kürzester Zeit zu einem der bekanntesten Dichter Ungarns auf.

Nichtsdestotrotz erfuhr er von einigen intellektuellen Pester Kreisen Bösartigkeit. Manche fühlten sich durch seinen Hochmut angegriffen, andere durch seine Erfolge, wieder andere durch die ungewöhnliche Originalität seiner Poesie, die sie als affektiert und ärmlich empfanden. Aus diesem Grunde wurde aus diesen Kreisen heraus eine regelrechte Kampagne gegen ihn gestartet. Das Scheitern seines plötzlichen Aufflackerens der Liebe zu verschiedenen Frauen in dieser Zeit und die meist ungerechtfertigten Angriffe, die



Am Neujahrstag vor 200 Jahren kam der ungarische Nationaldichter Sándor Petőfi zur Welt

## Poetische Stimme eines Volks von Freiheitskämpfern

Jubiläum seinem Ruhm und seinem Glück im Wege standen, riefen die bittere Erinnerung an seine alten Leiden wach, und ein gewisser Pessimismus machte sich in ihm breit, welcher sich auf seine Werke im Jahr 1845 und am Anfang 1846 spürbar auswirkte.

Der Herbst 1846 markiert den Beginn der wichtigsten Periode seines Lebens und Schaffens. Er lernte Júlia Szendrey, seine spätere Frau kennen, die seine Persönlichkeit weiter bereicherte und eine neue Blüte seiner Poesie bewirkte. Seine Liebe zu seinem Land wuchs mit seiner Liebe zu ihr, und die patriotischen und politischen Tendenzen seiner Poesie kamen nun in ihrer vollen Größe zum Vorschein, während seine alten Themen und Gefühle, seine kindliche Neigung zur Liebe, ihn weiterhin inspirierten.

## Die Rolle bei der 48-er Revolution

Bis März 1848 schrieb er weiter, genoss seinen Ruhm und ließ sich mit seiner Frau nieder. Außerdem wurde er zunehmend über seine Gedichte hinaus politisch aktiv. Am 15. März 1847 war die Oppositionspartei, welche die verschiedenen Strömungen der Reformopposition in Ungarn vereinte, auf der Nationalen

Oppositionskonferenz in Pest gegründet worden. Zum Abschluss von deren Eröffnungssitzung trug Petőfi sein Gedicht „Im Namen des Volkes“ vor.

Danach spielte der Dichter, dessen Temperament ohnehin revolutionär war und dessen Werk von den Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geprägt war, eine führende Rolle in der Bewegung der Pester Jugend, die unter dem Einfluss der Beratungen der Pressburger Nationalversammlung, der Pariser Februarrevolution und der Wiener Revolution immer stärker wurde. In Vorbereitung auf die ursprünglich für den 19. März angesetzte Nationalversammlung schrieb er am 13. März das „Nationallied“ („Nemzeti Dal“).

Die Nachricht von der 48er-Revolution vom 14. März in Wien verbreitete sich auch in Pest wie ein Lauffeuer, weshalb sich die Jugendlichen, die ihren Sitz im Pester Café Pilvax hatten, unter der Leitung von Petőfi zum Handeln entschieden. Am frühen Morgen des 15. März 1848 proklamierten er und seine Kameraden das „Zwölf-Punkte-Programm“, das am Vortrag ausgearbeitet worden war und die Forderungen der Pester Jugend beinhaltete. Im gleichen Atemzug verbreiteten sie das von Petőfi verfasste „Nationallied“.

Diese Forderungen und der unzensurierte Druck des „Nationallieds“ waren ein prägender Ausdruck des Volkswillens und das erste Produkt einer freien Presse und wurden dementsprechend von der Bevölkerung mit Begeisterung aufgenommen.

Petőfi selbst trug noch am selben Vormittag sein Gedicht im Café Pilvax und

anschließend im Hof der Medizinischen Universität vor und löste damit eine Lawine nationaler Gefühle aus, die die Menschenmasse des Aufstandes an dem Tag vor sich trieb.

Im Laufe der Geschehnisse der Revolution radikalisierte er sich jedoch und zeigte sich mit den Errungenschaften des ungarischen liberalen Adels und der Politik unzufrieden. Außerdem begeisterte er sich unter dem Einfluss der französischen Revolution für die Republik, rief zu einer weltweiten Freiheit auf und bekämpfte die Idee des Königtums, weshalb seine Beliebtheit sowohl in der ungarischen Bevölkerung als auch unter den nationalen Entscheidungsträgern sank. Letztlich zog er für seine Ideale im Freiheitskampf gegen die Habsburger an die Front und starb um den 31. Juli 1849 nahe Schäßburg.

## Wirkung von Leben und Werk

In den nur sechs Jahren, in denen er als Dichter tätig war, schrieb Petőfi fast ein tausend Gedichte in ungarischer Sprache, von denen etwa 850 für die Nachwelt erhalten blieben, und leistete damit einen bleibenden Beitrag zur ungarischen Literaturgeschichte. Er avancierte darüber hinaus zur bedeutendsten Figur der ungarischen Romantik und etablierte neuartige Themen in der ungarischen Dichtung, die bis zu seiner Zeit unbekannt waren. Als erster schrieb er Familienlyrik, Liebesgedichte, welche die eheliche Liebe schilderten, und Landschaftslyrik mit einer würdigen Darstellung der ungarischen Tiefebene, der Puszta.

Durch ihn wurde ein gänzlich neuer Ton in der ungarischen Literatur hörbar. Er sprach auf eine einfache und zugängliche Weise zu allen Menschen, weil er die Sprache des Volkes in seine Schriften einbezog und den Gedanken in den Mittelpunkt seines Werkes stellte und nicht die äußere Form der Gedichte.

Petőfi wurde außerdem als Anführer der Märzjugend und einer der Helden des 15. März sowie später als Märtyrer des Freiheitskampfes von 1848/49 ebenso zu einer zentralen Figur der nationalen Legendenbildung. Sein Leben und seine Rolle bei der Revolution wurden damit genauso zum Gegenstand des Kults wie seine Poesie.

Rückblickend auf die letzten etwa zwei Jahrhunderte der ungarischen Geschichte lässt sich feststellen, dass Petőfi nicht zu altern scheint. Er war nicht nur der fortschrittlichste Geist und der modernste Dichter seiner Zeit, sondern lebte schon damals so modern, dass ihn seine eigene Aktualität zeitlos machte. Sein revolutionärer Geist ist auch heute noch revolutionär. Seine Flamme der Liebe brennt nach wie vor als Flamme der Liebe. Was er als Tragödie empfand, betrübt noch heute, und sein Humor strahlt noch immer Heiterkeit aus. Und nicht zu vergessen sei, dass sein Kampf für die ungarische Souveränität dem ungarischen Volk und der Politik, die derzeit die größte Freiheit der letzten Jahrhunderte genießt, als mahnendes wie inspirierendes Vorbild dienen kann.

Dies vor allem aber ist den Ungarn bewusst: Petőfis Bedeutung für ungarische Geschichte und Gedichte spiegelt sich ebenso darin wider, dass ihm in seiner Heimat aufgrund seines runden Jahrestages ein ganzes Gedenkjahr mit den verschiedensten Programmen, Ausstellungen und Vorträgen gewidmet wird, um seine Botschaften dem ungarischen Publikum näherzubringen. So wird er auch in Zukunft als prägender ungarischer Nationaldichter und Freiheitskämpfer in Erinnerung bleiben.

● Tamás Fonay ist Projektassistent des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit am Mathias-Corvinus-Collegium.



Petőfi-Denkmal in Budapest

## TOTALITARISMUS

# Ein wenig beachteter Markstein der Geschichte des Kommunismus

Vor 100 Jahren wurde die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gegründet. Nach Jahren brutaler Kämpfe mit ihren inneren und äußeren Gegnern hatten die Bolschewisten damit ihre Macht endgültig gefestigt

VON RENÉ NEHRING

Das „kurze 20. Jahrhundert“ vom Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 bis zum Zusammenbruch des Kommunismus 1989/91 wurde weltpolitisch von wenigen Großmächten geprägt: auf der einen Seite durch den Niedergang des Deutschen Reichs, Österreich-Ungarns, des Osmanischen Reiches, des russischen Zarentums sowie des britischen Empire, auf der anderen Seite durch den Aufstieg der neuen Mächte USA, China und Sowjetunion.

Unter diesen Großmächten nimmt die Sowjetunion eine besondere Stellung ein. Ihr Aufstieg erfolgte nicht nur auf der Grundlage eines klassischen außenpolitischen Machtstrebens, bei dem mithilfe der ökonomischen und militärischen Stärke der eigene Einflussbereich vergrößert wird, sondern ganz wesentlich auch auf der Basis eines geschlossenen ideologischen Systems – des Kommunismus. Dieser ließ, zumindest anfänglich, rund um die Welt die Arbeiter und Bauern von einer besseren Zukunft träumen und verhalf der Sowjetunion so zu Sympathien, die das alte Russland nie hatte.

## Folgen eines historischen Scheiterns

Doch schon bald zeigten sich die Schattenseiten der neuen Zeit. Der ideologische Anspruch des Kommunismus, einen „neuen Menschen“ zu schaffen, führte zur Ausrottung eines Großteils zunächst der alten Eliten und bald darauf weiter Teile des eigenen Volkes. Ein soziologisches Großexperiment, dessen Scheitern von Beginn an erkennbar war, und das dennoch fast ein Dreivierteljahrhundert dauerte. Zwar gelang den Kommunisten der Sprung von einem agrarisch geprägten Feudalstaat zur hochgerüsteten Schwerindustriation, die noch vor dem technisch am höchsten entwickelten Land des 20. Jahrhunderts – den USA – in den Weltraum vorstieß, doch verdankt das System diese Entwicklung nicht der Freisetzung schöpferischer Energien, sondern vielmehr der gnadenlosen Ausbeutung der schier unerschöpflichen Bodenschätze des Landes sowie der Arbeitskraft seiner Menschen.

Schöpferisch war hingegen die Verarbeitung des kommunistischen Experiments in unzähligen Erzählungen, Filmen, Liedern, Denkmälern und Bildern – mal als das Regime verklärende Propaganda, mal als nüchterne Schilderung, wie die Menschen im Sowjetalltag zugrunde gingen. Zu nennen sind hier Romane wie Michail Scholochows „Der stille Don“ und Alexander Fadejews „Die junge Garde“ sowie Boris Pasternaks „Doktor Schiwago“, Alexander Solschenizyns „Archipel Gulag“ und Wassili Grossmans „Leben und Schicksal“ oder Filme wie Sergej Eisensteins „Panzerkreuzer Potemkin“ und Alexander Dowschenkos „Erde“. Nicht zu vergessen auch die Propagandagemälde Wladimir Serows, dessen Namen zwar kaum jemand kennt, dessen Bilder – etwa „Lenin proklamiert die Sowjetmacht“ – fast jeder schon einmal gesehen hat.

Obwohl diese Sowjetunion längst Geschichte ist, beschäftigen ihre Hinterlassenschaften bis heute die Tagespolitik. Seit rund zehn Monaten hält der Krieg zwischen Russland und der Ukraine, also den beiden größten Teilstaaten des untergegangenen Reiches, die Welt in Atem. Auch sonst führen Konflikte um das Aus-



Verklärung einer Schreckensherrschaft: Wladimir Serows Gemälde „Lenin proklamiert die Sowjetmacht“ (Auszug) Foto: Ullstein

füllen des durch den Zerfall der Sowjetunion entstandenen Vakuums sowie Moskauer Versuche, verlorene Größe zurückzugewinnen, regelmäßig zu neuen Kämpfen an der Peripherie des einstigen Herrschaftsbereichs.

## Ein wenig beachtetes Datum

Über all das ist viel geschrieben worden. Weltweit haben Autoren wie Helmut Alt Richter, Anne Applebaum, Jörg Baberowski, Stéphane Courtois, Orlando Figes, Irina Scherbakowa, Karl Schlögel und Timothy Snyder sowohl die Geschichte der Sowjetunion im Ganzen als auch deren einzelne Kapitel wie die Oktoberrevolution, den Bürgerkrieg, die Zwangskollektivierung von Industrie und Landwirtschaft, den Terror der Stalinzeit, den Großen Vaterländischen Krieg und auch den Niedergang im Wettrüsten des Kalten Krieges in ihren Arbeiten erzählt.

Um so erstaunlicher, dass ein bedeutendes historisches Ereignis – die eigentliche Staatsgründung der Sowjetunion, die sich dieser Tage zum hundertsten Mal jährt – nur selten beleuchtet wird. Zwar gilt der Beschluss des Petersburger Winterpalais (den von der Propaganda später verklärten „Sturm“ auf den Zarensitz hat es nicht gegeben) zurecht als Auftakt der Sowjetzeit, doch ist die am 30. Dezember 1922 erfolgte Konstituierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als Staatsgründungsakt keineswegs zu vernachlässigen.

Denn mit der Proklamation der Sowjetherrschaft durch Lenin im November 1917 war die neue Macht alles andere als gefestigt. Außenpolitisch stand das Land noch im Krieg mit Deutschland und den Mittelmächten des Ersten Weltkriegs, und im Inneren brach unmittelbar nach der Revolution ein mehrjähriger

blutiger Bürgerkrieg zwischen der Roten Armee der neuen Machthaber und deren innenpolitischen Gegnern – Sozialdemokraten und gemäßigte Linke, Anhänger des Zaren und freie Nationalisten, entwurzelte Bauern und umherziehendes Lumpenproletariat – aus. Der Bürgerkrieg zwischen „Roten“ und „Weißen“ wurde mit einer beispiellosen Grausamkeit geführt, gerade auch gegen die Zivilbevölkerung. Folter und schwere Misshandlungen, Brandschatzungen und Massenerschießungen standen auf der Tagesordnung. Historiker schätzen, dass zwischen acht und zehn Millionen Russen ihr Leben verloren.

## Eine Macht auf unsicherem Grund

Als Lenin im Vertrag von Brest-Litowsk Frieden mit den Mittelmächten schloss, schickten die Entente-Staaten Frankreich und Großbritannien – eben noch Verbündete im Weltkrieg – Interventionstruppen nach Russland, nicht zuletzt auch, um der von den neuen Machthabern verkündeten Weltrevolution frühzeitig Einhalt zu gebieten. Hinzu kamen die Unabhängigkeitsbestrebungen in zahlreichen Regionen des Reiches. Das Großherzogtum Finnland strebte ebenso nach staatlicher Eigenständigkeit wie die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Auch das Gouvernement Bessarabien wollte Russland verlassen und gründete die Republik Moldau, schloss sich jedoch schon bald Rumänien an. Auch mit der Türkei galt es den Grenzverlauf zu klären, was im Vertrag von Kars gelang. Und im fernen Sibirien gab es autonome Gebiete wie die Fernöstliche Republik.

Die Ukraine und Weißrussland wiederum hatten sich mit dem Ende des Ersten Weltkriegs zunächst als unabhängige Volksrepubliken gegründet, wurden je-

doch schon 1918 beziehungsweise 1919 nach dem Vorbild Russlands zu „Sozialistischen Sowjetrepubliken“ ausgerufen, und rückten damit gleichsam wieder stärker an Russland heran. Ähnlich verlief die Entwicklung in Transkaukasien.

Polen hingegen akzeptierte die nach dem Ersten Weltkrieg als Curzon-Linie gezogene neue polnisch-russische Grenze nicht und entfachte unter der Führung des Marschalls Józef Piłsudski einen neuen Krieg gegen Russland. Dieser wurde 1921 mit dem Vertrag von Riga beendet, der die Grenze rund 200 bis 250 Kilometer östlich der Curzon-Linie zog.

Der Erfolg der Kommunisten war also mit der Eroberung der Macht in Sankt Petersburg keineswegs gesichert. Ganz im Gegenteil ließ es die Liste innerer und äußerer Probleme gerade in den ersten Jahren für wahrscheinlicher erscheinen, dass der erste Arbeiter- und Bauern-Staat der Geschichte weiter zerfallen würde. Dass sich die Bolschewiken letztlich durchsetzten, lag außenpolitisch an einem gewissen Pragmatismus Lenins, der früh erkannte, um welche Territorien sich zu kämpfen lohnte – und welche er lieber in die Freiheit entließ.

## Kriegskommunismus und Neue Ökonomische Politik

Innenpolitisch agierte das Regime deutlich weniger pragmatisch. Neben den massenhaften Liquidierungen aller tatsächlichen oder eingebildeten Feinde etablierte die Führung den sogenannten Kriegskommunismus, ein planwirtschaftliches Modell, das der Partei während des Bürgerkriegs einen zentralistischen Zugriff auf die ökonomischen Ressourcen ermöglichen sollte und dafür die systematische Enteignung aller Unternehmen und Produktionsmittel betrieb. Die theo-

retischen Überlegungen gingen bis hin zur Abschaffung des Geldes und seines Ersatzes durch eine Verteilungswirtschaft. Gesteuert wurde der „Kriegskommunismus“ durch den „Obersten Volkswirtschaftsrat“, der das Prinzip der Räteherrschaft auch auf die Wirtschaft übertrug. An die Stelle der alten Firmenleitungen traten „Fabrikkomitees“, die als scheindemokratische Gremien ausschließlich den Willen der kommunistischen Partei durchdrückten. Der wichtigste Auftrag des „Kriegskommunismus“ war jedoch nicht die Gewährleistung der Versorgung der Bevölkerung, sondern der Roten Armee, damit diese den Kampf an den vielfältigen Fronten bestehen konnte.

Doch schon bald mussten die roten Machthaber erkennen, dass ihr Wirtschaftsmodell gescheitert war. Die Produktion von Agrar- und Konsumprodukten ging zurück und ließ sich durch keine Zwangsmaßnahme aufrechterhalten. Dafür stiegen die Preise, und der Hunger nahm bedrohliche Ausmaße an. Gegen etliche Widerstände in der kommunistischen Partei drückten Lenin und Trotzki deshalb ab 1921 die „Neue Ökonomische Politik“ durch, die wieder mehr Eigenverantwortung auf nahezu allen Feldern der Wirtschaft und des Handelns zuließ und schon bald nicht nur zu einer Verbesserung der Versorgungslage, sondern auch zu mehr Freiheiten für die Bürger führte.

Parallel zur Korrektur ihrer fatalen anfänglichen Wirtschaftspolitik setzten sich die Bolschewiken allmählich auch im Bürgerkrieg durch. Zwar bedeutete die Niederlage im Polnisch-Sowjetischen Krieg im März 1921 die Akzeptanz eines weiten schmerzhaften Gebietsverlustes, doch wurden durch die Beendigung des Krieges mit Polen die dort gebundenen Kräfte frei für die Kampfschauplätze des Bürgerkriegs. Bereits im November 1920 waren die „Weißen“ auf der Krim geschlagen worden, nun konnten auch das Schwarzmeergebiet, der Kaukasus und der Ferne Osten erobert werden. Mit dem Fall Wladiwostoks war der Bürgerkrieg faktisch vorbei.

## Etablierung der Sowjetmacht

Als sich dann am 30. Dezember 1922 die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik, die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik, die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik und die Transkaukasische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (bestehend aus Armenien, Aserbaidschan und Georgien) zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zusammenschlossen, war dies also weit mehr als ein bloßer Verwaltungsakt, bei dem unter anderem der Regierungssitz von St. Petersburg beziehungsweise Petrograd nach Moskau zurückverlegt wurde. Vielmehr markiert dieses Datum die endgültige Etablierung der Sowjetmacht nach innen wie die Festlegung ihres Herrschaftsgebiets nach außen.

Mit dieser machtpolitischen Konsolidierung und mit den Erfolgen der Neuen Ökonomischen Politik hätte die Geschichte der Sowjetunion vielleicht einen friedlicheren und freiheitlicheren Verlauf nehmen können als es dann gekommen ist. Doch für die Russen und die Welt gleichermaßen fatal verstarb wenig später, im Januar 1924, der unbestrittene Anführer der Revolution, Wladimir Iljitsch Lenin. Damit war der Weg frei für Josef Stalin – der die kommunistische Partei und das Land schon bald mit neuem Terror überzog.

ERNST NOLTE

# Nicht vergehende Vergangenheit

Der vor 100 Jahren geborene Geschichtsdenkler postulierte einen Zusammenhang zwischen Bolschewismus und Nationalismus

VON ERIK LOMMATZSCH

Manche Sätze von Ernst Nolte muss man mindestens zweimal lesen, hier war er ein klassischer, deutscher Gelehrter. Aber es lohnt sich. So etwa seine Definition: „Faschismus ist Antimarxismus, der den Gegner durch die Ausbildung einer radikal entgegengesetzten und doch benachbarten Ideologie und die Anwendung von nahezu identischen und doch charakteristisch umgeprägten Methoden zu vernichten trachtet, stets aber im undurchbrechbaren Rahmen nationaler Selbstbehauptung und Autonomie.“ Diese Formulierung findet sich in Noltes grundlegender Studie „Der Faschismus in seiner Epoche“. 1963 veröffentlicht, stieß das Buch in der Wissenschaft schnell auf positive Resonanz und wurde in alle großen europäischen Sprachen übersetzt.

Dabei hatte Nolte ursprünglich gar nicht den Weg eines Historikers eingeschlagen. Geboren wurde er am 11. Januar 1923 in einem Vorort von Witten an der Ruhr. Sein Vater wirkte später als Konrektor einer Volksschule. Der Kriegsdienst blieb Nolte aufgrund der Fehlbildung einer Hand erspart. Nach dem Staatsexamen wirkte er als Gymnasiallehrer für Deutsch und Griechisch. Unterbrochen wurde diese Tätigkeit durch die Promotion im Fach Philosophie, wobei sein großer Wunsch, die Doktorarbeit bei Martin Heidegger anfertigen zu können, nicht in Erfüllung gegangen war.

Mit den ihn umtreibenden wissenschaftlichen Fragen beschäftigte er sich zunächst nebenberuflich. Das „Faschismus-Buch“ wurde zum Durchbruch. Der Sozialhistoriker Hans-Ulrich Wehler, der sich später als einer von Noltes größten Opponenten gerieren sollte, urteilte damals, dem Autor sei es gelungen, die Disziplinen Philosophie und Geschichtswissenschaft „wieder zusammenzubinden“, mit „dem bedeutendsten Werk, das der deutschen Geschichtsschreibung seit mehr als zwei Jahrzehnten zugewachsen ist“, habe man es zu tun.

Nolte wurde Professor für Neuere Geschichte, 1965 in Marburg, 1973 wechselte er an die Freie Universität Berlin. Als diszipliniert und zurückhaltend galt er, mitunter heißt es, er sei gar ein wenig scheu im Umgang gewesen. Die Zuspitzung, die gewagte These erfolgte eher im Schriftlichen.

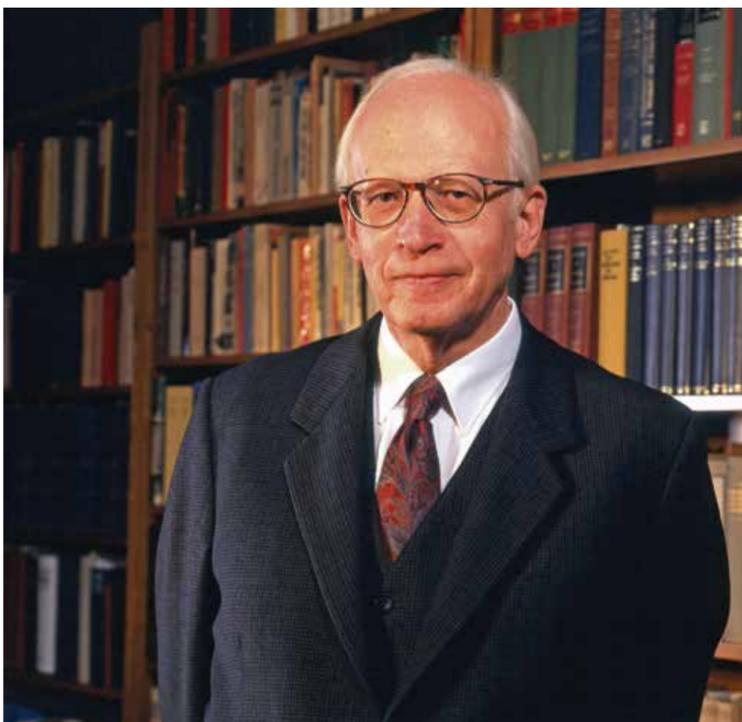
## Ihm ging es um Zusammenhänge

Nolte ging es immer um die großen Linien, die Zusammenhänge, die Frage nach den Ursachen. Als Wissenschaftler, der sich selbst als Geschichtsdenkler verstand, ließ er sich nicht von Denkverboten leiten, die sich große Teile der Gesellschaft selbst verordnet hatten – und haben. 1986 wurde er eingeladen, bei den Frankfurter Römerberggesprächen vorzutragen. Rückblickend schrieb Nolte, er habe auf diesem „halbwissenschaftlichen und halbpolitischen Kongreß von Linksliberalen“ seine „älteste Auffassung“ darlegen wollen, deren Kern bereits im „Faschismus-Buch“ enthalten gewesen sei. Er war

„Faschismus ist Antimarxismus, der den Gegner durch die Ausbildung einer radikal entgegengesetzten und doch benachbarten Ideologie ...“

Ernst Nolte  
Historiker

der Meinung, „man könne den Nationalsozialismus Hitlers unter internationalen Gesichtspunkten nur aus seinem Verhältnis zum Bolschewismus Lenins versteh-



Löste den sogenannten Historikerstreit aus: Der Historiker Ernst Nolte

bar machen, und der primären bolschewistischen Idee einer ‚Weltheilung durch Vernichtung‘ des Kapitalismus habe die sekundäre Idee der ‚Weltheilung durch Vernichtung‘ des Judentums entsprochen.“ Unabdingbar sei es jedoch, „die Unterschiede zwischen den beiden Ideologien herauszuarbeiten“.

Da ihn die Veranstalter der Römerberggespräche wieder ausluden, veröffentlichte er seinen Text am 6. Juni in der „Frankfurter Allgemeinen“ unter dem Titel „Vergangenheit, die nicht vergehen will“. Er sprach sich hier klar für eine Historisierung der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft aus. Jede Vergangenheit müsse „in ihrer Komplexität erkennbar werden“, um „die Schwarz-Weiß-Bilder der kämpfenden Zeitgenossen“ zu korrigieren. In der Bundesrepublik sei eine Atmosphäre entstanden, in der das

„Ausgleiten eines Kommunalpolitikers in eine Geschmacklosigkeit“ zu „Symptomen von ‚Antisemitismus‘ aufgebauscht“ werde.

Seine Hauptthese, die Verbrechen der Nationalsozialisten seien eine Reaktion auf diejenigen der Bolschewisten gewesen, spitzte er in pointierten Fragen zu, etwa: „War nicht der ‚Archipel GULag‘ ursprünglicher als Auschwitz?“ Dass es Nolte um Erkenntnis und keinesfalls um Verharmlosung ging, war klar erkennbar, ausdrücklich sprach er von der „Ungeheuerlichkeit der fabrikmäßigen Vernichtung von mehreren Millionen Menschen“.

Die Gegenreaktion ließ nicht lange auf sich warten. Am 11. Juli veröffentlichte der Philosoph Jürgen Habermas in der „Zeit“ einen Artikel mit dem Titel „Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeit-

geschichtsschreibung“. Nolte bewusst oder aus Kenntnisarmut missverstehend, war dies der Beginn des sogenannten Historikerstreites, eine große Zahl von Publizisten und Wissenschaftlern meldete sich zu Wort. Die Debatte, die sich besonders intensiv über die nächsten beiden Jahre erstrecken sollte, kam nie zu einem Abschluss. Hauptgegenstand war die Deutung des Holocaust und die Frage nach der – von Nolte angemahnten – Vergleichbarkeit. Sein Wille zur „Verstehbarmachung“ wurde als „Revisionismus“ mit der Absicht, die NS-Verbrechen zu entschuldigen, denunziert. Er wurde mehr und mehr isoliert, auch handfeste Folgen, wie ein brennendes Auto, blieben nicht aus.

## Verlust der Interpretationshoheit

Das Aufbränden des „Historikerstreites“, in der Noltes seit Jahren bekannte Sicht plötzlich von seinen Kritikern skandalisiert wurde, ist vor allem im Zusammenhang mit den politischen Entwicklungen erklärbar. Seit Oktober 1982 regierte eine Koalition aus Union und FDP, die sozialliberale Ära war beendet. Im linken Lager wurde befürchtet, dass man im Zuge der vom neuen Bundeskanzler Helmut Kohl ange kündigten „geistig-moralischen Wende“ und seiner anfangs sichtbar betriebenen Geschichtspolitik die insbesondere im Zuge von „1968“ erlangte Interpretationshoheit verlieren werde. Bekanntlich erwiesen sich diese Ängste als unbegründet, Noltes Mahnungen zur unaufgeregten Historisierung als Voraussetzung für Erkenntnisgewinn sind aktueller denn je.

Dass er durch die Art der persönlich diffamierenden Auseinandersetzungen verletzt war, merkte man ihm an, an seinen Auffassungen hielt er fest. Als Autor war er stets äußerst produktiv, das 1998 erschienene Buch „Historische Existenz“ betrachtete er als sein Hauptwerk. Im Alter erfreute er sich in Italien hoher Wertschätzung als akademischer Lehrer. Am 18. August 2016 ist Ernst Nolte in Berlin gestorben.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ  
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro  
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wenn die Klima-Terroristen der „Letzten Generation“ heute zum Aufstand blasen und prophezeien, ohne radikales Gegensteuern werde unsere Erde an „Überhitzung“ zugrunde gehen, dann befinden sie sich in ebenso zahlreicher wie illustrierter Gesellschaft. Denn in den vergangenen zweitausend Jahren gab es bereits mehr als 180 Ankündigungen, dass der Weltuntergang bevorstehe.

Die früheste dieser Vorhersagen machte die jüdische Sekte der Essener. Das erste konkrete Datum nannte dahingegen Hydatius, ein Bischof im heutigen Portugal, welcher meinte, das Ende brähe am 27. Mai 482 herein. Wie viele andere Apokalyptiker seiner Zeit erklärte er die erwartete finale Katastrophe mit dem Erscheinen des Antichristen. Später kamen dann noch andere Ursachen ins Spiel: Kometen, Überflutungen, Erdbeben, die „Pestilenz“ sowie der Siegeszug des Islam.

Sehr beliebt waren auch Zahlenspiele – bis hin zur Verbreitung des viel beachteten Gerüchts, mit Ablauf des 13. Zyklus' des Maya-Kalenders zum 21. Dezember 2012 schlage das letzte Stündlein unseres Planeten. Dahingegen hatte der spanische Reformator Miguel Serveto den Weltuntergang auf das Jahr 1585 gelegt, weil die Herrschaft des Teufels 325 n. Chr. mit dem Konzil von Nicäa begonnen habe und bekanntlich 1260 Jahre währe. Ebenso warnten gleich mehrere hochrangige Kleriker, darunter auch Papst Silvester II., vor dem Jahreswechsel von 999 zu 1000 – was sich dann 1999 in modernerer Form wiederholte, als etliche Experten versicherten, dass es mit Anbruch des 1. Januar 2000 zu gravierenden Fehlfunktionen aller Computer auf der Welt mit dramatischen Folgen kommen werde.

#### Viele Daten verstrichen einfach

Sehr viele der Weltuntergangs-Prophezen folgten einer religiösen Inspiration, wie zuletzt unter anderem der US-amerikanische Fernsehprediger John Hagee, welcher 2014 mit seinen „Blutmond-Prophezeiungen“ von sich reden machte. Weitere waren ganz gewöhnliche Schwindler oder ein Fall für die Psychiatrie. Als typische Beispiele hierfür seien das „Sprachrohr Jesu“ namens Uriella alias Erika Hedwig Bertschinger-Eicke sowie der russische Sektenführer Pjotr Kusnezow genannt. Dahingegen besaßen rational durchdachte Verweise auf real bestehende existentielle Gefahren, die tatsächlich zur Auslöschung der Menschheit führen könnten, bislang einen relativen Seltenheitswert – abgesehen von den Warnungen vor Atomkriegen oder bestimmten Formen von Umweltereignissen wie eben dem Klimawandel.

Indes schätzt die Global Catastrophic Risks Conference die Wahrscheinlichkeit des Aussterbens unserer Spezies innerhalb der kommenden 100 Jahre auf immerhin 19 Prozent. Denn es gibt zahlreiche, teilweise kaum bekannte Bedrohungen, denen der Homo sapiens oft nichts entgegenzusetzen vermag. Diese lassen sich allesamt drei Gruppen zuordnen: Vom Menschen ausgelöste Katastrophen, kritische Eigenschaften unseres Planeten sowie todbringende Einflüsse aus dem Kosmos.

Zur ersten Kategorie gehören neben dem viel beschworenen nuklearen Holocaust oder der immer wieder befürchteten Zerstörung unseres eigenen Lebensraumes auch fehlgeleitete technische Entwicklungen wie die Schaffung einer künstlichen Superintelligenz, die sich irgendwann nicht mehr kontrollieren lässt, beziehungsweise der Bau von autonomen Waffensystemen, welche plötzlich alle Menschen ins Visier nehmen. Ebenso existenzgefährdend sind Biotechnologien, allen voran die hochriskante Gain-of-Function-Forschung, in



Hätte die Menschheit vor 74.000 Jahren beinahe komplett ausgelöscht: Super-Eruption eines Vulkans (Animation)

Foto: Shutterstock

#### WELTUNTERGANG

# Was die Menschheit tatsächlich umbringen könnte

Vulkanausbrüche, Meteoriteneinschläge, Gammastrahlen oder manipulierte Viren: Auf den Homo sapiens lauert eine Vielzahl von Gefahren, die unserer Art tatsächlich den Garaus machen könnten

deren Rahmen natürlich vorkommende Erreger noch ansteckender und tödlicher gemacht werden, als sie es ohnehin schon sind. Wenn solche Killer-Mutanten aus Versehen oder auf Initiative von Bioterroristen in die Umwelt gelangen, könnte die Menschheit verloren sein. Gleichzeitig besitzen aber auch „normale“ Pandemien das Potential zur Auslöschung des Homo sapiens. In der Tierwelt finden sich genügend Viren und Bakterien für ein plötzliches Massensterben aufgrund von Verkettungen unglücklicher Umstände.

#### Der Toba führte zum „Flaschenhals“

Als weitere in der Natur unseres Planeten liegende Gefahren gelten gigantische Beben und Tsunamis wegen der Verschiebung der insgesamt 52 tektonischen Platten der Erde sowie Vulkanausbrüche der größtmöglichen Stärke Acht des Vulkanexplosivitätsindexes. Solche Super-Eruptionen ereignen sich im Durchschnitt alle 14.300 Jahre, wobei der Ausbruch des Toba auf der indonesischen Insel Sumatra vor 74.000 Jahren tatsächlich fast schon einmal zum Aussterben der Menschheit geführt hätte. Damals fiel die globale Durchschnittstemperatur durch die Verdunkelung der Atmosphäre infolge der ausgeworfenen Asche derart drastisch, dass höchstwahrscheinlich nur wenige hundert Individuen überlebten. Daher rührt auch der genetische „Flaschenhals“, also die auffallend geringe Variabilität im Erbgut der heute lebenden Menschen.

Die größten Unwägbarkeiten birgt allerdings das Weltall. Aus den Tiefen

des Raums stammten unter anderem all die Meteoriten, Asteroiden und Kometenkerne, welche bereits auf die Erde niedergeprasselt sind und dabei schon mehrere globale Katastrophen ausgelöst haben. Für die Erdbevölkerung könnten Impakte von Himmelskörpern mit über 500 Metern Durchmesser tödlich sein. Davon wurden inzwischen mehrere tausend lokalisiert, die sich auf einem potentiellen Kollisionskurs zur Erde befinden.

#### Verwüstung durch Sonneneruption

Weitere Gefahren gehen von unserem Zentralgestirn aus. Wenn Sonnenstürme dafür sorgen, dass die Erde mit Unmengen von energiereichen Teilchen bombardiert wird, drohen Schäden an lebenswichtigen Infrastrukturen beziehungsweise der folgenschwere Komplettausfall aller elektronischen Systeme. Noch vernichtender wirken indes die sogenannten Superflares, bei denen eine Million mal mehr Energie freigesetzt wird als im Rahmen einfacher Sonnenstürme. Lange nahmen die Astronomen an, die Sonne sei aufgrund ihrer vier Milliarden Jahre längst zu kraftlos hierfür. Doch inzwischen wurden bei Sternen gleichen Alters und Typs zahlreiche Superflares registriert.

Ebenfalls hochproblematisch sind Supernovae. Darunter versteht man das explosionsartige Aufblitzen von Sternen am Ende ihrer Lebenszeit. Dabei entsteht eine extrem starke Gamma-Strahlung, welche die schützende Ozonschicht der Erde zu zerstören vermag, sofern das sterbende Gestirn weniger als 100 Lichtjahre

entfernt ist. Doch damit nicht genug: Sollten zwei Neutronensterne kollidieren oder ein überschwerer Stern kollabieren, wird die Gammastrahlung in stark gebündelter Form ausgeworfen, wodurch sie sogar in mehreren tausend Lichtjahren Entfernung unermessliche Schäden anzurichten vermag.

Und dann wären da noch die mysteriösen Miyake-Ereignisse. 2012 veröffentlichte die japanische Astronomin Fusa Miyake gemeinsam mit drei Fachkollegen einen Artikel in der Zeitschrift „Nature“, in dem sie nachwies, dass die Erde in den Jahren 774/775 von besonders vielen energiereichen kosmischen Strahlen getroffen wurde. Deren Intensität lag wahrscheinlich beim Hundertfachen des Werts einer heftigen Sonneneruption. Dieses nach Miyake benannte Ereignis resultierte nicht aus den bislang bekannten Ursachen für eine starke Strahlungsbelastung der Erde. Insbesondere scheiden Superflares der Sonne als Ursache aus. Das ergaben die Untersuchungen eines Wissenschaftlerteams um den australischen Physiker Benjamin Pope, über die am 26. Oktober 2022 in den „Proceedings of the Royal Society“ berichtet wurde.

#### „Ziemlich alarmierend“

Die Forscher identifizierten noch fünf weitere Miyake-Ereignisse während der Jahre 7176, 5410, 5259 und 663 vor Chr. sowie 993 nach Chr. Und diese korrelierten allesamt nicht mit der Aktivität der Sonne in den vergangenen Jahrtausenden. Außerdem müssen die Strahlungsausbrüche ungleich länger gedauert haben als Sonnenstürme. Laut Pope und dessen Kolle-

gen besteht eine einprozentige Wahrscheinlichkeit, dass es in den kommenden zehn Jahren zu einem neuerlichen Miyake-Ereignis kommt, wobei „die Auswirkungen auf die globale Infrastruktur unvorstellbar wären“. Gleichzeitig gebe es keinerlei Möglichkeiten der Vorhersage – und das „ist ziemlich alarmierend“.

#### Aliens könnten uns ausrotten

Als eine weitere Gefahr aus dem Kosmos, die das Ende der Menschheit besiegeln könnte, gilt die Ankunft feindlich gesinnter sowie technologisch haushoch überlegener Außerirdischer, welche sich unseren Planeten aneignen und dafür einen potentiellen Konkurrenten ausrotten wollen. Sollte allerdings der italienische Physik-Nobelpreisträger Enrico Fermi mit seiner 1950 formulierten Annahme Recht haben, dann droht uns kein Besuch von Aliens: Da der Kosmos bereits seit Milliarden von Jahren existiere, sollte es doch eigentlich auch zahlreiche uralte und ungeheuer weit fortgeschrittene Zivilisationen geben, deren Existenz wir inzwischen hätten wahrnehmen müssen. Also sei die Menschheit wohl singulär.

Dabei bietet sich aber eine sehr logische alternative Erklärung an: Technische Zivilisationen bestehen einfach nicht lange genug, um in den Weiten des Kosmos in nennenswerter Weise Präsenz zu zeigen, weil sie frühzeitig auf ihre Selbstausschöpfung hinarbeiten. In diesem Fall wäre es gleichfalls sinnlos, sich vor einer Invasion von Außerirdischen zu fürchten, jedoch höchst ratsam, das Treiben der Menschen hier auf der Erde zu beargwöhnen.



## NÖRDLICHES OSTPREUSSEN

# Viele Märkte, aber kein Feuerwerk

In Königsberg und anderen Städten fällt in diesem Jahr der Jahreswechsel bescheidener aus

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

In diesem Jahr werden über die Neujahrsfeiertage bis zu 60.000 Touristen im Königsberger Gebiet erwartet. Zu Beginn des Jahres, während der Januarferien, wurde die Region bereits von 57.000 Touristen besucht, das sind sieben Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Die Einwohner der Gebietshauptstadt Königsberg begehen Neujahr und Weihnachten dieses Jahr ohne Feierlichkeiten auf dem Hansaplatz. Laut der Verwaltungsleiterin Jelena Djatlowa haben die Stadtbehörden zurzeit keine Ausschreibungen für die Organisation von Neujahrsfeuerwerken und festlichen Veranstaltungen durchgeführt. „Wir leben jetzt unter Coronavirus-Einschränkungen“, sagte sie. Dennoch laden in der Pregelmetropole Neujahrs- und Weihnachtsmärkte zum Besuch ein. Bereits im vergangenen Jahr gab es keine offiziellen Feierlichkeiten am Weihnachtsbaum der Hauptstadt. Auf das traditionelle Feuerwerk wollen die meisten Städte der Region verzichten.

### Sechs Märkte in Königsberg

In Königsberg finden insgesamt sechs Weihnachtsmärkte statt. Im Frühjahr wurde ein Veranstaltungsort auf dem Gelände der ehemaligen und nun wiederbelebten Brauerei Ponarth eröffnet. Vor dem Krieg war sie eine der größten Brauereien Ostpreußens. Nun ist sie eine neue Attraktion für die Einwohner der Stadt und ihre Besucher geworden. Bis Silvester kann man auf dem Gelände Geschenke, Souvenirs, Kunsthandwerk und warme Snacks kaufen.

Auf dem Platz neben dem Denkmal Mütterchen-Russland im Stadtzentrum wurde eine Kunsthandwerksmesse eröffnet, auf der man handgefertigte Geschenke erwerben kann. Bis zum 30. Dezember werden kostenlose Handwerkskurse und ein Unterhaltungsprogramm angeboten. Bis zum 8. Januar hat eine Eislaufbahn beim Haus der Räte geöffnet.



Als hätte es die Sowjetzeit nie gegeben: In Cranz schmücken phantasievolle Dekorationen prächtige Häuser

Foto: J.T.

Es gibt auch einen Weihnachtsmarkt auf dem Kneiphof. Traditioneller Glühwein, Lebkuchen und eine Vielzahl warmer Köstlichkeiten erwarten die Besucher. Der Markt hat bis zum 13. Januar geöffnet. Vom 4. bis 10. Januar wird die Professor-Baranova-Straße in einen Bazar mit Straßencafés verwandelt. Den Besuchern wird Kunsthandwerk und -gewerbe angeboten.

Während keine andere Stadt in der Region mit Königsberg konkurrieren kann, was die Anzahl und Vielfalt der Märkte angeht, behält der Kurort Cranz die Oberhand, was den Glanz und die

Vielfalt der Weihnachtsdekorationen angeht.

### Cranz erstrahlt in hellem Glanz

Die Besucher werden von einer leuchtenden Kuppel über dem Hauptweihnachtsbaum der Stadt begrüßt: Die Tanne sieht spektakulär und „europäisch“ aus. Die örtliche Verwaltung beschränkte sich auf wenig öffentlichen Schmuck, da die Inhaber von Cafés, Restaurants, Geschäften und Souvenirläden ja schon einen erheblichen Beitrag zur Beleuchtung des Kurortes leisten. Die einzige Bedingung der Verwaltung war, dass die Fassaden mit

Glühbirnen in „warmen Farben“ dekoriert werden sollten. Ansonsten waren der Phantasie der Besitzer keine Grenzen gesetzt.

### Schmuck bleibt bis Februar

Und so prangen Kompositionen aus Nadelzweigen, leuchtenden Hirschen, Weihnachtsmännern und Gruppen roter Luftballons am Eingang vieler Einrichtungen. Die Neujahrsdekorationen auf den Straßen von Cranz werden auch nach den Neujahrsferien zu sehen sein. Einige werden bis Ende Februar das Auge des Besuchers erfreuen.

## MELDUNGEN

### Rückkehr der Grabfahne

**Rastenburg** – Eines der wichtigsten Exponate des Kętrzyński-Museums in der Deutschordensburg in Rastenburg ist nach der Konservierung an seinen Platz zurückgekehrt. Die aus einem vernieteten Kupferblech gefertigte Grabfahne von Friedrich von der Groeben wurde in den letzten Monaten in einer Werkstatt in Thorn konserviert. Schon allein das Auf- und Abhängen sowie der Transport des 2,52 x 1,32 Meter großen Kunstwerks war eine logistische Meisterleistung. Die Arbeiten kosteten etwas über 80.000 Złoty, von denen das polnische Ministerium für Kultur und nationales Erbe knapp 50.000 übernahm. Der preußische Aristokrat Friedrich von der Groeben (1645–1712) stand in Diensten des polnischen Königs und gilt auch in Polen als Held der Schlacht vor Wien 1683. Von dort kam er mit einem pompösen türkischen Zelt zurück, das heute im Deutschen Historischen Museum in Berlin zu sehen ist. U.H.

### Bau eines Pilgerwegs

**Rößel/Heiligelinde** – Der Bürgermeister von Rößel, Marek Janiszewski, hat eine Ausschreibung für einen Pilgerweg für Fußgänger und Radfahrer von Rößel nach Heiligelinde angekündigt. Der seit Jahren erwartete Pilgerweg entsteht längs der Straße, die beide Orte verbindet, nahe der historischen Rosenkranzkapellen aus dem 17. Jahrhundert. An einer von ihnen, der Kapelle Nummer 11 mit einem Sandstein-Flachrelief mit der Darstellung der Auferstehung Christi, wurden konservatorische Arbeiten fertiggestellt. Sie erstrahlt wieder in ihrem ursprünglichen Rosa; ihr Putz wurde erneuert und das Dach unter Verwendung der Originalziegel renoviert. Verantwortlich dafür ist der Verein der Freunde von Rößel und Umgebung. U.H.

## ALLENSTEIN

# „Steine können nicht schweigen“

Eine Ausstellung im städtischen Kulturzentrum zeigt zerstörte Alltagsgegenstände aus der Ukraine

Ein Küchenregal, ein Schrankschlüssel, ein Wasserkocher, eine Brille, die in einem zerstörten Einkaufszentrum gefunden wurde, ein Elektronikmodul aus einem ausgebrannten Auto – das sind Fundstücke aus den Kriegsgebieten in der Ukraine, die in der Galerie Amfilada, dem Sitz des städtischen Kulturzentrums in der Kaiserstraße, ausgestellt sind. „Der Krieg in der Ukraine dauert bereits seit 2014 an. Die Ukrainer bemühten sich acht Jahre lang, der Welt zu beweisen, dass es sich nicht um einen regionalen Konflikt, sondern um einen echten Krieg handelt. Es ist bedauerlich, dass sie nicht früher gehört wurden. Aber im Moment ist das nicht nötig. Die ganze Welt ist Zeuge der schrecklichen Ereignisse in der Ukraine. Die schrecklichen Nachrichten von Verlust und Zerstörung sind überall zu hören. Millionen von Flüchtlingen aus der Ukraine verlassen ihre Heimat und sind gezwungen, in verschiedene Teile der Welt zu fliehen. Der Prä-

sident der Ukraine hält täglich diplomatische Manöver ab und berichtet unermüdlich über die Lage. Es scheint, dass alles um uns herum nach dieser Katastrophe schreit“, liest man in der Einleitung zur Ausstellung.

Die Ausstellung, die bis Ende Januar 2023 besucht werden kann, trägt den Titel „Steine können nicht schweigen“. Sie entstand auf Initiative des Städtischen Kulturzentrums und der Gruppe „Zwei Flügel“, die im Juni gegründet wurde, um Ukrainer und Polen kulturell und künstlerisch zusammenzubringen, erläuterte Mariusz Sieniewicz, Direktor des Städtischen Kulturzentrums. Bei der Ausstellungseröffnung erklärte Sieniewicz auch die Leitidee der Exposition. „Wir haben uns mit dem Verband Zwei Flügel darauf geeinigt, diese Welt in all ihrer Alltagslichkeit und gleichzeitig in ihrem Schrecken zu zeigen. Das ist die lebendige Materie des Krieges, in der sich das menschliche



Ausstellungsstück: Reste eines Buchs

FOTODAK

Leben abspielt, aber durch so einfache Gegenstände wie zum Beispiel Schlüssel dargestellt wird. Es ist diese Unverblümtheit, diese Unmittelbarkeit.“

### Symbole der Absurdität

Alle Ausstellungsgegenstände kamen dank Freiwilligen, Journalisten und Militärangehörigen nach Allenstein, die von Tatiana Revenko, der Kuratorin der Ausstellung, angesprochen wurden. Sie äußerte sich bei der Eröffnung der Ausstellung wie folgt über den anhaltenden Konflikt in der Ukraine: „Das Absurde an dieser Situation ist, dass der Krieg nicht in der Vergangenheit, in der alten Welt, in einem anderen Leben, sondern jetzt geschieht. Dieser Krieg produziert immer noch ähnliche Gegenstände wie die derzeit ausgestellten.“

Wie die Organisatoren der Ausstellung betonen, warten Freiwillige bei ihrer

Suche in den Trümmern zerstörter Gebäude in verschiedenen Teilen der Ukraine auf symbolische Funde. „Ein intakter Baum inmitten der Ruinen, ein Küchenregal, das tapfer an den Resten einer eingestürzten Wand hängt oder ein Schließfachschlüssel, der von einem Überlebenden in seiner Tasche gefunden wurde, während die gesamte Umgebung durch einen Raketenangriff zerstört wurde. Solche Funde und Dinge sehen aus wie lebende Geister, die eine schreckliche Geschichte weitererzählen, wenn nichts mehr vom Leben übrigbleibt. Einige dieser Gegenstände wurden auch zu Quasi-Flüchtlingen und fanden ihren Weg nach Polen. (...) Sie tragen die Energie des Krieges und der Geflüchteten in sich, sie symbolisieren den unbeugsamen Geist des ukrainischen Volkes“, heißt es in der Beschreibung der Ausstellung von Revenko. Dawid Kazanski

**ZUM 102. GEBURTSTAG**

**Richardt, Johanna**, geb. **Berger**, aus Wehlau, am 3. Januar

**ZUM 100. GEBURTSTAG**

**Krehl, Georg**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Dezember  
**Mühlfellner, Edith**, geb. **Broszeit**, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 4. Januar  
**Scheffler, Edith**, geb. **Neumann**, aus Sensburg, am 5. Januar

**ZUM 99. GEBURTSTAG**

**Evers, Lotti**, geb. **Cub**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 1. Januar  
**Göb, Marianne**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 1. Januar  
**Specht, Margot**, geb. **Becher**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 30. Dezember

**ZUM 98. GEBURTSTAG**

**Baus, Liesbeth**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 3. Januar  
**Gründler, Edith**, geb. **Scherello**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 5. Januar

**ZUM 97. GEBURTSTAG**

**Hinz, Dora**, geb. **Hebmüller**, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 4. Januar  
**Kexel, Edelruth**, geb. **Strauß**, aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am 4. Januar  
**Pohl, Trauthilde**, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 30. Dezember  
**Stegerberg, Christel**, geb. **Vogel**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 5. Januar

**ZUM 96. GEBURTSTAG**

**Dubberstein, Hildegard**, geb. **Schetzko**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 4. Januar  
**Fink, Bruno**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 1. Januar  
**Leferink, Herta**, geb. **Mann**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 5. Januar

**Rottmann, Liesbeth**, geb. **Wolff**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 5. Januar

**ZUM 95. GEBURTSTAG**

**Gothan, Eva-Charlotte**, geb. **Matheuszik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. Januar  
**Krüger, Helmut**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 5. Januar  
**Pomian, Bruno**, aus Treuburg, am 2. Januar  
**Tepper, Erika**, geb. **Zisseck**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 30. Dezember

**ZUM 94. GEBURTSTAG**

**Dortschy, Christel**, geb. **Josuhn**, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 30. Dezember  
**Godzieba, Erna**, geb. **Bendel**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 4. Januar  
**Junker, Waltraud**, geb. **Lendzian**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 31. Dezember  
**Leu, Silvia**, geb. **Jansen**, aus Lyck, am 31. Dezember  
**Nickel, Dagmar**, aus Lyck, Lycker Garten 3, am 3. Januar  
**Pries, Helga**, geb. **Höhnke**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 31. Dezember  
**Saling, Frieda**, geb. **Gusewski**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 31. Dezember  
**Scharmacher, Kurt**, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 31. Dezember  
**Trinogga, Elisabeth**, geb. **Jennert**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 1. Januar  
**Wascheszio, Werner**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Januar

**ZUM 93. GEBURTSTAG**

**Baumann, Hildegard**, geb. **Gräwert**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 2. Januar  
**Bohlmann, Else**, geb. **Stiebel**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 2. Januar  
**Conson, Dietrich**, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 31. Dezember  
**Hipler, Bruno**, aus Klinken, Kreis Treuburg, am 3. Januar  
**Kamp, Karl-Heinz auf'm**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 31. Dezember  
**Klewitz, Gerhard**, aus Groß Degeesen, Kreis Ebenrode, am 4. Januar

**Krüger, Dr. Gerda**, geb. **Koriath**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 1. Januar

**Lechleiter, Irmgard**, geb. **Wlotzki**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 1. Januar

**Payk, Heinz**, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 30. Dezember

**Petrat, Irmgard**, geb. **Hamann**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 30. Dezember  
**Trost, Heinrich**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 4. Januar

**ZUM 92. GEBURTSTAG**

**Ciesla, Paul**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 2. Januar  
**Ewald, Edith**, geb. **Biallas**, aus Lyck, am 3. Januar  
**Fröhlian, Heinrich**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 4. Januar  
**Hanke, Ilse**, geb. **Masurat**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 5. Januar  
**Hartstang, Grete**, geb. **Schmuck**, aus Sortlack, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Januar  
**Hein, Alfred**, aus Rantau, Kreis Fischhausen, am 5. Januar  
**Jegull, Irmgard**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 4. Januar  
**Köpke, Christa**, geb. **Brillat**, aus Fischhausen, am 30. Dezember  
**Mex, Arnold**, aus Treuburg, am 31. Dezember  
**Reese, Eva-Maria**, geb. **Schalwat**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 4. Januar  
**Rodeck, Gerhard**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 3. Januar  
**Sunderkamp, Gertrud**, geb. **Philipp**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 31. Dezember

**ZUM 91. GEBURTSTAG**

**Bartsch, Hedwig**, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 2. Januar  
**Bartsch, Ilse**, geb. **Kupzik**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 1. Januar  
**Becker, Helmut**, aus Kloben, Kreis Mohrunen, am 9. Januar  
**Chitralla, Kurt**, aus Wallenrode, Lindenhof, Kreis Treuburg, am 2. Januar  
**Emmenecker, Christa**, geb. **Filbrich**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 4. Januar

ANZEIGE

**Marzipan nach Königsberger Originalrezept**

[www.schwermer.de/shop](http://www.schwermer.de/shop)

**Hoche, Hertha**, geb. **Domas**, aus Rudau, Kreis Fischhausen, am 1. Januar

**Paschkewitz, Rolf**, aus Ebenrode, am 3. Januar

**Piotrowski, Hildegard**, geb. **Gay**, aus Schalensee, Kreis Lötzen, am 31. Dezember

**Quinque, Christel**, geb. **Milewski**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 5. Januar

**Rohr, Wolfgang**, aus Treuburg, am 4. Januar

**Schröder, Waltraut**, geb. **Murza**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 4. Januar

**Schulze, Edith**, geb. **Nikulski**, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 3. Januar

**Stankewitz, Werner**, aus Millau, Kreis Lyck, am 3. Januar

**Warda, Ursula**, geb. **Plaga**, aus Lyck, Hindenburgstraße 17, am 3. Januar

**Wunderlich, Christel**, geb. **Haupt**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 31. Dezember

**Zilkenath, Heinz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Januar

**ZUM 90. GEBURTSTAG**

**Brandecker, Hans-Joachim**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 31. Dezember

**Czerwinska, Malgorzata**, geb. **Porsch**, aus Mohrunen, am 4. Januar

**Galla, Gustav**, aus Ullieschen, Kreis Neidenburg, am 4. Januar

**Gatte, Margarete**, geb. **Schroeder**, aus Montzen, Kreis Lyck, am 4. Januar

**Giese, Margarete**, geb. **Bubber**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 31. Dezember

**Kaulfuß, Hannelore**, geb. **Schrader**, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 5. Januar

**Lange, Edelgard**, geb. **Litzbarski**, aus Kownatken, Kreis Neidenburg, am 4. Januar

**Molik, Hannelore**, geb. **Radatz**, aus Lötzen, am 30. Dezember

**Niklas, Christel**, geb. **Klein**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 31. Dezember

**Nowicki, Auguste**, geb. **Kubandt**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 1. Januar

**Seyda, Harry**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 1. Januar

**Stenger, Betty**, geb. **Kristahn**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 30. Dezember

**ZUM 85. GEBURTSTAG**

**Czerwinski, Elke**, geb. **Holm**, aus Andreken, Kreis Lyck, am 3. Januar

**Dube, Helga**, geb. **Sadlowski**, aus Wehlau, am 2. Januar

**Henke, Gisela**, geb. **Brodd**, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 2. Januar

**Hiemer, Irmtraut**, geb. **Truscheit**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 31. Dezember

**Koch, Sigrid**, geb. **Malinka**, aus Bergenu, Kreis Treuburg, am 5. Januar

**Krause, Werner**, aus Freythen, Kreis Ortelsburg, am 31. Dezember

**Kubinkiewicz, Helga**, geb. **Kopitzka**, aus Lyck, am 4. Januar

**Landmann, Inge**, geb. **Kowallik**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 4. Januar

**Männel, Erika**, geb. **Werner**, aus Moptau, Kreis Wehlau, am 30. Dezember

**Motzkuhn, Günter**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 4. Januar

**Naujokat, Gerda**, geb. **Schwedes**, aus Schleusen, Kreis Ebenrode, am 5. Januar

**Pröhl, Ute**, geb. **Baller**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 4. Januar

**Romond, Wolfgang**, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 30. Dezember

**Rücker, Helga**, geb. **Goetzie**, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 30. Dezember

**Sbresny, Werner**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 1. Januar

**Wiese, Elfriede**, geb. **Piechottka**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 1. Januar

**ZUM 80. GEBURTSTAG**

**Banning, Brigitte**, geb. **Arndt**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 2. Januar

**Ganz, Rosemarie**, aus Dunneiken, Kreis Treuburg, am 3. Januar

**Hensel, Gerlinde**, geb. **Thiedmann**, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 3. Januar

**Lippick, Diethelm**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 5. Januar

**Neckritz, Werner**, aus Mohrunen, am 3. Januar

**Opretzka, Dagmar**, geb. **Bernatzki**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 4. Januar

**Pollack, Manfred**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 4. Januar

**Roland, Elke**, geb. **Kalnassy**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 31. Dezember

**Trinkies, Rose-Marie**, geb. **Neubauer**, aus Lötzen, am 30. Dezember

**Witt, Karin**, geb. **Steinhorst**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 3. Januar

**ZUM 75. GEBURTSTAG**

**Köhn, Dieter**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Januar

**Patzki, Hans-Werner**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 3. Januar

**Steinbach, Peter**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 5. Januar

**Zusendungen für die Ausgabe 2/2023**

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 2/2023 (Erstverkaufstag 13. Januar) **bis spätestens Dienstag, den 3. Januar**, an die Redaktion der PAZ:  
 E-Mail: [rinsler@paz.de](mailto:rinsler@paz.de), Fax: (040) 41400850 oder postalisch:  
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

**Glückwünsche an:**

Angela Selke  
 Telefon (040) 4140080  
 E-Mail: [selke@paz.de](mailto:selke@paz.de)

**Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen**

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – [www.ostpreussen.de](http://www.ostpreussen.de) – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
 Herrn Bundesgeschäftsführer  
 Dr. Sebastian Husen  
 Buchstraße 4  
 22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter  
 Telefon (040) 41400826,  
 E-Mail: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de)

**Hinweis**

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.  
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,  
 E-Mail: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de)

## Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



### Hamburg

**Erster Vorsitzender:** Hartmut Klingbeutel,  
**Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, Hamburg; Brauchtumsstunde der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften im Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.).

### Brauchtumsstunde

**Hamburg** – Freitag, 30. Dezember, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, Hamburg; Brauchtumsstunde der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften im Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.).



### Hessen

**Vorsitzender:** Ulrich Bonk  
**Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

### Jahreshauptversammlung

**Wetzlar** – Dienstag, 17. Januar, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodenfeld, 35576 Wetzlar, Telefon (06441) 45439; „Erinnerungen an die Flucht aus Westpreußen im Januar 1945“, Vortrag von Margarete Weise verbunden mit der Jahreshauptversammlung.



### Sachsen

**Vorsitzender:** Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

### Drei Regionalverbände

**Chemnitz** – Im November wurden drei Regionalverbände in Sachsen

für die Vertriebenenarbeit gegründet. Viele werden Fragen haben, warum dieser Schritt in Sachsen notwendig wird, denn es gibt doch die Landesgruppen und ihre Kreisgruppen noch. Doch die Frage ist schnell beantwortet. Viele dieser Gruppen finden keine Vorstände für ihre Vereinsarbeit mehr, dabei spielt das Alter eine große Rolle, und von der Jugend möchten sich viele Menschen nicht an einen Verein binden. Auch spielen große Diskrepanzen zwischen den Vereinsmitgliedern und der Jugend, von der Auffassung der Vereinsführung oder das Loslassen oder Platz machen für die Jugend, eine große Rolle. Die neuen Ideen der Jugend sind für die Vorstände der Gruppen nicht vorstellbar. Diese Not wurde von unserem Vertriebenen Beauftragten Jens Baumann erkannt und die Lösung zur Gründung von Regionalverbänden ins Gespräch und nun zur Umsetzung gebracht.

Die Bildung der Regionalverbände sind in den drei großen Kreisfreien Städten Chemnitz, Dresden und Leipzig gegründet worden.

Was sollen diese Regionalverbände (RV) organisieren?

Die RV's sollen all die Aufgaben der Gruppen übernehmen, wo die Kraft für diese Organisation nicht mehr vorhanden ist, wie zum Beispiel Mitgliederbetreuung, stellen von Anträgen zur Förderung von Veranstaltungen und Heimatnachmittage, versenden und Verteilung der Verbandszeitung und vieles mehr, also Verwaltungsarbeit eines Vorstandes.

Die Vorstände der RV's bestehen aus dem Vorsitzenden, dem Stellvertreter und dem/r Schatzmeister/in. In Chemnitz wird Liane Labuhn (Ost- und Westpreußen) als Vorsitzende den RV führen und Alexander Schulz (Ost- und Westpreußen) begleitet sie als Stellvertreter und Lilli Tews (Deutsche aus Russland) ist unsere Schatzmeisterin.

In Leipzig bilden Henry Hufenreuten (Ost- und Westpreußen)

den Vorsitz, Peter Wolf (Ost- und Westpreußen) als Stellvertreter und Barbara Tews als Schatzmeisterin den Vorstand.

Der Vorstand des Regionalverbandes in Dresden wird durch Frank Hirche als Vorsitzender, Herr Hörmann (Sudetendeutsche) und dem Schatzmeister.

In diesen Regionalverbänden bleiben aber die Gruppen der Vertriebenen eigenständig bestehen, die noch die Kraft eines eigenen Vorstandes haben, aber es gibt auch die Möglichkeit der Einzelmitgliedschaft in den RV beizutreten. Hier in Sachsen sind wir gut für unsere Arbeit in der Zukunft aufgestellt. *Alexander Schulz*



### Altenstein-Land

**Kreisvertreter:** Andreas Galenski, Sauerbruchstraße 2, 42549 Velbert, Tel. (02051) 87729, Kreisvertreter-Allenstein@t-online.de, www.allenstein-landkreis.de  
**Geschäftsstelle:** Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen. Tel. (05401) 9770

### Wahlaufwurf

**Hagen** – In den nächsten Tagen erhalten unsere Mitglieder eine Aufforderung, Wahlvorschläge für den nächsten Kreistag abzugeben. Nach Ablauf der dafür vorgesehene Frist, erstellt der Wahlausschuss die Wahlliste, die Mitte Januar unseren Mitgliedern zur Abstimmung vorliegen wird. Die Auszählung der Stimmen wird der Wahlausschuss im Februar 2023 vornehmen. Bei der Wahl zur Kreisversammlung ist jedes Mitglied der Kreisgemeinschaft wahlberechtigt und wählbar. Machen Sie davon Gebrauch, kandidieren Sie für das höchste Gremium des Landkreises Allenstein. Gestalten Sie die Geschicke unserer Kreisgemeinschaft – Heimat verpflichtet!

*Wahlleiter, Andreas Grunwald, Porschestraße 5, 51381 Leverkusen*



### Fischhausen

**Kreisvertreter:** Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby.  
**Stellvertretender Vorsitzender:** Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. **Familienf.:** Heiderun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, H.Meller@t-online.de, www.kreis-fischhausen.de. **Gst.:** Fahlskamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746

### Kalender

**Pinneberg** – In diesem Jahr können wir auch wieder unseren Kalender „Unser schönes Samland“ für 2023 anbieten. Aus der Vielzahl unserer Fotos haben wir zwölf interessante Motive, von der Heimat früher und heute, herausgesucht. Bestellen kann man den Kalender

ANZEIGE

Und die Meere rauschen den Choral der Zeit.  
Elche stehen und lauschen in die Ewigkeit.

*Unvergessen*

Meine liebe Mama

**Frieda Fauser**  
geb. Klatt

geboren in Schulkeim, aufgewachsen in Moritten,  
wäre am 29. Dezember 2022 **100 Jahre** alt geworden.  
Ihre Reise ins Licht trat sie ganz still und leise am 7. März 2014 an.

Ich gedenke Ihrer in Dankbarkeit und Liebe.  
Über Deine wunderschöne Heimat Ostpreußen hast Du mir mit so viel Hingabe und oft unter Tränen erzählt. So ist dieses Land der dunklen Wälder auch fest in meinem Herzen verankert.

**Deine Karola**

gegen eine Spende von zwölf Euro in unserer Geschäftsstelle Fahlskamp 30 in Pinneberg, per Telefon

unter (03447) 8966746 oder per E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de.

### Ostpreußisches Landesmuseum

**Verkürzte Öffnungszeiten:** bis 31. März, täglich außer Montag 10 bis 17 Uhr, das Brauereimuseum Lüneburg ist bis 28. Februar geschlossen.

### Ausstellungen

Bis 19. März: **Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt.** Eine Ausstellung des Bundes der Vertriebenen (BdV) und des Zentrums gegen Vertreibungen (ZgV).

In den Gebieten, die bis zur Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges von Deutschen besiedelt waren, befinden sich zahlreiche Orte, in denen heute keine Menschen mehr leben. Sie liegen vor allem

im heutigen Polen, Russland und Tschechien.

Neben völlig verschwundenen Ortschaften sind aber auch zahlreiche Kulturzeugnisse untergegangen oder bewusst zerstört worden. Der Untergang dieser Orte und Kulturstätten hatte vor allem demografische, aber auch ideologische, ökonomische oder soziale Gründe. Es ist das Anliegen dieser Ausstellung, in einer „historischen Spurensuche“ ihrem Schicksal exemplarisch nachzuspüren.

Noch bis 29. Januar: **Romantische Augen-Blicke.** Gemälde und Zeichnungen deutschbaltischer Kunst des 19. Jahrhunderts aus einer Privatsammlung

In der Kabinettausstellung werden erstmals 40 Gemälde und Zeichnungen deutschbaltischer Provenienz aus der Ostdeutschen Studiensammlung des Sammlers Helmut Scheunchen präsentiert. Gezeigt wird eine Auswahl von Zeichnungen, Aquarellen, Druckgrafiken und Gemälden deutschbaltischer Künstlerinnen und Künstler oder solchen, die in den Ostseeprovinzen des russischen Reiches im 19. Jahrhundert gearbeitet haben. Diese ermöglicht einen aufschlussreichen Einblick in die kunstgeschichtliche Situation dieser Region und die damalige künstlerische Erlebniswelt.

**Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de**

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C



## Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

### Prämie 1: Leuchtglobus



### Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

### Prämie 2: Renaissanceglobus



**Prämie 2: Renaissanceglobus**  
Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

FÜR SIE GELESEN

Bücher von und über Ostpreußen

Erinnerungen an die Flucht

Der Jurist Günther Kienitz erzählt in seinem Erlebnisbericht „Wir Kinder von Moritten. Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen“ die düsteren Erinnerungen an die Flucht seiner Familie aus Moritten nach Benstorf und stellt das Geschehene in einen historischen Kontext. Als Mann der Rechtswissenschaft beschäftigt Kienitz die Aufarbeitung von Schuld und trifft so auf die Ungerechtigkeit, dass Rechtsleute nach 1945 ihre berufliche Laufbahn fortsetzen konnten, bevor er zu seiner eigenen Familiengeschichte kommt. Im August 1944 kam der Krieg nach Moritten, 30 Kilometer südlich von Königsberg gelegen und zwingt seine Mutter mit ihren beiden Söhnen zur Flucht. Kienitz fügt immer wieder Exkurse, Bilder in Schwarz-Weiß und Farbe, Urkunden und Karten ein. Das Buch ist ausschließlich über die Buchhandlung Lesezeichen unter Telefon (05108) 1298, info@lesezeichen-gerhden.de, zu beziehen. CRS

Drei in einem Schubert

Musik trifft die Seele der Menschen; so ist es ein wirkliches Glück, dass diesen drei Bänden, in zwei Büchern und einem Schubert auch eine CD mit sechs ostpreußischen Liedern beiliegt. Es handelt sich um eine Aufnahme der Chorgemeinschaft des Heinrich-Albert-Chors und der Rundfunkspielschar Königsberg, die bei einem Nachkriegsauftritt entstanden ist – mit Berg als Mitsänger. Der erste Band seiner „Erinnerungen“ nimmt den Vater Heinrich in den Mittelpunkt und wird mit Erlebnissen des Autors bereichert. Heinrich war Bäckermeister in Königsberg und hat seinen Sohn oft mit ins gepachtete Jagdrevier mitgenommen. Der zweite Band erzählt authentisch von Fritjof Bergs Schulzeit und seinem Chorleben, der dritte Band von seiner Studien- und der Nachkriegszeit. Viele Bilder, auch in Farbe, dokumentieren ein sehr bewegtes Leben, das in Königsberg beginnt und für Ostpreußen weiterwirkt. CRS

Historischer Spaziergang

Dem Mitgründer der Altertumsgeellschaft Prussia ist dieses Sachbuch von Gerhard E. Feurle gewidmet. Der Königsberger Regierungsrat Karl Heinrich Bartisius hat in seinen Tagebucheinträgen und in seiner Schrift „Zustände und Gebräuche in der Stadt Königsberg zu Anfang des 19. Jahrhunderts“ sein eigenes Leben beschrieben und dabei auch das Leben und die Geschichte der ostpreußischen Hauptstadt nachgezeichnet. Die Aufzeichnungen lesen sich wie eine Stadtführung durch Königsberg mit Einblicken in die Stuben seiner Bewohner. So wird vom Jahrmarkt genauso erzählt wie von den Geschenken, die es zu Weihnachten für die Kinder gab. Bartisius unternahm viele Reisen, die ebenso Einlass gefunden haben in seine Aufzeichnungen. Herausgeber dieses historischen Dokuments ist der Mediziner Gerhard Engelbert Feurle. Der Text ist mit Bildern und Tabellen und einem Anhang sinnvoll ergänzt. CRS

Interview für Demokratie

Georg v. Groeling-Müller ist eine Größe in der Bremer Freien Demokratischen Partei. Sein Leben beginnt 1927 auf einem kleinen Gut in Ostpreußen, genauer: Karolinenhof in der Gemeinde Döhringen im Kreis Osterode. Was er dort und wie drei politische Systeme, nämlich die Weimarer Republik, die nationalsozialistische Diktatur und die Bundesrepublik Deutschland erlebt und in Bremen Fuß gefasst hat, schildert Groeling-Müller in einem Interview, das Claus und Carsten Jäger mit ihm geführt haben. 1949 beginnt seine Zeit als Lehrling in einer Bremer Taufabrik. Offen und mit viel Hintergrundwissen schildert der Ostpreuße sein Leben und liefert so ein Zeitdokument, das sich trotz der Interviewstruktur gut und flüssig lesen lässt. Freiheit ist für ihn ein Hauptbegriff, und so lesen sich Fragen und Antworten oft als Parteiwerbung, was sie bei mehr als 60 Jahren Mitgliedschaft vermutlich nicht verhindern lässt. CRS

Trauer und Bewältigung

Josef Blank ist betroffen. 1936 erblickte er in Ostpreußen das Licht der Welt und erlebte seine ersten Kindertage in Bartenstein und Guttstadt. Während des Zweiten Weltkriegs verlor er seine Eltern und sein Zuhause. Er verbrachte viele Jahre in verschiedenen Waisenhäusern. Ein Zuhause schuf er sich erst wieder mit seiner Frau Annemarie und seinen Kindern. Sein Zeitzeugenbericht ist ein Manifest für Kinderrechte und vor allem Verarbeitung seiner Traumata. Offen und ehrlich spricht Blank über die Art und Weise, wie mit Waisenkindern wie ihm selbst und seinen drei Geschwistern umgegangen wurde. Die Genfer Erklärung des Völkerbundes aus dem Jahr 1924 stellt er seinen Schilderungen voran, in der es heißt, dass ein hungerndes Kind genährt, ein krankes gepflegt, ein verwaistes und verlassenes aufgenommen und unterstützt werden solle. Erlebt hat er eine Umsetzung allerdings nicht. CRS

Heimatliche Enklaven?

Zu diesem Titel sind in dem Jahrbuch „Kulturelle Kontexte des östlichen Europa“ in insgesamt 13 Beiträgen Bildungs- und Begegnungseinrichtungen deutscher Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem östlichen Europa, wissenschaftlich thematisiert worden. Welche Bedeutung, Zeichenhaftigkeit und Funktion haben diese Orte und Einrichtungen, die als Stätte der Begegnung, des Austauschs, der Bildung, gemeinsamer Aktivitäten und Stärkung des Gruppenzusammenhalts von deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen Bedeutung erlangt? Und welchen Veränderungen unterlagen sie? Allerdings kommen ostpreußische Einrichtungen im Gegensatz zu sudetendeutschen nicht vor, übertragen lässt sich die Forschung jedoch auch. Elisabeth Fendl, Sarah Scholl-Schneider und Tobias Weger haben diesen Band herausgegeben, um Anregungen zu liefern, sich noch stärker mit diesem Thema auseinanderzusetzen. CRS

Günther Kienitz: „Wir Kinder von Moritten. Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen“, 2022, gebunden, 663 Seiten, 32 Euro

Fritjof Berg: „Land der dunklen Wälder. Erinnerungen und Wege eines Ostpreußen“ mit CD, Lindenbaum Verlag, Beltheim-Schnellbach 2022, gebunden, 809 und 857 Seiten, 39,80 Euro

Gerhard E. Feurle: „Zustände und Gebräuche in Königsberg und Berlin im frühen 19. Jahrhundert“, Books on Demand, Nordstedt 2021, gebunden, 313 Seiten, 29,99 Euro

Georg v. Groeling-Müller: „Vom Hitlerjungen zum Liberalen – von Ostpreußen nach Bremen“, Books on Demand, Nordstedt 2021, gebunden, 153 Seiten, 9,99 Euro

Josef Blank: „Schicksal der vergessenen Kriegswaisenkinder in Ostpreußen ab Februar 1945“, Druckhaus Sportflieger, Frankfurt am Main/Berlin 2022, 261 Seiten, 12 Euro

Elisabeth Fendl, Sarah Scholl-Schneider, Tobias Weger (Hg.): „Jahrbuch Kulturelle Kontexte des östlichen Europa, Band 62“, Waxmann, Münster/New York 2021, 261 Seiten, 32 Euro

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes sub-sections for 'Sudoku', 'Diagonalrätsel', and 'So ist's richtig'.

Sudoku

6x6 Japanese-style Sudoku grid with numbers 1-9.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

6x6 grid for diagonal word puzzle with numbered starting points.

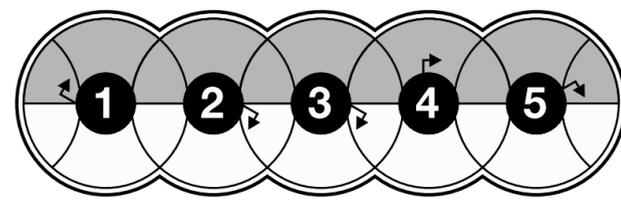
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gewebarten.

- 1 Schulter
2 Fluss durch Hamburg
3 reißend schnell
4 europäisches Fürstentum
5 Überbleibsel
6 Bibratte

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für eine besonders gelungene Künstlerarbeit.

- 1 Holzhaufen für die Köhlerei, 2 Einzelsänger, -spieler, 3 schwarz-weißer Rabenvogel, 4 Ballsportler; Leichtathlet, 5 durchsichtiger Schnaps (ugs.)



## Pressemitteilungen

## Instinktlos und unsozial

Die Vereinigten Landsmannschaften Bayern e.V. sind ob der Benachteiligung von Aussiedlern und Spätaussiedlern entsetzt

Als „instinktlos und unsozial“ hat BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer die von der Bundesregierung im November beschlossene „Abmilderung von Härtefällen im Rentenrecht“ bezeichnet. Anstatt die mehrmaligen Kürzungen bei den Berechnungen der Altersrenten für Aussiedler und Spätaussiedler schrittweise zurückzunehmen, versuche man, einen Teil der Betroffenen mit einer Einmalzahlung von 2500 Euro abzuspeisen. Die von der alten Bundesregierung 2021 geplante Ausgestaltung des Fonds war hinsichtlich der Leistungshöhe eine „Kompromisslösung“, die ebenfalls dem Schicksal wie der Lebensleistung der Betroffenen nicht wirklich entsprochen hätte. Der Bund der Vertriebenen (BdV) werde weiterhin auf eine deutliche Nachbesserung der nunmehr beschlossenen Ausgestaltung des Härtefallfonds für Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und Härtefälle aus der Ost-West-Rentenüberleitung drängen, auch um ein Abdriften von enttäuschten Landsleuten an die politischen Ränder aktiv und entschlossen entgegenzuwirken.

Auch BdV-Präsident Bernd Fabritius hat Anfang Dezember in einer Presseerklärung deutlich gemacht, dass sich der BdV weiter dafür einsetzen werde, Generationengerechtigkeit im Rentenrecht für die Aussiedler und Spätaussiedler über die Rücknahme der Kürzungen im Fremdrechten zu erwirken. Ungerechte gesetzliche Regelungen, die den Weg in die Altersarmut zur Folge haben, gehören abgeschafft.

Die Kabinettsentscheidung stützt sich, so der BdV-Präsident, auf die Zustimmungen der jewei-

gen Beauftragten der Bundesregierung für die Anliegen der Betroffenen. Sowohl die Beauftragte für die Anliegen der Spätaussiedler und deutschen Minderheiten, Natalie Pawlik, MdB, als auch jener für Ostdeutschland, Carsten Schneider, MdB, hätten der Mittelabsenkung durch das federführende Bundesministerium für Arbeit und Soziales zugestimmt.



BdV-Landesvorsitzender in Bayern: Christian Knauer

Nach langen Debatten hatte 2021 die Regierung unter Angela Merkel den Härtefallfonds als Ausgleich für die niedrigen Renten und als Anerkennung der Lebensleistung auf den Weg angedacht. Durch die Bereitstellung eines Haushaltsbetrages von einer Milliarde Euro als Anteil des Bundes und der Planung einer ebenso nachhaltigen Beteiligung der Länder beabsichtigte man einen Ausgleich für Härten in der rentenrechtlichen Eingliederung voranzubringen. Die neue Bundesregierung habe diesen Ansatz nunmehr völlig unzureichend durch eine untergesetzliche Übertragung der um die Hälfte gekürzten Bundesmittel in eine nichtrechtsfähige Stiftung des Privatrechts, gekürzt

von der Entlassung der Länder aus der ursprünglich angedachten Pflicht zur Beteiligung, umgesetzt.

Mit ihrer Entscheidung hat die Ampelkoalition die Basis für eine würdige Regelung für den betroffenen oder begünstigten Personenkreis entzogen. Konnten die Betroffenen – nach den alten Plänen mit gleichwertiger Beteiligung der Länder – mit einer Ausstattung des Fonds in Höhe von rund zwei Milliarden Euro rechnen, so soll nunmehr eine halbe Milliarde ausreichen, um Nachteile zu mildern, die durch gesetzliche oder fehlende gesetzliche Regelungen erst entstanden sind. Zu beklagen ist zudem, dass neben jüdischen Kontingentflüchtlingen und Ostrentnern, die durch die Rentenüberleitung besonders benachteiligt sind, nur Spätaussiedler und nicht auch Aussiedler zu dem Kreis der Anspruchsberechtigten zählen.

Als Aussiedler werden jene Vertriebenen bezeichnet, die bis zum 31. Dezember 1992 in Deutschland Aufnahme gefunden haben. Aber auch innerhalb der Gruppe der Spätaussiedler ist der Personenkreis nunmehr eingegrenzt. Der Anspruch soll nur erfüllt sein, wenn der Spätaussiedler bei Einreise das 50. Lebensjahr überschritten und vor dem 1. April 2012 in Deutschland Aufnahme gefunden hatte sowie am 1. Januar 2021 in Rente stand.

#### Bis September 2023 soll Verfahren beendet sein

Die Umsetzung des Härtefallfonds soll eine beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales noch zu errichtende Bundesstiftung übernehmen, in die der Bund die entsprechenden Mittel einzahlte. Innerhalb von drei Jahren soll dann die Auszahlung an die Betroffenen

erfolgen. Wie in einer Presseerklärung der Bundesregierung zu lesen ist, müsse die gesetzliche Rente zudem „in Grundsicherungsnahe“ liegen, um einen Anspruch auszulösen. Das Antragsverfahren solle bis zum 30. September 2023 beendet sein. Die geplante Einmalzahlung in Höhe von einmalig 2500 Euro solle somit zur Abmilderung von empfundenen Härten beitragen und die Lebensleistung anerkennen.

Nach Berechnungen der BdV-Bundesgeschäftsstelle könnten somit maximal 200.000 Menschen von der Neuregelung profitieren. Dabei rechnet man lediglich mit rund 60.000 berechtigten Spätaussiedlern, obwohl rund 750.000 Spätaussiedler Rentenbezieher sind und nur wenige ausreichend hohe Renten beziehen. Angesichts dieser Eckdaten wird diese Härtefallfondslösung zur Bekämpfung der Altersarmut unter den Spätaussiedlern kaum beitragen und durch die hohen Energiepreise sowie die aktuelle Inflation unbemerkt verpuffen. Außerdem bleibe die Gruppe der Aussiedler ausgeschlossen, obwohl auch diese von den Kürzungen im Fremdrechten in den 1990er Jahren stark betroffen sind.

Auch wenn die Planungen der Bundesregierung, so Knauer, „völlig unzureichend“ seien, bleibt zumindest zu hoffen, dass ähnlich wie in der ursprünglichen Planung auch die Bundesländer zu einer Zusatzausstattung des Härtefallfonds beitragen. Hierfür räumt ihnen der Härtefallfonds bislang eine Frist bis zum 31. März 2023 ein. Eine Frist, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und der hohen Erwartungen an die Höhe der Zusatzmittel nicht haltbar erscheint, da die Länder an ihre eigene Haus-

haltungsgesetzgebung gebunden sind. Daher wäre es der Sache zuträglich, wenn der Bund den Fonds offenhalten und Zustiftungen und Beteiligungen längerfristig möglich wären.

#### Altersarmut trotz Lebensleistung

Es sei mehr als „schmerzlich und unsozial“, so BdV-Landesvorsitzender Knauer, dass die vor 25 Jahren beschlossenen einschneidenden Kürzungen im Rentenrecht für Aus- und Spätaussiedler nicht abgebaut worden seien. Dadurch hätten sich Altersarmut und Abhängigkeit der Spätaussiedler von staatlichen Leistungen im Alter deutlich manifestiert, obwohl die Menschen langjährig beschäftigt waren, zum Wohlstand des Landes und zur Wirtschaftsleistung im hohen Maße beigetragen und für ihre Lebensleistung Respekt, Anerkennung und eine angemessene Versorgung im Alter verdient hätten.

Die Absenkung um 40 Prozent, die Deckelung der Entgeltpunkte, die pauschale Kürzung der Kindererziehungszeiten sowie die Ausgrenzung der nichtdeutschen Ehepartner aus dem Rentenrecht seien die Hauptursachen der Altersarmut von Aussiedlern und Spätaussiedlern.

Fast überall seien sie es selbst, die in den Familien die Hauptlast der finanziellen Versorgung im Alter tragen, weil ihre nichtdeutschen Ehepartner keine Anerkennung der Renten aus den Herkunftsgebieten erfahren würden. Hinzu komme, dass Aussiedler und Spätaussiedler lange Zeit, ebenfalls aufgrund politischer Versäumnisse, große Schwierigkeiten mit der Anerkennung ihrer Berufs- und Bildungsabschlüsse hatten und so auch keine ausreichende

rentenrechtliche Absicherung aufbauen konnten.

Enttäuscht über den Kabinettsbeschluss zeigte sich auch BdV-Vizepräsident und Bundesvorsitzender der Ost und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU, Egon Primas: „Mit diesem Beschluss kann keine der Zielgruppen dieses Härtefallfonds zufrieden sein, zumal er weit von einem sozialen Ausgleich entfernt ist. Er fällt eklatant hinter die von der letzten Koalition bereits beschlossenen Beiträge zurück.“ Mit den Stichtagsregelungen würden große Teile der Aussiedler und Spätaussiedler aus der Regelung ausgeschlossen. Vor der Bundestagswahl seien Anerkennungsleistungen in Höhe von 10.000 Euro pro Fall im Gespräch gewesen. Zur Wahrheit gehöre auch, dass die neue Bundesregierung den Härtefallfonds gar nicht mehr umsetzen wollte.

Erst nach vehementen Forderungen der Bundestagsabgeordneten Ottilie Klein, Silke Launert sowie Christoph de Vries, habe die Ampel überhaupt eine Anerkennungsleistung für die Betroffenen beschlossen. Es mache fassungslos, dass die Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, die selbst aus dem Personenkreis stammt, der Mittelkürzung durch die Bundesregierung und dem Ausschluss der Aussiedler aus der neuen Regelung ausdrücklich zugestimmt hat. Die Union stehe nach wie vor zu ihrem Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2021. Dort heiße es wörtlich: „Wir wollen Aussiedler und Spätaussiedler sowie jüdische Kontingentflüchtlinge besserstellen und rentenrechtliche Benachteiligungen beseitigen.“

Internet: [www.bdv-bayern.de](http://www.bdv-bayern.de)

## Diskriminierung in der Republik Polen stoppen

Pressemitteilung der LO-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen zu Kürzungen des Deutschunterrichts für die Deutsche Minderheit

Die Regierung der Republik Polen hat den muttersprachlichen Deutschunterricht für Kinder der deutschen Minderheit zu Beginn dieses Schuljahres einseitig von drei Stunden auf eine Stunde pro Woche reduziert, während Kinder anderer nationaler Minderheiten von dieser Maßnahme nicht betroffen sind. Begründet wird diese Entscheidung mit der Behauptung, Deutschland finanziere keinen herkunftssprachlichen Unterricht für die in der Bundesrepublik lebenden Schüler mit polnischen Wurzeln. Diese Aussage ist unzutreffend.

#### Przemysław Czarneks Vorwürfe sind falsch

Allein in Nordrhein-Westfalen erhalten derzeit knapp 5100 Schüler herkunftssprachlichen Polnischunterricht in über 300 Lerngruppen, es gibt 45 Lehrkräfte und 36,5 Vollzeitstellen, so der ehemalige NRW-Staatssekretär für Integration Thorsten Klute (SPD). Laut der Nachrichtensendung „Fakty“ des polnischen Fernsehsenders TVN fördern die deutschen Bundesländer herkunftssprachlichen

Polnischunterricht für 15.000 Schüler mit 200 Millionen Euro, der polnische Staat den muttersprachlichen Deutschunterricht von 50.000 deutschstämmigen Schülern jedoch nun mit lediglich noch 200 Millionen Zloty (etwa 43 Millionen Euro). Die Vorwürfe des polnischen Bildungsministers Przemysław Czarnek (PiS) sind somit nicht nur einfach unbegründet. Das Gegenteil seiner Behauptungen ist zutreffend: Die finanzielle Förderung polnischen herkunftssprachlichen Unterrichts in der Bundesrepublik ist sogar deutlich umfangreicher als die Förderung des muttersprachlichen Deutschunterrichts in der Republik Polen, obwohl die Nachfrage wesentlich geringer ist.

Das Land Nordrhein-Westfalen ist Patenland für die Landsmannschaft der Oberschlesier und Partnerregion der polnischen Woiwodschaft Schlesien. Viele Kommunen in unserem Land haben Patenschaften für Städte und Kreise in den historischen deutschen Ostgebieten übernommen und unterhalten heute Partnerschaften mit den dortigen polni-

schen Gebietskörperschaften. Stellvertretend können an dieser Stelle Gelsenkirchen, Hagen, Herne, Remscheid, Bochum und Wesel für die ostpreußischen Städte und Kreise Allenstein, Lyck, Ortelsburg, Sensburg, Neidenburg und Rastenburg genannt werden. Weitere einfache Partnerschaften wie die von Lichtenau in Westfalen mit Mehlsack [Pieniężno], Legden im Münsterland mit Rößel [Reszel], Nettetel am Niederrhein mit Lyck [Elk] und Velbert mit Mohrungen [Morąg] sind seither hinzugekommen, um nur einige Beispiele von Verbindungen zwischen Nordrhein-Westfalen und der heutigen Woiwodschaft Ermland-Masuren zu nennen.

Wir appellieren an die Vertreter der Landes- und Kommunalpolitik, den Musterfall der Diskriminierung der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen gegenüber den polnischen Gesprächspartnern anzusprechen und sich im europäischen Geist für die Sicherung der Minderheitenrechte vor Ort einzusetzen. Auch Kommunalvertreter haben

„Auch vonseiten der Europäischen Union muss eine klare Stellungnahme erfolgen, wenn sie als Wertegemeinschaft glaubwürdig sein möchte, in der Minderheitenrechte geachtet und verteidigt werden.“

Landesgruppe NRW  
Landsmannschaft  
Ostpreußen

eine wahrnehmbare Stimme, wie es der ehemalige Breslauer Stadtpräsident Rafał Dutkiewicz und der Elbinger Landrat Maciej Romanowski konstruktiv unter Beweis gestellt haben. Außerdem haben sich einige Gemeinden in der Woiwodschaft Oppeln, Oberschlesien, in unterschiedlichem Umfang dazu bereit erklärt, wegfallenden Deutschunterricht aus eigenen Mitteln auszugleichen. Diese Schritte verdienen Anerkennung.

Wir unterstützen die Forderung des Vorsitzenden des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in der Republik Polen (VdG), Raphael Bartek, und des Bundestagsabgeordneten Stephan Mayer (CSU) nach einem deutlicheren Zeichen auf höherer Ebene vonseiten der Bundesregierung und des Bundesaußenministeriums. Wir unterstreichen die Notwendigkeit der von BdV-Präsident Bernd Fabritius in seiner damaligen Funktion als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedler und nationale Minderheiten geforderten Schandensbegrenzung in Form einer Finan-

zierung eines Angebots muttersprachlichen Deutschunterrichts für die Schülerinnen und Schüler der deutschen Minderheit durch den deutschen Staat. Die Einrichtung einer deutschen Schule in Allenstein mit Internatsanbindung für den Einzugsbereich des südlichen Ostpreußens, wie sie von der Landsmannschaft Ostpreußen seit Jahren gefordert wird, erweist sich als dringlicher denn je. Es darf nicht sein, dass der von der polnischen Regierung grundlos und willkürlich losgetretene Konflikt auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen ausgeht, denen Bildungschancen und Identität genommen werden sollen.

Auch vonseiten der Europäischen Union muss eine klare Stellungnahme erfolgen, wenn sie als Wertegemeinschaft glaubwürdig sein möchte, in der Minderheitenrechte geachtet und verteidigt werden.

Landsmannschaft Ostpreußen  
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen e.V.

Internet: <http://www.ostpreußen-nrw.de/>

MEMEL

# Einzigartig im Baltikum

Eine Festveranstaltung zum 30. Geburtstag des Hermann-Sudermann-Gymnasiums

VON HANS-JÜRGEN MÜLLER

Am 1. Dezember war es soweit: Die Schuldirektorin des Hermann-Sudermann-Gymnasiums, Jolita Andrijauskienė, begrüßte mit herzlichen Worten des Dankes und Anerkennung über die bisher geleistete erfolgreiche Arbeit die Schulgemeinschaft und alle geladenen Gäste. Zugleich bedankte sie sich auch bei der Stadt Memel und allen Freunden der Schule für die vielfältige und langjährige Unterstützung der Schule.

Eingerahmt wurde die Festveranstaltung durch ein abwechslungsreiches musikalisches Programm des bekannten Schulchores unter der Leitung von Asta Almine. Als ein Motto der Feier wurde immer wieder ein Zitat des litauischen Dichters Vytautas Macernis eingeblendet: „Jeder trägt die Seele wie eine Laterne“. Als erster Ehrengast übermittelte der stellvertretende Bürgermeister Arvidas Cesius die Grüße der Stadtgemeinde. Auch der deutsche Honorarkonsul Arunas Baublys betonte die besondere Bedeutung der Schule für die deutsche Kulturarbeit. Mit großer Freude wurden die Worte der ersten Schulleiterin, Angele Klitiene, aufgenommen, die die entscheidende Aufbauarbeit der Schule bis 2005 leitete. 2006 wurde die Schulleitung von der jetzigen Direktorin Andrijauskienė übernommen. Klitiene bezeichnete die heutige Ehrenvorsitzende des „Vereins der Deutschen in Klaipėda/Memel“ Magdalena Piklaps als die Mutter der Schule, sie selbst empfand sich als Hebamme.

## Gründung der Schule

Zwischen den nachfolgenden Grußworten erschienen die wichtigsten Stationen der 30-jährigen Schulgeschichte auf einer Tafel, die am 1. September 1992 als Schule der Deutschen Minderheit ihre Tätigkeit aufnahm. Die Initiative für diese einmalige Schulgründung ging vom damaligen



Ein Geburtstagsgeschenk gab es auch: Das Team des „Vereins der Deutschen in Klaipėda/Memel“, (v. l.) Rasa Müller, Magdalena Piklaps, Arnold Piklaps und H.-J. Müller, überreicht der Schule einen Scheck  
Foto: Hans-Jürgen-Müller

„Deutsch-Litauischen Kulturverein“ aus, der Vorgängerverein des heutigen „Vereins der Deutschen in Klaipėda/Memel“. So war es nur folgerichtig, dass eine Delegation dieses Vereins angekündigt wurde: Arnold Piklaps als heutiger Vorsitzender, Magdalena Piklaps als Ehrenvorsitzende, Rasa Müller als Kulturmanagerin und Vorstandsmitglied und der Vorsitzende des Partnervereins in Berlin.

Nach seinem Grußwort für eine weitere gute Zukunft überreichte Piklaps als Geschenk des Vereins der Schuldirektorin einen Scheck von stolzen 3600 Euro für die weitere Arbeit des Gymnasiums. Der Vorsitzende der Berliner Memellandgruppe, der 2014 eine Schulpartnerschaft zwi-

schen dem Schiller-Gymnasium in Berlin mit dem Hermann-Sudermann-Gymnasium begründete, überreichte Andrijauskienė ein Fotoalbum und 100 beidseitig bedruckte Schals für die Schulgemeinschaft des Sudermann-Gymnasiums: eine Seite des Schals in den litauischen Nationalfarben mit dem Schullogo und auf der anderen Seite das Vereinslogo mit der deutschen Fahne. Zwischen der Schule und dem Verein besteht seit Bestehen ein enges partnerschaftliches Verhältnis. Aus Anklam reisten auch Manfred Schukat und Friedhelm Schülke vom Landesvorstand der LO in Mecklenburg-Vorpommern an und überreichten für alle Schüler einen süßen Schokokuss.

Das beliebte Hermann-Sudermann Gymnasium genießt nicht nur in Memel einen hervorragenden Ruf – zurzeit besuchen über 700 Schüler die dreizügige Schule. Ein Fünftel der Lehrerschaft unterrichtet das Fach Deutsch. Erfreulicherweise hat sich die Zahl der Deutschstunden im Gegensatz zum Deutschunterricht in der Republik Polen insgesamt nicht verringert. Von der ersten bis zur vierten Klasse haben die Kinder fünf bis sechs Stunden Deutsch, von der 5. bis zur 8. Klasse fünf Stunden und von der 9. bis 12. Klasse mindestens vier, teilweise auch sechs Stunden. Im Laufe der Schulzeit durchlaufen die Schüler mehrere Sprachprüfungen von A1 bis C1. Jährlich erreicht ein Fünftel der Abiturien-

ten das Deutsche Sprachdiplom – Zweite Stufe (DSD II). Mit diesem Diplom der Kultusministerkonferenz können die Abiturienten an allen deutschen Universitäten gleichberechtigt mit den Bundesdeutschen ein Studium aufnehmen. Seit April 2013 wird an der Schule in den zehnten Klassen auch das Deutsche Sprachdiplom – Erste Stufe (DSD I) angeboten.

## Besonderheiten des Gymnasiums

Die Schule ist die einzige deutsche Schule im Baltikum und damit einzigartig. Um auf das Hermann-Sudermann-Gymnasium aufgenommen zu werden, bedarf es einiger Voraussetzungen. Zum Beispiel reicht ein Nachweis einer „Deutschstämmigkeit“ in der Familie. Es ist aber auch möglich, als Litauer aufgenommen zu werden. Hier spielen die konkreten Beziehungen zu Deutschland eine Rolle, aber auch ein begründetes Interesse an der deutschen Sprache und Kultur können angeführt werden. Auch die Mitgliedschaft im „Verein der Deutschen in Klaipėda/Memel“ ist ein Kriterium.

Namensgeber der Schule, allerdings erst seit 1997, ist der ostpreussische Schriftsteller und Bühnenautor Hermann Sudermann (litauisch: Hermano Zudermano gimnazija). Er wurde 1857 im Kreis Heydekrug geboren und brachte sich mit dem Drama „Die Ehre“ (1889) und dem Roman „Der Katzensteg“ (1890) ins Gespräch. Sein erfolgreichstes Bühnenstück trägt den Titel „Heimat“. Es erzählt von einer jungen Frau, die ihren eigenen Weg geht und damit sehr viel Erfolg hat. 2001 haben erstmals 15 Schüler das Abitur bestanden. Der Abiturjahrgang 2003/04 war der erste Jahrgang, der im Fach Deutsch ab der ersten Klasse von einem Muttersprachler unterrichtet worden ist.

● **Weitere Informationen** sind über die Internetseite der Schule zu erhalten – nur in litauischer, teils englischer Sprache: <https://hzzg.lt>

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# Die Gold-Rosi Oberschlesiens

Aus einer Scheune wird das Heimatmuseum der Deutschen in der Republik Polen schlechthin

Für Rosi Zgorzelska aus dem ober-schlesischen Friedersdorf [Biedrzychowice] bei Oberglogau [Głogów] ist Weihnachten die schönste Jahreszeit. So organisiert die Aktivistin der Deutschen Minderheit und Oberglogauer Stadträtin in ihrem Heimatmuseum „Pfarrscheune“ alljährlich einen Weihnachtsmarkt. In diesem Jahr ließ sie die Tradition des Wagenrad-Advents Kranzes wieder aufleben, so wie sie es aus ihrer Kindheit kennt. Auf dem Wagenrad haben 20 rote und vier weiße Kerzen Platz, die an den entsprechenden Tagen von Dorfkindern angezündet werden.

Vor 20 Jahren hat Zgorzelska das Heimatmuseum gegründet. Anfänglich wollte sie die Dorfgemeinschaft aktivieren und Friedersdorf im Wettbewerb „Schönstes Dorf der Woiwodschaft Oppeln“ noch besser dastehen lassen, das damals ohnehin zu den saubersten Ortschaften der Region zählte. Davon können sich Durchreisende an der Hauptverkehrslinie von Cosel nach Neisse besonders an Sonntagen überzeugen, wenn nach alter deutscher Sitte traditionell die Straße gekehrt und die Blumenrabatten, die noch vor den Gartenzäunen direkt am Straßenrand angelegt sind, gejätet und gewässert werden.

Neben der Pfarrei, die zur barocken, katholischen Mariä-Himmelfahrt-Kirche gehört, moderte seit Jahren eine ungenutzte Scheune vor sich hin. Zgorzelska erkannte als Vorsitzende des Deutschen Freundschaftskreises (DFK) in ihr den perfekten Treffpunkt für die Ortsgruppe und fand rasch viele helfende Hände. Die Friedersdorfer renovierten nicht nur den ehemaligen Getreidespeicher, sondern bauten auch das Gebäude aus, in dem einst Heuwagen und Kutschen Unterstand fanden. Gelder dafür konnte Zgorzelska aus EU-Töpfen, dem Staatshaushalt der Republik Polen für landwirtschaftliche Zwecke und von der Woiwodschaft Oppeln generieren. „Plötzlich hatten wir ein dreistöckiges Gebäude zur Verfügung, für das ich längst einen Plan hatte. Seit sieben Generationen in Friedersdorf – da hat sich einiges an Familienandenken gesammelt“, so Zgorzelska, die fast das gesamte Museum aus eigenen Beständen bestücken konnte. Bald schon organisierte sie in der Pfarrscheune Veranstaltungen für Schüler, die hier erfahren, wie man einst in Oberschlesien lebte. In einer originalgetreu nachgebauten Küche können sie Omas Rezepte ausprobieren, Brot backen oder Obst einwecken.



Kennt zu jedem Stück der Sammlung eine Geschichte: Rosi Zgorzelska Foto: CWW

Weit über die Grenzen des Landkreises hinaus sind ihre Sonderausstellungen bekannt. Die Präsentation zum Ersten Weltkrieg besuchte selbst der einstige deutsche Botschafter in Warschau, Rolf Nickel. Zuletzt stellte sie schlesisches Porzellan aus. „Darauf bin ich besonders stolz, denn es besuchen uns Menschen aus dem ganzen Land. Wir hatten Gäste sogar aus Japan und Neuseeland“, freute

sie sich. Selbst die Corona-Politik hat Zgorzelska nicht davon abhalten können, ihr kulinarisches Projekt durchzuführen. „Es haben fast 50 Leute daran teilgenommen. Für die Europäischen-Erbe-Tage haben wir in der Zeit einen Film herausgebracht, der von fünf Friedersdorfern handelt, die es zu etwas gebracht haben“, zählte sie auf. Auch eine Publikation mit schlesischen Gerichten gehört zur Ge-

meinschaftsarbeit im Rahmen der Museumsprojekte. „Meinen Beitrag dafür habe ich allgemein den ober-schlesischen kulinarischen Traditionen gewidmet, besonders den Getränken, Likören und Eingewecktem konzentriert. Das Buch enthält Rezepte, die man in unserem Dorf und in Oberschlesien zubereitete, wie beispielsweise der Ostermarzipan“, sagt sie. „Eine Dorfbewohnerin hat neben dem Rezept auch die Originalformen aus dem 19. Jahrhundert beige gesteuert, die man für dieses Gericht verwendete“, berichtete sie.

Neu geplant wird eine Graphik- und Aquarellausstellung des Oberglogauers Max Rauer Pollak. „Erst wollte er Pfarrer werden, wechselte dann aber zur Kunst. Während seines Studiums an der Breslauer Kunstakademie wurde er einberufen und an die Ostfront geschickt. Neben seinem Gewehr trug er stets Bleistift und Papier bei sich und zeichnete, was er im Krieg sah“, sagte Zgorzelska, die bereits 2018 einige seiner Zeichnungen erwerben konnte. Nun hat Pollaks Witwe Christine Schafer, ebenfalls eine Oberglogauerin, dem Friedersdorfer Heimatmuseum weitere Kriegszeichnungen übergeben. Die Sonderausstellung ist für 2023 in der Pfarrscheune geplant. *Chris W. Wagner*

IM WANDEL

# Silvester- und Neujahrsbräuche in Pommern

Von Zeremonien aus alter Zeit, Wetterregeln, Nyejar-Backwerk und allerlei Gepflogenheiten zum Jahreswechsel

VON BRIGITTE STRAMM

Zu keiner anderen Jahreszeit haben sich so viel überlieferte Bräuche erhalten wie zur Weihnachts-, Silvester- und Neujahrszeit. Es ist spannend zu lesen, wie diese sich über die Jahrhunderte erhalten haben, allerdings auch einem Wandel und dem Zeitgeschmack unterworfen waren. Dank des Stralsunders Gunnar Möller und seinem Buch „Weihnachten und Neujahr im alten Vorpommern“ können wir in die „Alte Zeit“ eintauchen, dem Vergessen entrissen.

## Wetterregeln

Bei der ländlichen Bevölkerung waren natürlich die Wetterregeln bestimmend, denn dadurch wurde die kommende Ernte bestimmt. Es wurden zum Beispiel diese Wetterregeln überliefert: „Sylvesters Nachtwind un Stümmenschen verdarwt die Hoffnung up Korn un Wien – Silvester Nachtwind un Sonnenschein verdirbt die Hoffnung auf Korn und Wein“. „Is Nijohr ahn Storm un Rügen, bliwvt Gott nich ut mit Glück un Sägen – Ist Neujahr ohne Sturm und Regen, bleibt Gott nicht aus mit Glück und Segen“. „Nijohrs Morgenrot makt oft väl Not – Neujahrs Morgenrot macht oft viel Not“. Auch in den „Zwölfnächten“ vom 25. Dezember bis 6. Januar umgab unsere Ahnen der Zauber der Weissagung, der sich im Volksglauben noch bis heute für diese Zeit erhalten hat.

## Das Nyejar-Backwerk

Im alten Vorpommern glaubte man, der unheimliche sagenumwobene „Wode“ geht mit seinem Gefolge um und treibt sein Unwesen, deshalb beging man den Jahreswechsel lieber zu Hause. Der Stralsunder Bürgermeister Franz Wessel (1487–1570) hielt die vorreformatorischen Gebräuche zum Jahreswechsel fest. Es wurde berichtet, dass zusammen gebacken und geschwelgt sowie „dull unde vull“ ins neue Jahr gegangen wurde. Zur Tradition gehörte es auch, am Neujahrsabend „Neujahr“ zu backen. Das „Nyejar“ genannte Backwerk wurde zum Teil bis zur Ernte aufgehoben und dem Mäher zur Arbeit mitgegeben, damit er ohne Verdruss tätig sein konnte.

Neujahrsbacken war auf dem flachen Land noch weit bis in die Neuzeit hinein ein Muss in der Mehrheit der pommerischen Familien. „Auf Rügen sagte man, dass man zu Sylvester die Hände in Mehl halten müsse, sonst essen die Zwerge, oder der Hausgeist Puck im nächsten Jahr mit“, berichtete noch 1917 der Volkskundler Otto Lauffer. Und das Mitessen bedeutete, im kommenden Jahr keine ausreichende Ernte einzufahren.

Von Saßnitz hieß es im ausgehenden 19. Jahrhundert: „...wenn man nicht backt, überhaupt nicht mit Mehl an dem Tage (Silvester) zu thun macht, wird alles Mehl im nächsten Jahr zu Asche“. Das noch heute übliche Pfannkuchenessen zu Silvester ist das letzte Überbleibsel dieses vielleicht schon vorchristlichen Brauchs. Sogar die beim Backen entstandene Holz- asche war wichtig, man sprach ihr besondere Kräfte zu. Besondere Kräfte, die man durch das Bestäuben des Viehs auf dieses übertragen wollte.

## Geschenke zum Jahreswechsel

In früheren Zeiten wurden übrigens die Erwachsenen nicht zum Weihnachtsfest, sondern zum Jahreswechsel beschenkt. Je nach Stand des Schenkenden fielen die Gaben doch recht üppig aus. „Darüber hinaus erhalten wir eine ungefähre Vorstellung, wer in der städtischen Oberschicht einer vorpommerschen Stadt des 16. Jahr-

hunderts welche Gaben verschenkte. Englische Kaufleute, die sich in Stralsund aufhielten, sandten Bürgermeister Gentzkow und seiner Frau zum Neujahrstag 1559 ein paar gekräuselte und ausgeschnittene Ärmel, zwei Nasentücher und zwei gerupfte und ausgenommene Kapauen

dem am Silvesterabend kleine Aufmerksamkeiten verteilte. Noch bis ins 19. Jahrhundert wurden von Weihnachten bis Silvester „Julklapp“-Geschenke übergeben. Auch das Versenden von teils aufwendigen Neujahrswünschen war üblich, von denen es eine Sammlung im Stralsun-

dem ihre Grüße übermittelte. Es wurde jetzt üblich, nach üppigem Festmahl mit lautem Gejohle durch die Stadt zu ziehen.

## Bengalische Feuer

In Greifswald zogen Studenten zu Neujahrsumzügen mit Fackeln durch die Stadt

Bürger zu, die in Form eines „Ressourceballs“ für die städtischen Honoratioren stattfanden. Um Mitternacht kam dann der Nachtwächter in den Saal, blies in sein Horn und wünschte laut mit einem geimten Spruch ein fröhliches Neujahr. Silvesterbälle waren im 19. und frühen 20. Jahrhundert gerade in den Städten allgemein üblich.

Sehr viel tanzfreudiger als wir heutzutage bewegten sich unsere Altvorderen bei verschiedenen Volkstänzen, wie dem Kegel oder der Schwedischen Quadrille, auf dem Tanzparkett und natürlich wurde auch kräftig dem Punsch, Sekt oder Wein zugesprochen. Edmund Hoefer, Schwiegersohn des Gutsbesizers Christian von Rodbertus auf Gransebieth bei Grimmen, verarbeitete 1856 seine dort gewonnenen persönlichen Eindrücke der Weihnachts- und Silvesterfeierlichkeiten, in seinem Roman „Schwanwiek“, und er schrieb zum Silvesterfest: Geschenke freilich gibt's nicht, dafür aber hat alle Lust und alle Ausgelassenheit freie Bahn. Silvesterbälle wurden jetzt veranstaltet, auf denen man sich in großer Garderobe amüsierte.

So „Neumodisch“ ging es meistens auf dem flachen Land und dort vor allem bei den einfacheren Leuten nicht zu. Die Zeitschrift „Sundine“ schilderte in ihrer Ausgabe vom 19. Januar 1832, dass alle Hausbewohner zu Silvester zu einem fröhlichen Abend mit Scherzen, Blei- oder Zinn gießen und Kaffeesatzlesen zusammenkamen. Halb scherz-, halb ernsthaft erhoffte man sich aus dem Erkennen der gegossenen Metallteile oder dem Kaffeesatzdeuten Auskünfte für die Zukunft im neuen Jahr.

## Herz oder Esel?

Heischeumzüge gab es auch zu Silvester. Noch im frühen 20. Jahrhundert kannte man in Vorpommern das Überbringen von Glückwünschen der jungen Leute gleich nach Mitternacht. In Gruppen zogen diese von Haus zu Haus. Mit Kreide schrieben sie an Türen und Fensterläden die neue Jahreszahl und malten, je nachdem, welche Gefühle sie der Familie des Hausherrn gegenüber hegten, ein Herz oder einen Esel dazu. Patenkinder suchten am Neujahrsmorgen ihre Paten und Großeltern auf, um ihnen alles Gute für das neue Jahr zu wünschen. Sie überreichten selbst geschriebene Glückwünsche und erhielten dafür ein kleines Geschenk. Wunsch und Gegenwunsch, Gabe und Gegengabe kennzeichneten somit den Jahreswechsel auch in Vorpommern, um das Übel hinaus- und das Glück hineinzu lassen, wie Walter Bartz in seinen Aufzeichnungen über „Alte Neujahrsbräuche aus Vorpommern“ berichtete.

Heutzutage leben sporadisch einige Bräuche wieder auf, meistens in den Familien durch Erzählungen der Altvorderen erhalten. Fest steht, Traditionen zu Silvester und Neujahr haben einen eigenen Zauber, der jeden gefangen nimmt.

Die Anziehungspunkte heutzutage sind Feuerwerke, die das Neue Jahr begrüßen. Dabei sollte man sich unbedingt an den Höhenfeuerwerken der Städte erfreuen, die von Pyrotechnikern kunstvoll zusammengestellt werden – und ohne Pfannkuchen geht es auch nicht. Zudem gibt es in vielen Familien eigene Rituale.

## Ein gutes, gesundes Jahr 2023!

● **Buchtipps** Der Stralsunder Gunnar Möller stellt in seinem äußerst interessanten Buch „Weihnachten und Neujahr im alten Vorpommern“ Bräuche und Sitten aus über fünf Jahrhunderten für den vorpommerschen Raum vor. Erschienen im Verlag Böhlau, Köln 2021, 250 Seiten, 28 Euro



Endlich wieder: Der Tradition folgend, wird am 31. Dezember auf der Nordmole im Stralsunder Hafen ein Feuerwerk gezündet. Nach zwei Jahren Feuerwerks-Abstinenz ist nun wieder die Gelegenheit, sich entlang der Sundpromenade mit der Familie, mit Freunden und Verwandten sowie Gästen der Stadt zu treffen. Das kurz nach 18:30 Uhr auf der Nordmole gezündete Höhenfeuerwerk ist somit die perfekte Einstimmung auf den Silvesterabend

zu einer „gratulation des nien jars“. In demselben Jahr vermachte Gentzkows Mutter ihm ein Stübchen „Clarets“ (Würzwein), im Jahr darauf einen goldenen Ring. Handwerker und Klienten, die sich für Unterstützungen bedanken oder bei einflussreichen Gönnern das Wohlwollen sichern wollten, machten mit kleinen Aufmerksamkeiten, wie einem Paar Pantoffeln, einem großen Bäckerbrot oder einer Wildschweinkeule, ihre Aufwartung.

Der pommerische Herzog Barnim X. (1540–1603), der zunächst im Amt Rügenwalde, ab 1600 in Stettin regierte, führt in einem Ausgabenbuch detailliert auch Weihnachts- und Neujahrsbesuche an Personen seines Hofes auf. 1601 gab der Herzog seiner Gemahlin Anna Maria von Brandenburg einen Portugieser zum „Neuen Jahr“ und am 1. Januar erhielt „Steffan Trumpters seyner Sohn 1 Goltgulden zu neuen Jhare verehret“.

Zwei Jahre später bekam derselbe nochmals einen Taler zum neuen Jahr. Eheleute konnten sich noch im 18. Jahrhundert mit kleinen praktischen Geschenken zu Neujahr eine Freude bereiten, wie der Stralsunder Pastor Müller berichtete. Aus dem Tagebuch des Schweizer Theologen Johann Caspar Lavater (1741–1801), der 1763/1764 beim Barther Reformtheologen Johann Joachim Spalding weilte, geht hervor, dass man sich in Spaldings Haushalt zu Weihnachten offensichtlich nichts schenkte, son-

der Stadtarchiv gibt. Der älteste stammt aus dem Jahr 1596.

Das gemeinsame Feiern in größeren Gemeinschaften wurde populärer. Für das 18. Jahrhundert überlieferte der an der Greifswalder Universität als Bibliothekar tätige schwedische Theologe Jacob Wallenius (1761–1819), wie man in den gehobenen Kreisen seinerzeit in Schwedisch-Pommern den Jahresausklang und den Beginn des neuen Jahres beging. Am Neujahrstag 1799 erhielt Wallenius Besuch von der gesamten schwedischen Landsmannschaft der Universität, die



Illustre Gesellschaft: Fritz Bergens „Neujahrsball“, 1889

zum Marktplatz, um dort Pechtonnen und Tannenbäume anzustecken. Diese erstmals für 1735 bezeugte Tradition wurde auch noch bis ins 19. Jahrhundert gepflegt, wie der Greifswalder Kaufmann und Schriftsteller Otto Wobbe in seinen Lebenserinnerungen wiedergibt: Von dem flachen Dache der „Rat=Apotheke“ ließ der Apotheker Ende des 19. Jahrhunderts bei allerhand festlichen Gelegenheiten bengalische Flammen auf dem Markt erstrahlen. Regelmäßig geschah das in der Neujahrsnacht, die damals noch ganz anders gefeiert wurde als in jüngerer Zeit. Auch hat er hat eine gute Beschreibung der singenden und beglückwünschenden Silvesterheischeumzüge der Greifswalder Jugend hinterlassen und bedauerte es schon 1919, dass diese nicht mehr stattfanden.

In Kamp bei Anklam am Peenestrom wurde noch bis in die 1930er Jahre zu Silvester eine Teertonne mit Heu gefüllt und auf das Eis oder die Wiese gestellt. Um Mitternacht zündete man die Tonne im Beisein der Bewohner des Dorfes an und wünschte einander alles Gute im neuen Jahr. Anschließend feierte man im Dorfkrug.

## Theodor Fontane in Swinemünde

Etwas gesitteter ging es nach den Schilderungen Theodor Fontanes (1819–1898), der von 1827 bis 1832 in Swinemünde lebte, bei den dortigen Silvesterfesten der

# „Aber ganz wichtig ist: Wir retten die Welt!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„In meinem Herzen hat Immanuel Kant schon immer eine Heimat gehabt“

**Ursula Thiele, Leverkusen**  
zum Thema: Wir geben Kant eine Heimat (Nr. 50)



Ausgabe Nr. 51

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## BEITRAG WIRD UTOPIE BLEIBEN ZU: EIN FRIEDEN IST MÖGLICH (NR. 51)

Vielen Dank für den sachlich richtigen, wichtigen und kompetenten Beitrag von Harald Kujat zum Thema der Woche! Er müsste eigentlich in sämtlichen Medien dieses Landes erscheinen, da er den einzigen Weg zeigt, wie eventuell noch eine Katastrophe für Deutschland und Europa vermieden werden kann. Doch leider wird er eine Utopie bleiben, da dafür vernunftbegabte und verantwortungsvolle Politiker notwendig wären. Doch diese sind leider nirgendwo zu entdecken.

Im Gegensatz dazu wird weiterhin an der Kriegsspirale gedreht und einem Politclown wie Selenskyj, der in den USA jüngst um Waffen „bat“ (von Deutschland werden sie bekanntlich „gefordert“, was sehr viel über das jämmerliche Ansehen Deutschlands in der Welt aussagt) und diese gewiss auch erhalten wird. Denn Waffenlobby und verantwortungslose Politiker haben längst das Heft des Handelns in ihre Hände genommen.

So wird der Beitrag leider nur eine Utopie bleiben. *Manfred Kristen, Freital*

## KEINE LÖSUNG IN SICHT ZU: EIN FRIEDEN IST MÖGLICH (NR. 51)

Kein Wort über die Rolle der USA im Vorgespiel zu diesem Krieg. Russlands Bereitschaft, sich auf diese „Lösung“ einzulassen, dürfte gegen Null tendieren, solange die aggressiven Kriegsziele der USA in der Ukraine nicht untersucht werden. Und das wird natürlich nicht geschehen. Apropos „Garantiemächte“ Wer sollen die denn sein? Europäische Krüppelstaaten, die unter Kuratel der EU stehen? Was ist mit der Rolle der NATO? Luhansk, Krim, Donezk und so weiter sind kein Pappentitel. Man kann hier nicht zum Status quo ante zurückkehren, auch diese Regionen brauchen eine Stabilität.

Wer soll die garantieren? Eines muss ein für allemal klar sein: Die USA haben

sich herauszuhalten und jegliche Aktivität in der Ukraine einzustellen. Und schließlich: Wie sollen die künftigen Handelsbeziehungen zu Russland gestaltet werden? Es geht hier um mehr als einen begrenzten Konflikt. Welche Rolle werden die Brics-Staaten spielen, die zunehmenden Einfluss gewinnen? Kommt der Petrodollar an sein Ende? Viele weitere offene Fragen sind zu klären. Jedenfalls wird dieser Plan so nicht funktionieren. Und keine europäische Nation ist in der Lage, Garantien zu übernehmen, wenn beispielsweise Indien und China übergangen werden. *Chris Benthe, Dresden*

## JUNGE PRIESTER LASSEN HOFFEN ZU: KIRCHE VOR DEM UNTERGANG? (NR. 49)

Als Katholikin sehe ich eine ähnliche Bewegung in meiner Kirche. Und auch da nicht erst seit gestern – seit Jahrzehnten. Im Grunde ging es seit dem (sehr einseitig verstandenen) Konzil größtenteils bergab: Sei es die Banalisierung der Liturgie und Kirchenmusik, der Verlust an Brauchtum, die unerträgliche linksgrüne Politisierung vor allem der Jugendverbände, der zum großen Teil nichtssagende Religionsunterricht, die ins Synkretistische abgeleitete universitäre Theologie... Allerdings stelle ich auch fest, dass junge Priester inzwischen anders denken. *Patricia Steinkirchner, Wunsiedel*

## MISSBRAUCH DER TAFELN ZU: HÄNDLER UND TAFELN STEHEN GLEICHERMASSEN UNTER DRUCK (NR. 49)

Dass Nahrungsmittel knapp und teuer sind, ist nicht nur eine Folge des Ukraine-Kriegs, auch wenn das immer wieder gerne als Grund genommen wird.

In Deutschland befinden sich zu viele „Gäste“, die zwar unser Sozialsystem belasten, aber nichts zum Erhalt beitragen. Es werden gigantische Mengen an Nahrungsmitteln kostenlos in jede Ecke der

Welt geliefert. Und in Deutschland wissen viele nicht mehr, wie sie ihren täglichen Bedarf an Lebensmitteln decken sollen. Außerdem werden überwiegend nur die günstigen Nahrungsmittel gespendet und gerade diese werden im eigenen Land dringend benötigt. Ferner ist festzustellen, dass zurzeit Lebensmittel aus Deutschland angeboten werden, die Jahrzehnte kaum zu erhalten waren.

Die in dem PAZ-Artikel genannten Gründe für Lieferengpässe sind so pauschal nicht nachvollziehbar. Wenn mit wichtigen Nahrungsmitteln nicht entsprechend umgegangen wird, dann gibt es Probleme. Das Thema Lebensmittelverschwendung ist nicht neu, das gibt es seit vielen Jahren. Aber außer ewigen Diskussionen ist doch nichts geschehen.

Eine Ursache der Lebensmittelverschwendung ist das Mindesthaltbarkeitsdatum. Hier muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass das kein Wegwurfdatum ist. Auch optisch nicht mehr ganz so gut aussehende Nahrungsmittel gehören nicht zwangsläufig in die Tonne. Diese müssen auch nicht verschenkt werden. Die Jahre, in denen wir uns das leisten konnten, sind lange vorbei.

Für die ausreichende Versorgung seiner Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ist der Staat verantwortlich. Das „Delegieren“ einer solchen Aufgabe (zum Beispiel an die Tafeln) ist zwar bequem, aber nicht angebracht. Die Tafeln waren nur als Übergangslösung gedacht.

Hinzu kommt, dass die Tafeln in hohem Maße von nicht deutschen Bürgern in Anspruch genommen werden. Es sind Immigranten und andere ausländische Menschen. Man kann mit diesem Thema „locker“ umgehen, solange die Bevölkerung mit ausreichend Nahrungsmitteln versorgt werden kann. Aber unsere Politik ist versessen darauf, dass es zunächst den Fremden in Deutschland gut geht und natürlich auch jedem Menschen auf der Welt – und erst dann kommen wir.

Warum wird in diesem Artikel der Schwerpunkt auf Nahrungsmittel gelegt? Mindestens genauso problematisch ist doch das sogenannte Gesundheitswesen

in unserem Land. Da heißt es im Artikel 2 des Grundgesetzes: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Diese ist in Deutschland nicht mehr sichergestellt. Es ist doch schon bezeichnend, wenn in unserem Land nahezu widerspruchlos gesagt werden kann, dass man versuchen soll, auf Flohmärkten Medikamente und Ähnliches zu erwerben. Aber ganz wichtig ist: Wir retten die Welt!

*Heinz-Peter Kröske, Hameln*

## EINE BÜRGERVERSICHERUNG? ZU: HAUPTSACHE MEHR EINWAN- DERUNG (NR.50)

Wir haben in Deutschland auch Milliarden Euro Beamtenpensionslasten, darüber höre ich nie etwas. Wann kommt endlich die Bürgerversicherung, wobei alle Bürger in die Rentenversicherung einzahlen? *Horst Wilkes, Osnabrück*

## ZYNISCHE DENKWEISE ZU: INTEGRATION IST KEINE FRAGE DER STAATSBÜRGERSCHAFT (NR. 48)

Der Artikel handelt von Einwanderung. Erstens steht nichts im Grundgesetz. Zweitens: Da Einwanderung letztlich immer nur in begrenztem Umfang stattfinden kann, müsste sie eingeschränkt werden, und dies würde dann zwangsläufig gegen das demokratische Gleichheitsprinzip verstoßen. Und drittens kommen mit den Einwanderern Ausländer, das heißt das Ausland.

Ganz grundsätzlich: Wir definieren ja den demokratischen Rechtsstaat nicht vom Territorium her, sondern von seinen Staatsbürgern. Noch ein Wort zu dem oft gebrauchten Argument, Einwanderung würde ja stattfinden, und deshalb müssten wir das positiv sehen und entsprechend regeln: Verallgemeinert heißt das nichts anderes als Forderung nach Unterwerfung unter die normative Kraft des Faktischen, das entspricht also einer zynischen Denkweise. *Wolfgang Beck, Coswig*

ANZEIGE

## Was 2022 nicht in der Zeitung stand

■ Das Jahr 2022 ist also vorbei: Kaum zu glauben, dass wir da noch mit einem blauen Auge davongekommen sind. Wir hätten hierzu aber noch ein paar Fragen:

- Wem nützt eigentlich der Ukraine-Krieg, und wer hat ihn wirklich angefangen?
- Warum werden uns überhaupt immer neue Schocks verabreicht: Corona, Krieg, Atomkrieg, Inflation, Energiepreisexlosion, Blackout, Nahrungsmittelknappheit, Grundsteuererhöhung, Lastenausgleich?
- Außerdem: Was hat das Wetter mit Krieg und Politik zu tun?
- Können Tote telefonieren?
- Wer bezahlt den Klebstoff für die »Klimakleber«?
- Wer ist Annalena Baerbock?
- Was steckt wirklich hinter den grassierenden Geschlechtsumwandlungen?
- Warum gehen die Bauern auf die Barrikaden?
- Warum wollte der Münchner Oberbürgermeister das Oktoberfest behindern?
- Wie starb eigentlich die US-Schauspielerin Anne Heche?

Diesen und vielen weiteren Fragen geht Gerhard Wisnewski neues Jahrbuch *verheimlicht – vertuscht – vergessen 2023* nach.

Immer wenn wieder einmal 365 Tage vorüber sind, nimmt sich der Enthüllungsjournalist das vom Mainstream schön zurechtgeschminkte Vorjahr zur Brust und zerlegt es nach allen Regeln der Kunst. Mit *verheimlicht – vertuscht – vergessen 2023* stellt er die nunmehr 16. Ausgabe der inzwischen legendären Jahrbuchreihe vor – mit vielen Antworten auf immer atemloser werdende Fragen: Wo wurde gelogen, verdreht, aufgehübscht, parfümiert und verschwiegen? Und natürlich: Hat Deutschland noch eine Zukunft?

Begleiten Sie den Autor bei seiner kritischen Zeitreise durch das Jahr 2022.

*Dieses Buch beginnt dort, wo herkömmliche Jahresrückblicke enden.*

Gerhard Wisnewski: *verheimlicht – vertuscht – vergessen 2023* • gebunden 278 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 987 300 • 16,99 €

**KOPP VERLAG**

Telefon (0 74 72) 98 06 10  
Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de  
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!  
Versandkostenfreie Lieferung  
innerhalb Europas



VON JUDITH KUNZ

Er schwänzt nicht, er macht nur seinen Job. Wer den Schornsteinfeger in der Gondel sieht, trifft ihn auf dem Arbeitsweg an. Schließlich haben auch Skihütten Kamine, die regelmäßig gereinigt werden müssen. „Viele vermuten eher einen Junggesellenabschied oder einen eigentümlichen Faschingsbrauch. Und freuen sich dann, weil ihnen nach der Begegnung mit dem Profi ja nur noch ein glücklicher Tag bevorstehen kann“, sagt Hannes Harasser. Der Kaminkehrmeister vom Pillerseetal hat seine Karriere im Alter von 14 Jahren begonnen und schon vieles erlebt.

Schwarze Kluft mit Käppi (unterm Helm), auf dem Rücken ein Rucksack mit kleinem Berufsbesteck, in den Händen Kehrbürste und Besen – anstelle von Stöcken. Lifte sind für Schornsteinfeger übrigens angenehmer als Gondeln, weil die Skier angeschnallt bleiben. „Zum Glück sind wir mit den Latten unter den Füßen aufgewachsen“, sagt Harasser, der acht Mitarbeiter beschäftigt und fürs komplette Pillerseetal zuständig ist. Dazu gehören ein paar Tausend Haushalte unten im Tal, zwei Dutzend Skihütten und einige abgelegene Jagdhütten. Das alles gelegen in einer Tiroler Ski- und Wanderregion an der Grenze zum Land Salzburg, die touristisch noch nicht überlaufen ist.

#### Oft ohne Handy-Empfang

„Wenn Raureif auf den Dächern ist, müssen wir besonders aufpassen, dass wir nicht abrutschen“, erklärt der Profi. So ein halber Meter Schnee gibt gleich ein besseres Gefühl. Ebenso wie Vorrichtungen zum Einhängen von Karabinern, die auf einigen Dächern zu finden sind.

Als häufigste Absturzursache nennt Harasser unsachgemäß aufgestellte Leitern und verweist im gleichen Atemzug auf einen Katalog an Vorschriften, auf deren Einhaltung er pocht. Sicherheit ist für den Vater von vier Töchtern ohnehin ein zentrales Thema – ganz egal, ob es sich um Beruf, Freizeitsport oder ums Gemeinwohl handelt, für das er sich als Kommandant der freiwilligen Feuerwehr Fieberbrunn engagiert. Die professionellen Streifzüge durch die Skigebiete über-



Ein pittoreskes winterliches Naturwunder: Der Pillersee mit Blick auf St. Ulrich

Foto: imago images/Volker Preußner

lässt er gern seinen Angestellten, allen voran den beiden Lehrlingen. „Ein absoluter Trumpf in Sachen Mitarbeitermotivation“, weiß der Geschäftsführer und erinnert sich an seine eigene Ausbildung, die er 1986 begonnen hatte: „Das waren auch damals schon die Highlights, auf die man sich gefreut hat.“

Ein mit Holz befeuerter Kamin muss viermal pro Jahr gereinigt werden. Da kommen schon einige Einsätze zusammen. Heute im Skicircus Saalbach Hinterglemm Leogang Fieberbrunn, morgen im Skigebiet Steinplatte Waidring – Winklmoosalm und manchmal auch auf der Buchensteinwand in St. Jakob in Haus. Denn das unweit der Kitzbüheler Alpen gelegene Pillerseetal wartet gleich mit drei Skigebieten auf, die für sportliche Gäste, Familien und Genießer die gesamte Bandbreite abdecken.

Für sich selbst hat Schornsteinfeger Harasser die Jagdhütten reserviert. Sie gehören überwiegend den Bundesforsten und sind so versteckt, dass man sie nur mit genauester Ortskenntnis findet. Ein paar Stunden auf Tourenskiern oder Schneeschuhen durch abgeschiedene Wälder, oft kein Handy-Empfang, Einsamkeit pur. Eine Auszeit, die der Chef sich gönnt, bevor er wieder Einsatzpläne und Rechnungen schreibt.

#### Maria Theresia etablierte den Beruf

Warum Schornsteinfeger eigentlich als Glücksbringer gelten? „Weil man irgendwann im Mittelalter feststellte, dass gereinigte Kamine eher nicht in Flammen aufgehen und Brände erzeugen, die auf ganze Ortschaften übergreifen können“, erzählt Harasser. Die neue Dienstleistung kam von Italien über die Alpen. Königin

Maria Theresia war es schließlich, die im 18. Jahrhundert gesetzlich die Pflicht zum Kaminkehren verankerte – und damit einen neuen Berufsstand etablierte.

Auch wenn es inzwischen die „Kehr-App“ gibt, die als digitale Segnung vieles erleichtert, bleibt nach wie vor viel Papierkram. „Muss halt erledigt werden“, sagt der Kaminkehrmeister vom Pillerseetal lapidar und macht keinen Hehl daraus, dass er sich mehr fürs Kreative erwärmt. Alte Kamine geschickt sanieren und neue – gerne auch echte Design-Unikate – entwerfen: Das ist eine Leidenschaft, die sich längst zum zweiten Standbein ausgewachsen hat.

Die Landwirtschaft dagegen war schon immer Teil seines Lebens. Auf dem alten Bauernhof seines Vaters kümmern sich Harassers um Ziegen, Ochschen und Hühner. Mitten in der Bilderbuchlandschaft

des Pillerseetals, die für die Familie keine Wünsche offenlässt. „Ach ja: Wenn ein wenig Zeit ist, vielleicht Skifahren oder Wandern, je nach Jahreszeit.“

● Der Tages-Skipass für Erwachsene kostet für die Bergbahn Pillersee mit der Buchensteinwand ab 39 Euro, für die Bergbahnen Steinplatte Waidring – Winklmoosalm ab 47,50 Euro. Die „Ski Alpin Card“ für den Skicircus Saalbach Hinterglemm Leogang Fieberbrunn erhalten Urlauber ab 59,50 Euro pro Tag. Die Gästekarte gilt außerdem automatisch als Fahrchein für sämtliche Regio-Busse und Nahverkehrszüge zwischen Hochfilzen und Wörgl (Kirchbichl). Weitere Infos: Tourismusverband PillerseeTal – Kitzbüheler Alpen, Dorfplatz 1, A-6391 Fieberbrunn, Telefon 0043 (0)5354/563 04, E-Mail: info@pillerseetal.at, [www.pillerseetal.at](http://www.pillerseetal.at)

#### NACHTWANDERUNG

## Dem Sternenhimmel ganz nah

Mit Schneeschuhen zum Gipfel der Beobachtung – Ein astronomischer Streifzug durch die Tiroler Bergwelt

Wer in der Region Hohe Salve mit Wanderführer Tobias Muster unterwegs ist, entdeckt die verborgenen Seiten der Region am westlichen Ende der Kitzbüheler Alpen. Während man mit Schneeschuhen durchs idyllische Schneerosental stapft, tauchen nach und nach die eigentlichen „Stars“ seiner Touren auf.

„Da haben wir den Polarstern, dort den großen Wagen. Kennt ihr sicher alle“, meint Muster und lässt seinen Laserpointer über den Sternenhimmel wandern. Vereinzelt Nicken und zustimmendes Murmeln. „Hier die Milchstraße. Und wenn ihr genau hinschaut, könnt ihr sogar die Andromeda-Galaxie erkennen.“ Alle haben nun den Kopf weit in den Nacken gelegt und bewundern schweigend das Spektakel, das sich ihnen hier draußen eröffnet.

Muster kennt diese Situation. „Die meisten erwarten nicht, dass man mit bloßem Auge schon so viel sehen kann“, erklärt der gebürtige Wörgler. Er selbst hat vor rund zwei Jahren die Fortbildung zum „Sternen-Guide“ gemacht. Noch während der Schulung haben sie ihn gepackt – die Sterne und Planeten, Galaxien und Legenden. Schnell war ihm klar: Dieses Wissen möchte er weitergeben. Den richtigen Wohnort hatte er schon. „Wir sind in Tirol sehr privilegiert. Hier gibt es viele ab-

geschiedene Täler und Berge ohne künstliche Lichtquellen. Das ist zum Sterne-Beobachten perfekt.“

Perfekt wie das Schneerosental, in das Muster seine Gruppe heute geführt hat: Ein kleines, stilles Tal am Hochplateau des Angerbergs, oberhalb von Wörgl am Inntal. Tagsüber ein Eldorado für Langläufer und Winterwanderer, abends für Sterne-Beobachter. Zunächst geht es mit Schneeschuhen an einem Bach entlang, aus Rücksicht auf die Wildtiere mit genug

Abstand zum Waldrand und zu Fütterungsstellen. Die leichte, rund halbstündige Wanderung vor dem eigentlichen Programm hat mehrere Gründe: „Wir müssen uns weit genug von künstlichen Lichtquellen entfernen. Außerdem brauchen die Augen etwas Zeit, bis sie sich an die Dunkelheit gewöhnt haben.“ Während die Gruppe unten durch den Schnee stapft, werden am Himmel immer mehr Sterne sichtbar. Und dann ist da noch die Ruhe. Diese friedliche Stille. „Mir ist bei

meinen Wanderungen immer wichtig, dass die Gäste zu sich kommen. Das geht am besten in der abgeschiedenen Natur.“

Auch privat ist der 36-Jährige am liebsten da unterwegs, wo sonst niemand ist. Gerne auch auf Tourenskiern statt Schneeschuhen. In der Kelchsau zum Beispiel, einem malerischen Seitental der Region Hohe Salve – und ideal für Skitourengeher, wie Muster verrät: „Sanfte Anstiege durch einsame Weiten, traumhafte Tief-schnee-Abfahrten und herrliche Aussichten auf das Kitzbüheler Horn, den Wilder Kaiser und die Hohe Tauern.“ Und wenn er sich noch länger aus der Zivilisation verabschieden möchte, geht er auf den Fellen hinauf zur Neuen Bamberger Hütte und quartiert sich oben für die Nacht ein. „Übrigens auch ein traumhafter Ort zum Sterne zählen.“

Apropos. Zurück ins Schneerosental. Hier zeigt Muster der Gruppe gerade seine Lieblingsformation: die Plejaden. Eine funkelnde Ansammlung von mehreren Sternen – für Muster das Schönste, was mit bloßem Auge am Nachthimmel zu sehen ist. Und mit einer spannenden Geschichte („Das gehört zum Sterne-Schauen dazu.“): Laut einer indianischen Sage sind die Plejaden sieben Schwestern, die bei der Flucht vor einem Bären auf einen Felsen geflüchtet sind. Um die Mädchen

zu retten, wuchs dieser in die Höhe – bis er den Himmel erreichte, wo die Plejaden schließlich in Sicherheit waren und heute immer noch leuchten.

Nach rund zweieinhalb Stunden steht die Wandergruppe wieder am Ausgangspunkt, schnallt die Schneeschuhe von den Füßen und tauscht sich über das Erlebte aus. „Das könnt ihr zu Hause übrigens auch auf eigene Faust machen“, meint Muster und verrät ein paar Tipps. „Man muss gar nicht hunderte Kilometer weit fahren. Einfach ein bisschen raus aus der Stadt, wo es einigermaßen dunkel ist und wenig künstliches Licht gibt. Eine einfache Sternenkarte zur Orientierung mitnehmen und vielleicht ein Wanderfern-glas. Allein damit kann man schon viel entdecken.“

Kunz-PR

● Wer mit Wanderführer Tobias Muster auf Entdeckungstour gehen möchte, kann sich ihm am 23. Januar, 20. Februar oder 21. März bei seinen Sternen-Schneeschuhwanderungen ins Schneerosental anschließen (Anmeldung bis zum Vortag, 17 Uhr online oder in den Infobüros der Region Hohe Salve. Kosten: 10 Euro mit, 20 Euro ohne Gästekarte). Alternativ bietet Muster seine Touren mit unterschiedlichen Schwerpunkten auf Nachfrage an: [www.wanderguide-tirol.at](http://www.wanderguide-tirol.at)



Nächtliche Wanderung zu den Sternen: Schneeschuhtour in den Kitzbüheler Alpen

## ● FÜR SIE GELESEN

## Selbstgerecht und anklagend

Selbsternannte oder staatlich besoldete „Antirassisten“ gibt es wie Sand am Meer. Und viele treten mittlerweile derart selbstgerecht und anklagend auf, dass es nicht nur etliche Angehörige der deutschstämmigen Bevölkerung abstößt, sondern ebenso manche Einwanderer, die zum Opfer tatsächlicher rassistischer Attacken wurden.

Hierzu zählt die in der Türkei geborene Journalistin mit deutschem Pass Canan Topçu. Das geht aus dem Buch „Nicht mein Antirassismus“ hervor, mit dem sich Topçu sowohl echte Rassisten als auch die larmoyant oder aggressiv fordernden Antirassisten zum Feind machen wird. Das heißt im Umkehrschluss, dass sie von denjenigen mit Gewinn gelesen werden kann, die dem Thema frei von Denkverboten nähertreten wollen. Und das sollte eigentlich die Mehrheit sein, wobei man beim heutigen gesellschaftlichen Klima vorsichtig mit derartigen Annahmen sein muss.

Auf jeden Fall ist es lohnend, Topçus Ausführungen über ein vernünftiges Miteinander der Angehörigen der verschiedenen Ethnien zu lesen, zumal diese interessante autobiographische Züge tragen. Außerdem hat die Autorin glücklicherweise darauf verzichtet, das unsinnige Konstrukt des „antimuslimischen Rassismus“ ins Spiel zu bringen.

Wolfgang Kaufmann

**Canan Topçu: „Nicht mein Antirassismus. Warum wir einander zuhören sollten, statt uns gegenseitig den Mund zu verbieten. Eine Ermutigung“**, Quadriga-Verlag, Köln 2021, gebunden, 224 Seiten, 16,90 Euro



## Spannend und verwirrend

Die junge Helena Steen ist Personenschützerin der Bundespolizei. Nachdem eine Politikerin knapp einem Bombenanschlag entgangen ist, wird Helena damit beauftragt, sie zu schützen und den Täter dingfest zu machen. An ihrer Seite steht der Autist Leo, der knifflige IT-Aufgaben spielend lösen kann und außergewöhnlich begabt ist.

Auf der Suche nach dem Bombenleger sieht Helena Kinder, die auf der Straße leben. Sie selbst engagiert sich als Clown im Krankenhaus, um schwer kranke Kinder aufzuheitern. Der Fall ist vertrackt, und es ist schwer, das wirkliche Opfer ausfindig zu machen und das Motiv zu finden – es stellt sich heraus, dass der Anschlag auf die Politikerin nur ein Ablenkungsmanöver war.

Der Krimi „Der Auftrag“ ist spannend, aber der Wechsel von Zeiten und Personen etwas verwirrend. Das Ende ist zu abrupt, die Aufklärung des Falls wird nur angedeutet.

Silvia Roth hat bereits viele Romane für die ZDF-Krimireihe „Kommissarin Heller“ geschrieben und auch schon einige Preise erhalten. Dieser Roman ist der erste in der neuen „Helena-Steen-Krimi“-Reihe.

Angela Selke



**Silvia Roth: „Der Auftrag. Ein Helena-Steen-Krimi“**, Ueberreuter Verlag, Wien 2022, broschiert, 280 Seiten, 18 Euro

## BILDBAND DER WOCHE



## Ein Blick in die Sterne

Das großformatige Kinderbuch „Atlas des Weltalls“ klärt Jung und Alt über Sternbilder, Planeten, Asteroiden auf und darüber, wie der Mensch das All erforscht

FOTO: SHUTTERSTOCK

Das Weltall ist ein großes Thema, und so ist auch der „Atlas des Weltalls“ großformatig. Die Physikerin Lara Albanese vermittelt ihr Wissen in kindgerechter Form. Es gibt kurze Texte, Kurioses zu den Planeten, wunder-

bar illustriert von Tommaso Vidus Rosin. Sie beginnt mit den Sternbildern unterschiedlicher Kulturen und schafft so einen leichten Einstieg in die schwierige Thematik von Schwarzen Löchern und Lichtjahren. CRS



**Lara Albanese: „Atlas des Weltalls. Die Geheimnisse des Himmels und der Sterne“**, Midas Verlag, Zürich 2022, gebunden, 96 Seiten, 25 Euro

## GESCHICHTE

## Auseinandersetzung mit deutscher Kolonialgeschichte

In 26 Kapiteln wollen 18 Autoren aus dem Ressort Geschichte des „Spiegel“ bislang wenig beachtete Aspekte des deutschen Kolonialismus aufarbeiten – Ihre Bewertung bleibt einseitig und greift zu kurz

VON KARLHEINZ LAU

Achtzehn Autoren, überwiegend aus dem Ressort Geschichte der Zeitschrift „Der Spiegel“, behandeln die unterschiedlichsten Aspekte des deutschen Kolonialismus von seinen Anfängen. Einer der Autoren ist Hochschullehrer in Togo.

In deutschen Geschichtsbüchern spielt die eigene Kolonialgeschichte kaum eine Rolle. Das Buch soll ein Impuls dafür sein, die bisher kaum stattgefundenen Auseinandersetzungen mit diesem Kapitel deutscher Geschichte anzuschließen. Die Autoren beklagen zu Recht fehlende oder kaum vorhandene Materialien in den staatlichen Archiven, kaum Erinnerungen von Zeitzeugen, die aus biologischen Gründen immer weniger werden, dafür haben Überlieferungen und Erzählungen – schriftlich und mündlich – von Nachgeborenen eine wichtige Bedeutung.

Die afrikanischen Universitäten beispielsweise in den ehemaligen deutschen Kolonien wie Namibia oder Tansania stehen erst am Beginn einer systematischen Erforschung der Zeit, als sie selbst deutsche Kolonien waren. Auch an den deutschen Universitäten ist das Angebot dieses Themas bisher spärlich, allerdings gibt es Einzelbeiträge bekannter Historiker wie etwa Hans Herzfeld oder Gerhard Ritter, Verfasser und Herausgeber des Handbuchs „Die Moderne Welt 1789–1945“ in den 1950er Jahren des letzten Jahrhunderts. Es wurde zum Standardwerk aller Geschichtsstudenten.

Diese Zurückhaltung beginnt sich zu ändern, was unter anderem Ziel dieses Buches nach Aussage der Autoren sein möchte. Die 26 Sachbeiträge schildern sehr verschiedene Episoden, Eindrücke, Erfahrungen, überwiegend aus unterschiedlichen Perspektiven der Kolonialherren, weniger wird die Sicht der Einheimischen behandelt.

## Die Sicht der Einheimischen wurde bisher wenig behandelt

Interessant dabei ist die Tatsache, dass offensichtlich koloniale Träumereien bis in unsere Gegenwart Menschen beschäftigen. Das reicht bis ins Dritte Reich, allerdings lagen hier die Siedlungsgebiete, die es zu erobern galt, im Osten.

Ein Kapitel nennt Sammlungsstücke in deutschen Museen, über deren Rückgabe an die heutigen Staaten der ehemaligen Kolonien gesprochen werden soll, dies wird in der interessierten Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Die Lektüre des Buches sollte mit dem Kompendium beginnen, das die einzelnen Interessengebiete und Kolonien in Afrika und der Inselwelt Südostasiens und auch in China in Geschichte und Geographie vorstellt.

Tatsächlich liegen die Vorläufer deutscher Kolonien bereits im 16. Jahrhundert. Reiche deutsche Kaufleute, beispielsweise die Welser und die Fugger aus Augsburg, hatten große Ländereien in Übersee in Besitz genommen und bauten ihre Herrschaft dort aus. Die eigentliche Kolonialzeit des Deutschen Kaiserreiches war nur kurz, von 1884 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Das besiegt-

te Deutschland musste seine Überseegebiete an andere Kolonialmächte, wie England und Frankreich, abtreten.

Das Kompendium wird ergänzt durch die Chronik des Deutschen Kolonialismus. Hier wird der Bogen vom 16. Jahrhundert bis in unsere Gegenwart gespannt. Einige Bilder ergänzen und illustrieren die Darstellungen. Diese Empfehlungen werden begründet, weil sie Grundkenntnisse vermitteln. Angesichts der weitgehenden Unkenntnis über die eigene Kolonialgeschichte in der deutschen Bevölkerung ist das ein Baustein, eine Art Einführung. Dies wird verstärkt durch die Rubrik SCHNELLES WISSEN im Anschluss an einige Kapitel wie „Was waren Kolonialwaren“ oder „Worum ging es bei der Kongo-Konferenz?“ Die Kongo-Konferenz fand unter Leitung des damaligen Reichskanzlers Otto von Bismarck 1884/85 mit der Teilnahme der wichtigsten Kolonialländer wie Großbritannien, Frankreich oder der Niederlande statt.

## Negatives Bild deutscher Kolonisten und Militärs

Es wird ein sehr negatives Bild über die Praxis deutscher Kolonisten und Militärs über die Behandlung der Eingeborenen vermittelt. Ein Kapitel lautet „Deutsche Kolonialisten waren international berüchtigt für brutalste Prügelstrafen“. Ein weiteres Zitat eines namentlich bekannten deutschen Kolonisten zeigt einen menschenunwürdigen Rassismus: „Für jeden Weißen, der unter Eingeborenen gelebt hat, ist es nicht gut möglich, dieselben als Menschen im europäischen Sinne anzusehen; sie müssen erst mit

endloser Geduld, Strenge und Gerechtigkeit im Laufe der Jahrhunderte dazu erzogen werden“. Diese Aussage wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts gemacht, sie soll als typisch für deutsche Siedler und Militärs in den afrikanischen Kolonien des Deutschen Reiches dargestellt werden.

Nach Ansicht der Herausgeber und wohl auch der Autoren ist das Deutsche Kaiserreich eine Kolonialmacht wie England, Frankreich oder die Niederlande gewesen, nur für einen kürzeren Zeitraum, aber mit allen Attributen der Behandlung der einheimischen Bevölkerung und der wirtschaftlichen Ausbeutung. Diese war allerdings für Deutschland gering.

Die Eingangsfrage, ob das Buch hilfreich sein kann für eine sachkundige Auseinandersetzung mit deutscher Kolonialgeschichte, muss mit einem bedingten „Ja“ beantwortet werden: Die ergänzenden Materialien zur Einführung sind positiv zu beurteilen. Die Geschichte der deutschen Kolonien ist keine Kette von Grausamkeiten an einheimischen Menschen. Dieser Eindruck könnte bei der Lektüre des Buches entstehen. Das ist für eine Geschichte des deutschen Kolonialismus zu kurz gegriffen

**Maria Schnurr, Frank Patalong (Herausgeber): „Deutschland, Deine Kolonien. Geschichte und Gegenwart einer verdrängten Zeit“**, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2022, gebunden, 252 Seiten, 22 Euro



## KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN

## Bismarck-Türme in Ostpreußen

Eine Ausstellung in Ellingen dokumentiert Bauwerke, die östlich der Weichsel errichtet wurden

VON WOLFGANG FREYBERG

Was haben die niedersächsischen Universitätsstadt Göttingen, die ehemalige Freie Reichsstadt Weißenburg in Bayern und die oberländische Kreisstadt Osterode in Ostpreußen gemeinsam?

Sie besitzen bis heute einen Bismarck-Turm.

Diese in Europa einzigartigen Bauten einer unglaublichen Personenverehrung entstanden nach dem Tod (1898) des ehemaligen deutschen Reichskanzlers Fürst Otto von Bismarck, und zwar nicht nur auf dem Gebiet des damaligen Deutschen Reiches, sondern auch in benachbarten Staaten oder sogar in Übersee, in den deutschen Kolonien.

Die Geschichte der einzelnen Bismarck-Türme ist zum Teil gut erforscht, bei manchen Türmen gibt es in der Überlieferung aber große Lücken.

Das Kulturzentrum Ostpreußen stellt in seinem Heft zur Kabineausstellung „Bismarck-Türme in Ostpreußen“ die Türme vor, die von 1902 bis 1915 östlich der Weichsel errichtet wurden. Neben dem Informationstext wird ein besonderes Augenmerk auf Abbildungen aller Art gelegt. Manche Fotos oder Ansichtskarten werden hier erstmals veröffentlicht.

## Zeichen der Verehrung

Das war nur möglich durch Informationen sowie die Überlassung von entsprechendem Bildmaterial durch die Kreisgemeinschaften Rastenburg, Gumbinnen, Tilsit-Ragnit, Neidenburg, Insterburg und Stuhm. Die übrigen Abbildungen stammen aus den Sammlungen des Kulturzentrums Ostpreußen und des Bildarchivs Ostpreußen.

Wenn der Leser dieser Publikation noch weitere, eigene Fotografien oder Ähnliches besitzt, besonders aus der Zeit nach 1945, so würden wir uns über eine Kontaktaufnahme beziehungsweise Zusendung sehr freuen. Eine zweite, ergänzte Auflage wird dann gern realisiert.

Am Beispiel der sogenannten Bismarck-Türme verfolgt die Ausstellung das Ziel, die Geschichte eines unglaublichen Personenkultes nachzuzeichnen, der nach dem Tod des „Eisernen Kanzlers“ 1898 von großen Teilen der deutschen Bevölkerung getragen wurde. Auch wenn die Politik Bismarcks heute kontrovers diskutiert wird, zeigt die Begeisterung seiner Zeitgenossen, mit der sie des ersten deutschen Reichskanzlers gedachten, wie populär dieser Politiker noch acht Jahre nach seiner Entlassung bei der Bevölkerung war. Der Personenkult um Bismarck kann sogar als Konkurrenz zum staatlich gepflegten Gedenken an die Hohenzollern verstanden werden, da sie fast ausschließlich auf Privatinitiative betrieben wurde.

Nur wenige historische Persönlichkeiten hinterließen in der Landschaft und im

Alltag so zahlreiche und mannigfaltige Spuren wie es Fürst Otto von Bismarck (1815–1898) vermochte und immer noch vermag. Es ist nicht nur seine vielschichtige Politik, wie zum Beispiel die von ihm maßgeblich betriebene Reichsgründung von 1871 und das von ihm geschaffene Sozialversicherungssystem, aber auch sein umstrittenes Agieren gegenüber der katholischen Kirche, den polnischen Reichsuntertanen oder der Sozialdemokratie, die zu seinem Erbe gehört.

Auch verschiedene Arten von Lebensmitteln und Konsumgütern sowie zahlreiche steinerne Denkmäler erinnern bis heute an den ersten deutschen Reichskanzler, dessen Verehrung ein bis dahin unbekanntes Ausmaß annahm. Zu den fassbaren Ausdrücken dieser Verehrung gehörte auch der Entwurf und die Errichtung besonderer Denkmäler, die einst im gesamten Reich, den Nachbarstaaten und sogar in Übersee (in den deutschen Kolo-

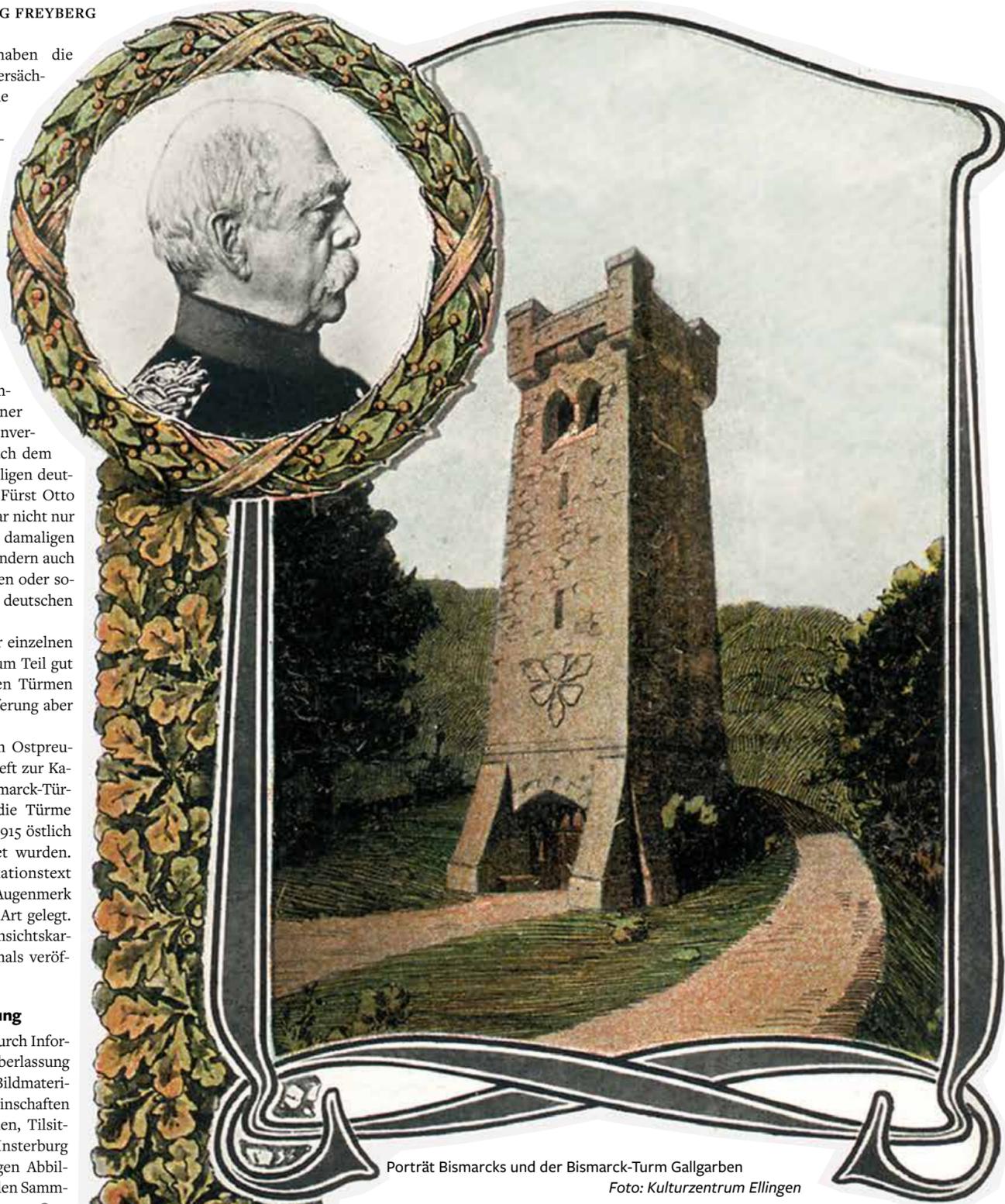
nien) anzutreffen waren und uns noch heute an zahlreichen Orten begegnen, die Bismarck-Türme.

## 200 Monumente insgesamt

Von den knapp 200 Monumenten, die zu seinen Ehren fast ausschließlich aus Privatpenden errichtet wurden, standen einst auch zehn östlich der Weichsel, deren Geschichte und Schicksalen im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen nachgegangen wird. Mehrere dieser Türme sind unwiederbringlich verloren, sie sind während der Kriegshandlungen 1945 oder in den Nachkriegsjahren zerstört worden. Einige aber trotzen bis heute dem Zahn der Zeit.

In dieser Ausstellung werden ihre Schicksale nachgezeichnet und wird gegebenenfalls ihre heutige Nutzung beschrieben.

● Kulturzentrum Ostpreußen, Schlossstraße 9, 91792 Ellingen. Öffnungszeiten: Dienstag–Sonntag 10–12 und 13–17 Uhr (April bis September), 10–12 und 13–16 Uhr (Oktober bis März)



Porträt Bismarcks und der Bismarck-Turm Gallarben  
Foto: Kulturzentrum Ellingen

## DOKUMENTATION

## Flüchtlinge in Dänemark

John V. Jensen ist Kurator am Vardemuseum. Einer seiner Schwerpunkte ist das Schicksal der deutschen Flüchtlinge am Ende des Zweiten Weltkriegs, als 200.000 von ihnen in Dänemark Zuflucht suchten. Bei der Ankunft der ersten Flüchtlinge – meist aus den deutschen Ostgebieten –, stand Dänemark noch unter deutscher Besatzung. Neben den Flüchtlingen aus dem Osten trafen auch verwundete Soldaten ein. Meist hatten sie während der Überfahrt auf den Evakuierungsschiffen gehungert. Entsprechend ausgezehrt kamen sie an. Zwar rechneten die meisten Flüchtlinge mit einer schnellen Rückkehr nach Deutschland, doch viele gelangten stattdessen in Lager, da auch im zerstörten Reich die Versorgungslage verheerend war. Allein in Schleswig-Holstein gab es eine Flut von Neuankömmlingen.

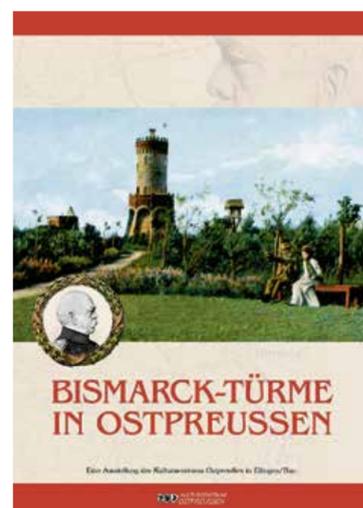
In den dänischen Flüchtlingslagern herrschte große Enge, es gab keinerlei Privatsphäre. Zudem waren Deutsche bei den Dänen nicht beliebt, galten sie doch als Anhänger des NS-Regimes und als unbarmherzige Feinde, obwohl es sich bei der Mehrheit der zivilen Flüchtlinge um Frauen und Kinder handelte. Mitleid mit ihnen galt als Landesverrat. Untergrund-Zeitungen verbreiteten unverhohlenen anti-deutsche Hetzartikel. Das stellte ein Dilemma für dänische Ärzte dar: Untergrundkämpfer ermordeten Ärzte, und auch offiziell war es ihnen einem Schreiben des Innenministeriums vom 28. März 1945 nur in Ausnahmefällen erlaubt – etwa bei lebensgefährlichen Erkrankungen – Deutsche zu behandeln. Später wurde diskutiert, ob dänische Ärzte nicht indirekt zu einer humanitären Katastrophe beigetragen hatten. In dänischen Flüchtlingslagern war vor allem die Kindersterblichkeit hoch.

Der letzte deutsche Flüchtling hat im Februar 1949 Dänemark verlassen. Jensen hat Berichte, Briefe und Archivdokumente ausgewertet, die Aufschluss darüber geben, wie ein Staat die schwierige Aufgabe der Flüchtlingsaufnahme ausgerechnet der Landsleute der verhassten Besatzungsmacht stemmte. Es sind Zeugnisse von Unglück, unermesslichem Leid, Familientragödien und Elend.

Jensen gelingt es, ein differenziertes Bild der Lage in Dänemark von 1945 bis 1949 zu zeichnen. Nicht alle Lager waren gleich – meist waren die Zustände in kleineren besser als in großen Lagern wie Oksbøl, was Zeitzeugenberichte bestätigen. Die dänische Regierung war bemüht, sich einerseits um die Flüchtlinge zu kümmern, um als demokratischer Staat nicht das Gesicht zu verlieren, andererseits nicht zu viel Milde walten zu lassen.

Der Autor beleuchtet das Thema „Deutsche auf der Flucht“ unter verschiedenen Gesichtspunkten. Auf der einen Seite stehen politische Erwägungen, auf der anderen das Alltagsleben der Gestrandeten hinter Stacheldraht. Schwarz-Weiß-Fotos illustrieren jedes Kapitel des Buchs. Entstanden ist ein sehr lesenswertes Dokument deutsch-dänischer Geschichte, das auch in dänischer Sprache vorliegt. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Zur Ausstellung, die noch bis Juni 2023 zu sehen ist, gibt es eine inhaltsgleiche Broschüre, die nur im Kulturzentrum Ostpreußen ([service@kulturzentrum-ostpreussen.de](mailto:service@kulturzentrum-ostpreussen.de) oder Telefon 09141-86440) zum Preis von 4,50 Euro plus Porto bezogen werden kann.



John V. Jensen

Deutsche auf der Flucht

John V. Jensen: „Deutsche auf der Flucht“, Aarhus University Press, Aarhus 2022, gebunden, 116 Seiten, 14 Euro

## ● AUFGESCHNAPPT

Immer wieder wollen die GEZ-Sender Politik machen – und kollidieren mit der grausamen Wirklichkeit. Im September vermeldete die ARD, dass ein Erfinder aus Simbabwe einen Fernseher präsentiert habe, der Energie nicht nur nicht verbrauche, sondern sogar produziere. Nur aus rassistischen Gründen finde der Mann kein Gehör. Später zog der Sender den Unsinn kleinlaut zurück. Ähnlich erging es einer Weihnachtsumfrage des ZDF auf Instagram. Stolz wurde verkündet, die meisten aus der „Community“ äßen zum Fest vegetarisch. In ihrem Eifer hatten die Macher übersehen, dass es für „vegetarisch“ nur eine Rubrik gab und die anderen Optionen, etwa „Gänsebraten“, „Ente“ oder „Schnitzel“, hätten zusammengerechnet werden müssen. Da hätte sich gezeigt, dass die Gemüsefreunde zu Weihnachten klar in der Minderheit sind. Aber es bleibt spannend. Mit welcher Neuigkeit werden wir zu Silvester überrascht? „Die meisten Deutschen löschen am liebsten Punkt neun alle Lichter aus und gehen ins Bett“? *E.L.*



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Fußballnationalspieler Niclas Füllkrug kritisiert gegenüber der „Welt“ (22. Dezember) die Politisierung der WM:

„Ich stehe überhaupt nicht zu den Werten in Katar. Aber wir Spieler sollten uns auf den Fußball konzentrieren können. Bei den anderen Nationen wurde auch nicht von den Sportlern erwartet, sich zu positionieren oder irgendwelche Signale zu senden.“

In einem Gastbeitrag für den „Spiegel“ (20. Dezember) geißelt der Chefredakteur der „Berliner Zeitung“, Tomasz Kurianowicz, den zunehmenden Druck, den sich um Ausgewogenheit und Sachlichkeit bemühte Medien ausgesetzt sehen:

„Seit Monaten fällt mir auf, dass sich in der Diskussion über Russlands Ukraine-Krieg eine Art moralisierende Debattenkultur etabliert, die zwischen ‚gutem‘ und ‚bösem‘ Journalismus unterscheidet und jegliche kritische Diskussionskultur als Abwechslertum desavouiert. Ähnliche Tendenzen habe ich bereits in der Diskussion über die Richtigkeit von Schutzmaßnahmen festgestellt.“

Die Ampel will Mehrfachstaatsbürgerschaft und damit Mehrfachwahlrecht für Immigranten. Dadurch würden Einheimische und vollständig Eingebürgerte klar benachteiligt, moniert Ludwig Englmeier auf dem Blog von PAZ-Autorin Vera Lengsfeld (20. Dezember) und warnt:

„Es ist höchste Zeit, dass wir damit aufhören, eine Privilegierung auf der Basis von Ethnie, nationaler Identität, Sprache oder Glauben als Instrument der Politik zu akzeptieren ... Diese fundamentale Ungleichbehandlung, diese eklatante Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes durch die ‚Logik‘ der Linksidentitären, wird eher früher als später die Basis der westlichen Zivilisation zerstören – Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.“

Mario Thurnes nennt in „Tichys Einblick“ (26. Dezember) einen Grund, warum Deutschland immer weiter absteigt:

„Deutschland entwickelt sich in vielen Bereichen immer mehr zu einem Schwellenland. Auch weil den Menschen die Motivation ausgeht. In einem Land, in dem Gerechtigkeit heißt, dass immer weniger für immer mehr buckeln sollen. Und der Dank dann darin besteht, von der eigenen Regierung samt ihren Staatsmedien als ‚anschlussfähig für Rechtsextremismus‘ diskreditiert zu werden.“

## ● WORT DER WOCHE

„Ob Volksvertreter vier oder fünf Jahre lang täglich auf Meinungsumfragen schielen und in Angst vor populistischer Stimmungsmache leben, macht am Ende auch keinen Unterschied.“

Sebastian Lange erteilt dem Vorschlag, die Bundestagswahlperiode auf fünf Jahre zu verlängern, in der „Wirtschaftswoche“ vom 22. Dezember eine klare Absage

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Arm oder böse

Wie Göring-Eckhardt unsere Unzufriedenheit erklärt, und wie das E-Auto zur Falle wird

VON HANS HECKEL

Was wohl auf uns zukommt im Jahre 2023, fragen sich jetzt die Deutschen – und sind von einem recht flauen Gefühl durchsetzt. Krieg, Inflation und was nicht alles trüben die Aussichten. Ein historisch sehr zuverlässiger Krisenkessel kocht, pünktlich zum Jahreswechsel, noch zusätzlich wieder hoch: der Balkan.

Da ist es regelrecht entzückend mit anzusehen, mit welcher frohgemuten Entspannung die regierende Parteienelite auf die nahe Zukunft blickt. Bundestagsvize Katrin Göring-Eckhardt ist ausgesprochen zufrieden mit der Lage der Nation: „Der Großteil der Menschen ist solidarisch und bereit, die Krisen gemeinsam zu bewältigen.“

Es gebe nur „zwei Gruppen, die man betrachten“ müsse, sagt sie im Interview mit „t-online“ Anfang der Woche. Da seien zum einen „diejenigen, die bewusst nicht dazu gehören und die Demokratie abschaffen wollen“. Die „Reichsbürger“ seien da „nur die Spitze des Eisbergs“. Und dann gebe es diejenigen, die „zwar dazu gehören wollen, sich aber abgehängt und nicht gesehen fühlen“.

Den „Reichsbürgern“ und dem, was unter der Spitze des Eisbergs noch so alles herumlungert, müsse man „hart entgegentreten“. Für die anderen „brauchen wir mehr Unterstützung“ wie „Einmalzahlungen, Bürgergeld und Kindergelderhöhung“, aber auch „Orte, wo Gemeinschaft stattfindet, Menschen da sind, die zuhören und helfen“.

Suchen Sie sich was aus: Stellen Sie sich entweder „solidarisch“ hinter die Regierungspolitik, oder lassen sie sich eintüten als übler Staatsfeind oder bemitleidenswerter Betreuungsfall. Daneben gibt es in der Welt unserer stellvertretenden Parlamentspräsidentin nichts mehr. Bürger, die politisch renitent und dennoch fest verankert sind im demokratischen System? Solche Wesen kennt die Grünen-Politikerin nicht. Sobald man die einen mit dem Geld der Steuerzahler hinreichend bemuttern konnte, damit ihre schlichten Seelen Ruhe finden (und politisch Ruhe geben) sowie die anderen mit aller Härte zur Strecke gebracht hat, sind die Probleme so gut wie aus der Welt geschafft.

Indes, ein paar drängende Fragen harren natürlich weiterhin ihrer Antwort. Denen widmen sich die Verantwortlichen daher mit erheblicher Energie. Bundesgesundheitsmi-

nister Karl Lauterbach hat entdeckt, dass der jedermann bekannte Warnhinweis für frei erhältliche Medikamente nicht geschlechtergerecht formuliert ist. Sie alle kennen den Spruch „Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage und fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker“ aus der Werbung. Der ist im Heilmittelwerbegesetz so vorgeschrieben und muss laut Lauterbach unbedingt gendergerecht geändert werden, weil Frauen, Diverse und andere hier nicht vorkommen. Eine ganze Reihe von Verbänden aus dem Mediziner- und Apothekenbereich sehen das ganz genauso und haben ebenfalls auf den beunruhigenden Missstand aufmerksam gemacht.

Während derlei heiß diskutiert wird, erreichen uns Meldungen über einen dramatischen Medikamentenmangel, der für viele lebensbedrohlich wird, oder über Patienten in Notaufnahmen, die nur sterben, weil sich infolge des grassierenden Personalmangels 40 Stunden lang niemand um sie kümmern konnte. Und Lauterbach? Der fand zunächst nicht einmal eine Antwort auf die Verkündung des Endes der Corona-Pandemie durch den Virologen Christian Drosten, weil er halt mit der fehlenden Geschlechtergerechtigkeit in Warnhinweisen beschäftigt war.

## Bald nur noch 50 Kilometer

Eine verblüffende Schwerpunktsetzung. Doch wer mag sich darüber noch aufregen außer den Unholden unter der Reichseisbergspitze oder jenen Unglücklichen, denen das Bürgergeld nicht reicht und welche die „Orte“ noch nicht entdeckt haben, an denen sie mit Katrin Göring-Eckhardt „Gemeinschaft“ finden können?

Diese Schwerpunktsetzung entschlüsselt ein Rätsel, das uns umtreibt. Lange Zeit prägte eine Spezies viele Debatten unter einfachen Bürgern, die man am treffendsten als „optimistische Pessimisten“ kennzeichnen konnte. Deren Philosophie lautete: Lasst sie ruhig spinnen, die verblendeten Ideologen und wohlstandsverwahrlosten Phantasten. Wenn die Probleme nur groß und unübersehbar genug geworden sind, müssen die ja auch werden. Geht doch gar nicht anders.

Wirklich? Müssen die das? Spätestens mit dem eisernen Verharren auf dem Atomausstieg trotz der größten Energiekrise der deutschen Geschichte sollten wir etwas ganz anders herausfinden, nämlich: Die müssen überhaupt nichts.

Während unsere Kliniken im Mangel ersaufen, kümmert sich der Minister ums Gendern von Warnhinweisen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)